

# Forschung & Lehre

**USA**

**Ein tauglicher Vergleich?**

**Forschungsförderung in den USA**



**Hochschulpolitik aktuell**

**Abitur light?**

**Zur Reform des Medizinstudiums**

**4/ 1998 · Z 7050 F**

**Deutscher  
Hochschul ·  
Verband**

## Forschung & Lehre

4/98

### Hochschulpolitik aktuell

#### 170 Nachrichten

### USA

- 172 MITCHELL G. ASH  
**Äpfel mit Äpfeln vergleichen!**  
Wider die Mythenbildungen über  
amerikanische Universitäten
- 176 WOLFRAM BUBLITZ/ HUBERT ZAPP  
**Ein tauglicher Vergleich?**  
Anmerkungen über das deutsche und  
amerikanische Hochschulsystem
- 180 REINHARD F. HÜTTL/ HARALD SEMMEL  
**Forschungsförderung in den USA**  
Akademische Freiheit auch ohne Geld?
- 184 KARL W. LAUTERBACH/ JÜRGEN TACKE  
**Anschluß an die Realitäten des Marktes**  
Managed Care und Hochschulmedizin  
in den Vereinigten Staaten
- 189 **Nachgefragt**  
Antworten von Jean K. Gregory,  
Hans-Joachim Queisser, Werner Weidenfeld

### Pro & Contra

- 194 **Flexible Koedukation an den Schulen?**  
**Pro: Gabriele Behler**  
**Contra: Josef Kraus**

### Hochschulpolitik aktuell

- 192 JENS GÖBEN  
**Auf dem Wege der Besserung**  
Zur Reform des Medizinstudiums
- 196 WOLFGANG ZIMMERMANN  
**Abitur light?**  
„Richtungsentscheidungen“ der KMK  
wiesen in die falsche Richtung
- 198 LUDWIG GIESEKE  
**Streik der Politiker?**  
Hochschulpolitische Entscheidungen  
überfällig

### Service

- 201 **Computer aktuell**
- 202 **Aus der Forschung**
- 204 **Leserforum**
- 206 **Neue Veröffentlichungen**
- 208 **Aus der Rechtsprechung**
- 210 **Steuerrecht aktuell**
- 211 **Aus den Ländern**
- 213 **Habilitationen und Berufungen**
- 217 **Akademischer Stellenmarkt**
- 223 **Wissenschaft im Programm**
- Impressum**

### Der Fragebogen

- 224 **Walther Ch. Zimmerli**

Redaktionsschluß für Heft 5/98: 2. April 1998  
Informationsservice: 3. Umschlagseite  
Annahmeschluß für den Akademischen Stellenmarkt:  
16. April 1998  
Titelbild: Zefa

# SPD-Wähler für Studiengebühren

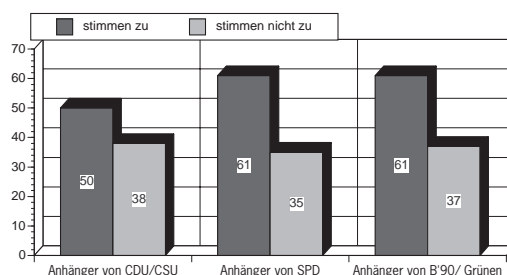
## Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

Die Zustimmung zu Studiengebühren ist unter der Bevölkerung und unter den Studenten überraschend groß. Das ergab zumindest eine forsa-Umfrage im Auftrag des Stifterverbandes und des Centrums für Hochschulent-

wicklung (CHE). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (54 Prozent) ist mit der Einführung von Studiengebühren einverstanden, wenn die Mittel direkt an die Hochschulen fließen und zur Verbesserung der Studienbedingun-

gen eingesetzt werden. Noch größere Akzeptanz besteht, wenn die Kosten über ein Darlehen finanziert werden können, das erst nach dem Studium und bei Überschreitung einer gewissen Einkommensgrenze zurückzuzahlen ist. Dieses Konzept befürworten vor allem SPD- und Bündnis 90/Die Grünen-Wähler. Auch die Studenten befürworten unter diesen Umständen zu 47 Prozent Gebühren. Die 22- bis 25-jährigen sind sogar mehrheitlich dafür (54 Prozent).

Der Aussage „Ich bin für Studiengebühren in Höhe von 1000 Mark pro Semester, wenn diese Gebühren direkt der jeweiligen Hochschule zugute kommen und zur Verbesserung der Studiengebühren eingesetzt werden“ stimmten zu/stimmten nicht zu, Angaben in Prozent



Quelle: forsa  
Grafik: F&L

## Gleichbehandlung

### Ostbezüge für „Wessis“ in Sachsen

Beamte, die in den neuen Bundesländern erstmalig ernannt werden, erhalten nicht mehr automatisch die „West-Bezüge“, wenn sie über eine im alten Bundesgebiet erworbene Qualifikation verfügen. Die Sächsische Staatsregierung hat sich darauf verständigt, „im Sinne einer Gleichbehandlung“ allen Berufsanfängern nur noch die abgesenkten „Ost-Bezüge“ zu gewähren. Sie hat beschlossen, generell einen Zuschuß zur Erhöhung dieser Bezüge nicht zu zahlen. Auch erstmals als Angestellte Beschäftigte des Freistaates Sachsen erhalten keine persönliche Zulage mehr, die die Vergütung nach dem BAT-O auf die „West-Vergütung“ aufstockt. Eine bereits gewährte außertarifliche bzw. persönliche Zulage wird nur für den im Arbeitsvertrag vereinbarten Zeitraum der Befristung gezahlt. Dies wird vor allem diejenigen betreffen, die zur Zeit als Professurvertreter eine „West-Vergütung“ erhalten. Nach Beendigung der jeweiligen Vertretung werden sie bei erneuter Bestellung nur noch die „Ost-Vergütung“ erhalten.

Eigener Bericht

## 10 Jahre Erasmus

### Fast 100.000 Studenten gingen mit dem Mobilitätsprogramm ins Ausland

Seit Beginn des Erasmus-Programms im Jahre 1987 haben von rund 500.000 europäischen 95.000 deutsche Studenten daran teilgenommen. 197 Mio. DM wurden für die deutschen Studenten insgesamt als Mobilitätzuschlag gezahlt. Am Erasmus-Programm beteiligt ist das gesamte Spektrum der deutschen Hochschullandschaft, darunter die Fachhochschulen sogar mit 50 Prozent. Das europäische Parlament und der Rat der Europäischen Kommission haben sich darauf verständigt, den Gesamtetat für das bis Ende 1999 laufende Sokrates-Programm, in dem Erasmus ein Bestandteil ist, um 140 Mio. auf 1,84 Mrd. DM zu erhöhen.

Quelle: BMBF, 28. Januar 1998

## Deutliches Plus

### Mehr Bewerbungen für Medizin

Einen deutlichen Anstieg bei den Bewerbungen für den Studiengang Medizin verzeichnet die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund für das Sommersemester 1998. Es bewarben sich rund 12.000 Abiturienten, 2.100 (21 Prozent) mehr als im Vorjahr. Eine der Ursachen für die Zunahme ist nach Angabe der ZVS vermutlich die Änderung des Zulassungsverfahrens. Der obligatorische Eignungstest wird aufgegeben, statt dessen gilt das für alle anderen Numerus clausus Studiengänge geltende Auswahlverfahren. Somit werden 60 Prozent der Plätze nach Abiturnote und 40 Prozent nach Wartezeit vergeben.

Quelle: dpa-Kulturpolitik, 9. März 1998

## Befristet

### KMK-Beschluß zu Berufungszusagen

Die Kultusministerkonferenz hat am 29./30. Januar 1998 einen Beschluß über die zeitliche Befristung von Zusagen über die personelle und sächliche Ausstattung anlässlich von Berufungs- und Bleibeverhandlungen gefaßt. Danach sollen in Zukunft die Berufungs- und Bleibezusagen ausnahmslos nur noch befristet gewährt werden. Die Befristung beträgt in der Regel fünf Jahre. Bereits abgeschlossene Vereinbarungen bleiben davon unberührt. Das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium hat die Universitäten darauf hingewiesen, daß es sich hierbei um einen alle Länder bindenden Beschluß handelt, und um dessen Beachtung vor allem bei Berufungsverhandlungen gebeten. Den Universitäten ist empfohlen worden, dies auch bei der internen erfolgsorientierten Ressourcensteuerung zu beachten.

Eigener Bericht

## Optimismus

Die Wirtschaft gab 1997 nach Angaben des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft insgesamt rund 61,67 Mrd. Mark für Forschung und Entwicklung (FuE) aus. Das sind 3,6 Prozent mehr als im Jahre 1996 (59,55 Mrd. Mark). Die Planungsangaben der Großunternehmen zeigen, daß der Aufwärtstrend vorerst bleibt: 30 Prozent der Unternehmen haben für 1998 einen Zuwachs der FuE-Aufwendungen vorgesehen, gegenüber 10 Prozent, die einen Abbau geplant haben. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt steht der Wirtschaftssektor in Deutschland mit seinen FuE-Aufwendungen im internationalen Vergleich nach Schweden, Korea, Japan und USA auf Platz fünf.

Quelle: Stifterverband, 17. Februar 1998

## Liebäugeln

Für den Fall einer rot-grünen Koalition wäre das Bundeswissenschaftsministerium für die Grünen ein attraktives Ressort. Es sei zumindest erheblich interessanter als das Familienministerium, äußerte die grüne Wissenschaftssenatorin von Hamburg, Krista Sager, gegenüber Bonner Journalisten. Sie selbst gilt bei den Grünen als geeignete Kandidatin, aber auch Marianne Birthler, ehemalige Schulministerin in Brandenburg, Gunda Röstel, frühere Schulleiterin in Sachsen und Sybille Volkholz, ehemals Berliner Schulsenatorin.

Quelle: dpa-Kulturpolitik, 16. Februar 1998

## Mitbestimmung

Brandenburgs Studenten sollen nach Aussage von Wissenschaftsminister Steffen Reiche (SPD) mehr Mitbestimmung zugesichert bekommen. Studentische Forderungen nach Änderung der Bestimmungen für den Landeshochschulrat würden in den Entwurf zur Novellierung des Hochschulgesetzes eingearbeitet. „Die starren Professorenmehrheiten nach Sitzen und Stimmen in den Gremien weichen einer differenzierten Regelung, die sich stärker an den verfassungsrechtlich gebotenen Mehrheitsverhältnissen orientiert“, sagte Reiche.

Quelle: dpa-Kulturpolitik, 2. März 1998

# Äpfel mit Äpfeln vergleichen!

Wider die Mythenbildungen über amerikanische Universitäten

**N**euerdings ist zunehmend von einer „Amerikanisierung“ der deutschen Universitäten die Rede; sie wird abwechselnd befürchtet, befürwortet, für unmöglich erklärt oder selektiv empfohlen. „Amerika, Du hast es besser“ hat Goethe einmal geschrieben. Wohl kaum: „Amerika“ hat es nicht unbedingt besser, aber allemal anders.



Mitchell G. Ash, Ph. D.,  
Univ.-Professor,  
Geschichte der Neuzeit,  
Universität Wien

Diese Zeilen schreibe ich als amerikanischer Wissenschaftshistoriker, der an privaten und staatlich geförderten Universitäten der USA studiert und unterrichtet hat und auch zehn Jahre lang an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen tätig war. Absicht meiner Bemerkungen ist nicht, konkrete Verbesserungsvorschläge für die deutschen Hochschulen aus amerikanischer Sicht zu unterbreiten. Vielmehr geht es darum, einige der zahlreichen Stereotype und Mythen in bezug auf amerikanische Universitäten, die zur Zeit in der deutschen hochschulpolitischen Diskussion kursieren, zu thematisieren und ihre Funktionen in dieser Diskussion zu reflektieren.

## Die privaten Eliteuniversitäten – eine falsche Vergleichsgröße

Kaum ein Artikel zu diesem Themenkreis scheint ohne ein Bild von einem parkähnlichen amerikanischen Campus mit efeumrankten Gebäuden auskommen zu können. Der häufige Gebrauch solcher Klischeebilder zeigt die zentrale Bedeutung, die den großen amerikanischen Eliteuniversitäten in dieser Diskussion beigemessen wird. Das ständige Schielen auf Harvard, Stanford oder ähnliche Universitäten spiegelt Denkfehler auf allen Seiten der deutschen Diskussion wider. Darin kommt das Wunschdenken derjenigen zum Ausdruck, die durch den Verweis auf die amerikanischen Eliteuniversitäten mehr Elite auch in Deutschland erreichen wollen. Es geht aber an der Wirklichkeit des deutschen Steuer- und Stiftungsrechts vorbei, so zu tun, als könnte für private Eliteuniversitäten auch in Deutschland jemals ein derart gewaltiges Stiftungskapital zusammenkommen, wie diesen Hochschulen zur Verfügung steht. Vergessen wird auch, daß viele der großen Privatuniversitäten der USA vor circa hundert Jahren in einer einzigen Generation, d.h. zwischen 1875 und 1910, gegründet und mit ihrem Stiftungskapital ausgestattet worden sind. Es war eine Zeit der weltwirtschaftlichen Hochkonjunktur, in der Städte wie New York und Chicago, wie Berlin und Wien, zu Metropolen heranwuchsen und die Hochschulelats auch im kaiserlichen Deutschland schnell anstiegen. In den

USA gab es zu jener Zeit, wie in Deutschland auch, keine Einkommensteuer. Selbst in den USA denkt heute allein aus Kostengründen kaum einer mehr daran, eine derart großzügig dotierte private Universität aus dem Stand zu gründen, obwohl dort die rechtlichen Bedingungen dafür weitaus günstiger wären als in Deutschland. Sobald man an all dies denkt, wird das Utopische, gar das Unseriöse eines Denkens deutlich, das sich so viel von einer Privatisierung der deutschen Universitäten nach dem Modell der amerikanischen Privatuniversitäten verspricht.

Die schönen Campusbilder mit den Efeuwänden werden andererseits auch negativ verwendet. So werden die hohen Studiengebühren an den amerikanischen Eliteuniversitäten allzu gerne als Totschlagargument gegen die Einführung von Studiengebühren jedweder Art ins Feld geführt. Das hilft aber auch nicht weiter. Auch für diesen Punkt gilt die Feststellung, daß sich die bisherige Amerika-Diskussion in der deutschen Hochschuldebatte fast durchweg an falschen Vergleichsgrößen orientiert. Falls eine Einbeziehung des amerikanischen Systems in die deutsche hochschulpolitische Diskussion ernsthaft geschehen soll, dann wäre es allemal realistischer, sich die großen staatlich geförderten Universitäten wie Wisconsin, Michigan oder Berkeley anzuschauen. Obwohl diese Universitäten von mehreren zehntausenden Studenten besucht werden, befinden auch sie sich unter den führenden Empfängern von Drittmitteln. Somit wird klar, daß hohe Studentenzahlen, hohe Ausbildungsqualität und hochwertige Forschungsleistungen durchaus kompatibel sein können. Die Gleichstellung von Massenuniversität und Qualitätsverlust, die in der deutschen Diskussion immer wieder anzutreffen ist und in Gegenüberstellungen von „guten“ Eliten- und „eher durchschnittlichen“ staatlichen Universitäten mit einfließt, ist einseitig.

Würde man die großen staatlich geförderten amerikanischen Universitäten als Vergleichsgröße wählen, so könnte auch mehr Realismus in die deutsche Diskussion einkehren. Alle Kenner wissen, daß das Qualitätsgefälle unter den staatlich geförderten Universitäten der USA, wie unter den priva-

ten auch, sehr hoch ist, und daß selbst die besten unter ihnen auch eine erhebliche Varianzbreite hinsichtlich der Qualität der Forschungsleistungen und der Lehre in einzelnen Fächern aufweisen. Es würde der hochschulpolitischen Diskussion in Deutschland guttun, wenn eingestanden werden könnte, daß diese Varianzbreite auch an den deutschen Universitäten vorhanden ist, und daß einer Veränderung dieses Zustandes allein aus juristischen, geschweige denn aus interessenpolitischen Gründen, enge Grenzen gesetzt sind.

Auch an den staatlich geförderten Universitäten der USA gärt es momentan gewaltig. So hat Daniel Fallon beispielsweise in dieser Zeitschrift die ketzerische Frage gestellt, wie viele staatlich geförderte Forschungsuniversitäten wirklich notwendig sind und ob es nicht sinnvoll wäre, davon auszugehen, daß nicht jede Region in jedem Bundesstaat der USA eine eigene Volluniversität benötigt. In den USA besteht also wie in Deutschland ein Spannungsverhältnis zwischen regionalen Wirtschaftsinteressen und dem rational belegbaren Bedarf an universitärer Forschung. Ob deshalb eine „Schließungskultur“ in Amerika einkehrt, wie diese gelegentlich für Deutschland gefordert wird, bleibt allerdings abzuwarten, denn anders als in Deutschland hängen selbst die staatlich geförderten Universitäten in den USA nicht ausschließlich am staatlichen Tropf.

### **Autonomie, Hochschulfinanzierung und die Rolle von Studiengebühren**

In der deutschen Diskussion ist vielfach von „mehr Autonomie“ die Rede; dabei wird gelegentlich auch in diesem Fall neidvoll auf das amerikanische Beispiel geschaut. Wesentliche Unterschiede zwischen den deutschen und den amerikanischen Universitäten hinsichtlich der Finanzierungsformen und der damit zusammenhängenden, rechtlich und politisch bedingten administrativen Strukturen, werden allerdings auch hier außer acht gelassen. Der Blick auf die amerikanischen Privatuniversitäten hilft auch in diesem Fall nicht weiter. Diese sind, wie Steven Muller einmal gesagt hat, finanziell und juristisch eigentlich niemandem außer sich selbst verantwortlich. So viel Freiheit wünscht sich wohl keine(r) der deutschen Diskussionsbeteiligten. Inzwischen wird glücklicherweise verstärkt auf die Organisationsformen der staatlich geförderten amerikanischen Universitäten geschaut. Die Oberaufsicht darüber führen sogenannte „Boards of Regents“, das sind Gremien, die den Parlamenten oder den Gouverneuren der jeweiligen Bundesstaaten rechenschaftspflichtig sind, ohne daß die jeweiligen bundesstaatlichen Verwaltungen jeden Hochschuletat im Einzelnen überprüfen.

Wenn allerdings etwas aus dem amerikanischen Beispiel für die deutsche Diskussion zu diesem Themenbereich zu lernen wäre, so lautet die Botschaft: Autonomie heißt Mischfinanzierung. Abhängigkeit von nur einer Finanzierungsquelle, im deutschen Falle vom Staat, führt zur Misere der Überverwaltung, aber auch zur inzwischen vielerorts beklagten Versorgungsmangel. An den staatlich geförderten Universitäten der USA werden gegenwärtig nicht einmal die Hälfte, in vielen Fällen nicht einmal ein Drittel der laufenden Kosten unmittelbar aus den Etats der jeweiligen Bundesländer bezogen. Der Hochschulbau wird durch den Verkauf von festverzinsten Wertpapieren finanziert, die von den Bundesstaaten ausgeschrieben werden. Der Rest setzt sich aus Drittmittel-

einwerbung (vornehmlich aber nicht ganz aus den Fonds der US-Bundesregierung), dem (nur leicht subventionierten) Verkauf von Dienstleistungen, Spenden von ehemaligen Absolventen, Mäzenen oder Firmen und aus Studiengebühren zusammen.

Die Nachteile einer derartigen Mischfinanzierung - vor allem die Kosten eines teuren Fundraisingapparates und die Möglichkeit einer Einflußnahme durch reiche Geldgeber - werden dabei in Kauf genommen. Denn die Vorteile dieser Mischfinanzierung in Bezug auf die Hochschulautonomie sind kaum zu leugnen. So konnte beispielsweise der damalige Präsident der University of Iowa vor wenigen Jahren Versuchen seitens der Legislative, auf Lehrinhalte Einfluß zu nehmen, mit einem Hinweis darauf, daß die Universität der drittgrößte Arbeitgeber des ganzen Bundesstaates ist und erhebliche Summen in die Wirtschaft des Bundeslandes von außerhalb einbringt, zum Verstummen bringen. Davon, sich eine solche Geste leisten zu können, wird jeder Präsident oder Rektor einer deutschen Universität noch lange nur träumen können.

Daß Studiengebühren eine wichtige Finanzquelle für die amerikanischen Universitäten und damit eine der bedeutendsten Stützen der Hochschulautonomie sind, wird in der deutschen Diskussion erkannt, aber unterschiedlich bewertet. Auch die staatlich geförderten Universitäten der USA verlangen hohe Gebühren von denjenigen Studierenden, die von außerhalb des jeweiligen Bundesstaates kommen, und als moderat angesehene Gebühren für „Inländer“; doch tut dies

Anzeige

Neuland

dem studentischen Andrang keinen Abbruch. Die Sorge um einen sozial gerechten Hochschulzugang ist auch in den USA groß. Doch geht es hier im Grunde um etwas anderes, und zwar um eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit bezüglich der Frage, ob höhere Bildung als öffentliches oder als privates Gut zu betrachten ist. In Deutschland wird gegenwärtig eine Lockerung bürokratischer Kontrolle erwünscht, aber eine Privatisierung der Universitäten wird prinzipiell abgelehnt, denn Bildung wird weiterhin als öffentliches Gut verstanden. Wie dieses Prinzip mit der immer häufiger vertretenen, ebenfalls aus den USA importierten Auffassung von Studierenden als „Kunden“ zu vereinbaren sein soll, bleibt aber im Moment noch unklar. Polemische Verweise auf die horrenden Studiengebühren an den amerikanischen Privatuniversitäten lenken meines Erachtens nur von der dringend notwendigen Diskussion dieser Grundsatzfrage ab.

### Evaluierung von Lehr- und Forschungsleistungen

Der fast hysterisch anmutende Aufschrei vieler deutscher Professoren als Reaktion auf Vorschläge einer Evaluierung von Lehre und Forschung ruft unter amerikanischen Fachkollegen nur Schmunzeln hervor. Zwar kommen diesbe-

Professoren, die bei Stellenausschreibungen und Beförderungen immer herangezogen werden.

Mit dem Stichwort „Evaluierung“ wird auch ein zentraler Bestandteil der innenpolitischen Wirklichkeit der deutschen Universitäten thematisiert. Gemeint ist das in der Professorenschaft hochgehaltene Kollegialitätsprinzip, welches in der Bundesrepublik in der formellen Gleichstellung aller Universitäten Ausdruck findet. Daß dies eine Fiktion ist, wissen eigentlich alle Beteiligten. Aus amerikanischer Sicht scheint das Festhalten daran völlig wirklichkeitsfremd zu sein. Es ist nur zu begrüßen, wenn sich in letzter Zeit in der deutschen hochschulpolitischen Öffentlichkeit die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, daß nicht alle Lehrenden gleichermaßen verdiente Forscher sein können und daß alle Universitäten auch nicht gleichermaßen leistungsfähig sein oder die gleiche Profilbildung aufweisen können.

Zur Zeit wird in Deutschland eine Stärkung der Universitätsverwaltung angestrebt, damit diese eine leistungsbezogene Verteilungspolitik durchsetzen kann. Auch hier wird nach Amerika geschaut und der Mythos des „starken Dekans“ bemüht. Dabei sind diese allerdings keine Profi-Manager, sondern wie in Deutschland auch Professoren; ihre Amtszeit beträgt allerdings mehrere Jahre. So können sie in der Tat Prioritäten setzen, Innovationen belohnen und z.T. erhebliche Umverteilungen der Lehr- und Forschungsmittel bewerkstelligen. Aber der Auswirkung dieser Instrumente sind enge Grenzen gesetzt. Sehr selten werden beispielsweise neue Fakultätsmitglieder entgegen den Wünschen des Departments ernannt, noch seltener werden leistungsschwache Kollegen abberufen. Auch in diesem Fall würde also eine nüchterne Betrachtung der amerikanischen Hochschulwirklichkeit einer realistischeren Diskussion der Chancen und Grenzen der Reform in Deutschland dienlich sein.

### Die Sinnfrage

Interessanterweise wird gerade in Hinblick auf die grundlegende Frage nach dem Sinn und Zweck der Universität von deutscher Seite aus nicht auf die USA Bezug genommen. Weil das deutsche Universitätsmodell vor einem Jahrhundert nach Amerika importiert wurde, so meint man vielleicht, gäbe es diesbezüglich nichts zu lernen. Das in den USA weithin vertretene Ideal der höheren Bildung stellt jedoch eine Syn-

these englischen, deutschen und amerikanischen Gedanken-guts dar. Der bedeutendste Unterschied zum deutschen Modell ist, daß die Studierenden in den Mittelpunkt gestellt und die im studentischen Alter ohnehin anstehende Selbstfindung als Bestandteil des Bildungskonzepts begriffen wird. Unter anderem deshalb gibt es an öffentlichen und privaten amerikanischen Universitäten teuer erbaute Sport- und Kultureinrichtungen, während die vergleichbaren Einrichtungen in Deutschland eher kümmerlich ausgestattet sind.

Die gegenwärtige universitätspolitische Diskussion in Deutschland konzentriert sich trotz aller Bekenntnisse zum Humboldtschen Bildungsideal auf die berufsbezogene Ausbil-



Georgetown-University, Washington, USA

Foto: Ausserhofer

züglich in den USA durchaus Absurditäten vor. So werden quantitative Ratings einzelner Lehrer wie Kultobjekte vorge-tragen, um Stellen in den Hochschul-Rankings wird derart heftig gestritten, daß man sich tatsächlich an athletische Wett-kämpfe und die in den USA allgegenwärtigen sportlichen Lei-stungstabellen erinnert fühlt. Als gegenläufige Tendenz ist al-lerdings auch eine Nivellierung der Leistungsbeurteilungen nach oben zu beobachten. Doch auch in diesem Bereich wird nur mit Wasser gekocht. Früher oder später lernt jedes neue Fakultätsmitglied an einer amerikanischen Universität, wie die Evaluierungsbögen der Studenten und Studentinnen einzu-schätzen, d.h. wie ernst oder unernst sie zu nehmen sind. Das-selbe gilt für die Empfehlungsschreiben und Gutachten von



derung und deren effiziente Umgestaltung. Daß dies vor allem für die Geisteswissenschaften angesichts der um sich greifenden Akademikerarbeitslosigkeit eigentlich noch wenig Sinn hat, wird zwar gelegentlich bemerkt, doch werden daraus keine tiefgreifenden Konsequenzen gezogen. In den USA hingegen werden z.B. Absolventen der „Liberal Arts“ auch bei Banken gern eingestellt, weil sie flexibel und lernfähig sind. Wie wäre es, wenn in Deutschland die Allgemeinbildung und die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen als Werte an sich betrachtet würden? Die entsprechenden, ohnehin schon bestehenden Strukturwandlungen der Universitäten, wie z. B. die Öffnung für ältere Altersgruppen, könnten dann noch explizit in offizielle Zielsetzungserklärungen der Universitäten oder gar der Hochschulgesetzgebung finden. Die zur Zeit unterbreiteten Vorschläge einer Dreiteilung der Ausbildung in grund-, fachspezifische und graduierte Phasen scheint in diese Richtung hin zu tendieren; doch von einer Reflexion der Bedeutung einer solchen Reform für die bisherige staatliche Aufgabenstellung der Universitäten scheint noch lange nicht die Rede zu sein.

### Gegenseitiges Lernen

Als Fazit halte ich vier Punkte fest:

1. Wer von „den“ amerikanischen Universitäten spricht, projiziert nur den in Deutschland verbreiteten Hang zur Verbürokratisierung und zur Verrechtlichung nach außen und übersieht dabei gerade die Vielfalt, pragmatische Flexibilität und Multifunktionalität - eben die Faktoren, die die eigentliche Stärke der amerikanischen Hochschulen ausmachen.

2. Wer ernsthaft daran interessiert ist, sich von amerikanischen Beispielen anregen zu lassen, sollte sich die geeigneten Vergleichsgrößen, d.h. nicht die Eliten-, sondern die staatlich geförderten Universitäten, genauer anschauen.

3. Wer an den deutschen Universitäten wirklich etwas bewirken und nicht nur Gruppeninteressen zur Geltung bringen will, sollte dafür eintreten, daß die Hochschulfinanzierung endlich wirklichkeitsbezogen gestaltet wird. Mangels Mittelzuwächsen sollte nicht lediglich für etwas mehr Autonomie, sondern für eine echte Autonomie plädiert werden. Gemeint sind nicht nur Globalhaushalte, sondern auch die juristisch gesicherte Fähigkeit, über einen jeweils zu bestimmenden Sockelbetrag vom Staat hinaus auch außerstaatliche Gelder, gegebenenfalls auch über Studiengebühren, einzuwerben und eigenständig zu verwalten.

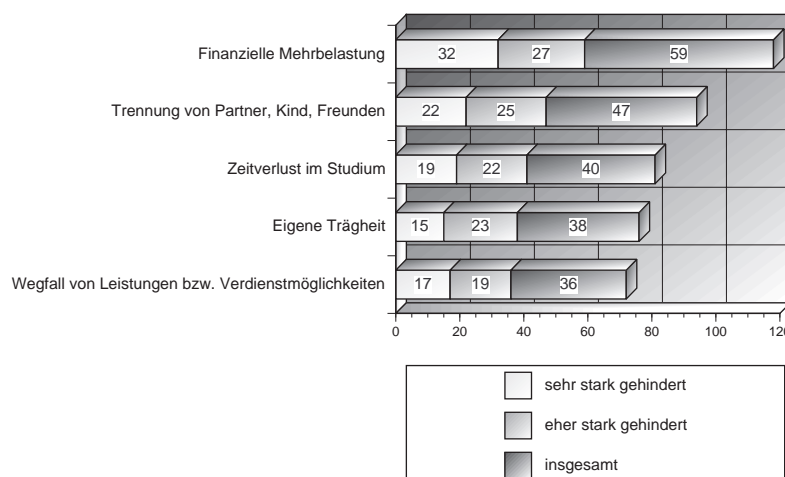
4. Viele der grundsätzlichen Dilemmata und gewaltigen Aufgaben, die den deutschen Universitäten zur Jahrtausendwende bevorstehen, sind in nur leicht veränderter Form auch in den USA wie in anderen entwickelten Industrieländern auszumachen. Internationale Vergleiche und gegenseitiges Lernen sind deshalb erforderlich und auch wünschenswert. Aber Stereotypen, Pauschalierungen und Klischeebilder, die letztendlich nur durchsichtige Gruppen- und Standesinteressen zum Ausdruck bringen, verhindern dieses gegenseitige Lernen. □

Anschrift des Autors

Dr. Karl Lueger-Ring 1  
A 1010 Wien

### Auslandsstudium

## Was deutsche Studenten zu Hause hält



Wichtige Hinderungsgründe für ein Auslandsstudium. Angaben von Studenten, die sich „sehr stark“ bzw. „eher stark“ gehindert fühlen in %

Sechs Prozent aller deutschen Studenten nahmen 1997 ein Auslandsstudium wahr. Damit wurde die höchste Auslandsmobilität seit 1995

erreicht, die sich in diesem Jahr nach Angaben des Hochschul-Informationssystems in Hannover bis auf zehn Prozent steigern wird. Insbesondere Studenten

des Maschinenbaus, deren Auslandsquote sich von 1982 bis 1996 verfünffacht hat, und der Betriebswirtschaftslehre an den Fachhochschulen gingen vermehrt ins Ausland. Gemessen an den sogenannten Abwesenheitsquoten der UNESCO-Statistik werden deutsche Studierende nur von Österreich, Portugal, Schweden und Dänemark übertroffen.

Die finanziellen Mehrbelastungen stellen den größten Hinderungsgrund für einen Auslandsaufenthalt dar. Fast 40 Prozent aller Befragten, die auf eine Auslandserfahrung verzichtet haben, konnten sich nicht aufrufen, die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten.

Quelle: Hochschul-Informationssystem, November 1997  
Grafik: F&L



# Ein tauglicher Vergleich?

Anmerkungen über das deutsche und amerikanische Hochschulsystem

**I**m Übereifer der Reformbemühungen in Deutschland besteht die Gefahr, daß das amerikanische Hochschulwesen idealisiert wird. Die Stärken der deutschen Universitäten, wie die Prinzipien der Selbstverwaltung und die Autonomie in Forschung und Lehre, dürfen nicht übersehen werden.

Wolfram Bublitz, Dr. phil.,  
Univ.-Professor, Anglistik,  
Universität Augsburg

Hubert Zapf, Dr. phil.,  
Univ.-Professor,  
Amerikanistik,  
Universität Augsburg

Die Darstellung amerikanischer Universitäten hierzulande wird üblicherweise auf ihre Elite-Hochschulen verkürzt. Diese bieten, in ihrer Forschungsproduktivität und in der intensiven, persönlichen und erfolgsorientierten Betreuung der Studierenden, auch für unsere Hochschulen in der Tat viele interessante Anregungen. Gleichzeitig ist aber nachdrücklich festzuhalten, daß diese Elite-Universitäten nur einen verschwindend kleinen Teil der amerikanischen Hochschullandschaft ausmachen. Die weitaus meisten der etwa 2.500 *universities* und *colleges* sind von eher durchschnittlicher Qualität und erreichen nicht das Niveau deutscher Universitäten.

## Hohe Studiengebühren

Sollen unsere Universitäten auf dem Markt der 'globalisierten' Ausbildung mit den in den Medien gern herangezogenen Elite-Universitäten wie *Harvard* konkurrieren können, müßten sie vor allem über eine ähnlich günstige materielle und personelle Ausstattung verfügen. Diese ist nicht in Sicht.

Die amerikanischen Universitäten finanzieren sich im wesentlichen aus vier Quellen: Steuern, Drittmitteln (Industrie, Wirtschaft, Militär), Studiengebühren und Spenden. In den meisten Bundesstaaten sinken die Zuwendungen aus dem Steuersäckel schon seit einiger Zeit stetig. Die Universitäten sind also darauf angewiesen, immer mehr Drittmittel einzulernen und die Studiengebühren zu erhöhen. Beides ist keineswegs uneingeschränkt nachahmenswert: In einem Interview in der *Süddeutschen Zeitung* (3.1.1997, S. 33) hat die aus den USA an die TU München berufene Werkstoff-Professorin und Leibnizpreisträgerin 1997, Jean K. Gregory, die ihre Ausbildung in Stanford und am *Massachusetts Institute of Technology* erhielt, eindrucksvoll auf die wachsende lähmende Abhängigkeit der Forschung von den Geldern der Industrie hingewiesen.

Ergänzt sei, daß geisteswissenschaftliche Fächer im Kampf um diese Gelder keine Chance haben. In den USA hat dies dazu geführt, daß selbst an alten Elite-Universitäten die traditionell starken Fächer wie *Philosophie* oder *Germanistik* reduziert oder geschlossen werden (s. Zimmerli *Die Zeit* 27.9.1996). An der *Brandeis University* (Boston) löst der die Interessen von Industrie und Wirtschaft vertretende *Board of Trustees* (der in Bayern eingeführt werden soll), gerade das Fach *Musik* auf, weil es sich nicht rechnet.

Und dies trotz der teilweise exorbitant hohen Studiengebühren, die z.B. bei den Partneruniversitäten Augsburgs zwischen 5.000 Dollar (*University of Pittsburgh*, nur für Bürger des Staates Pennsylvania, sonst 10.000 Dollar) und deutlich über 20.000 Dollar (an der kleinen privaten 'Elite'-Universität *Brandeis*) pro Studienjahr liegen. Die soziale Ungleichheit ist evident: Wer wohlhabend ist, kauft sich eine gute Universitätsausbildung, wer es nicht ist und kein Stipendium bekommt, muß sich entweder extrem verschulden oder mit einer der zahlreichen schlechten Universitäten vorliebnehmen. Die Dreiviertelgesellschaft ist im Bereich der Ausbildung längst Realität.

## Studium und Arbeit

Die hohen Studiengebühren, zu denen natürlich noch die Kosten für Wohnung, Lebensmittel, Bücher etc. kommen, machen es für viele amerikanische Studierende, weit mehr noch als bei uns, zu einer existentiellen Notwendigkeit, neben dem Studium zu arbeiten. Die intensive Studiertätigkeit, die auswärtige Besucher verwundert und die etwa in den bis nachts gut besuchten Bibliotheken augenfällig wird, beschränkt sich daher fast ausschließlich auf die Semesterzeit (in der Regel 3,5 Monate vor Weihnachten und 3,5 Monate nach Jahresbeginn). Zwar müssen auch bei uns immer mehr Studierende ihr Studium durch eine Erwerbstätigkeit selber finanzieren, doch sind die Belastungen immer noch erträglicher als in den USA.

## Studienzeiten und Studieninhalte

Die Studienzeiten in den USA sind im Durchschnitt kürzer als in Deutschland. Die meisten Studierenden beenden nach vier Jahren als *undergraduates* mit einem *Bachelor of Arts*, *Bachelor of Science* oder einem vergleichbaren anderen Abschluß ihr Studium und treten in die Berufswelt ein. Entsprach ihr Niveau bei Studienanfang bestenfalls dem unserer Gymnasialschüler zu Beginn der Kollegstufe (Klasse 12), erreichen sie beim Abgang von der Hochschule ein Ausbildungsniveau, das etwa dem unserer Zwischenprüfung entspricht. Die kurze Studiendauer mit dem schnellen Abschluß wird also mit einer deutlich niedrigeren Qualifikation der Studienabgänger erkauft. Ob diese Konsequenz eines verkürzten Studiums gesellschaftlich wünschenswert ist, sei dahingestellt. Dies hängt letztlich davon ab, wie hoch der Wert „Bildung“ in unserem gesellschaftlichen Wertesystem noch veranschlagt wird.

Die Länge der Studienzeiten in Deutschland erklärt sich (abgesehen von den Ausnahmen, die es immer gibt und die die Regel bestätigen) nicht aus der Faulheit unserer Studierenden, sondern aus mehreren Faktoren, zu denen sicherlich die im Vergleich mit den USA ungünstige Dozent-Student-Relation und die gegenüber früher deutlich gewachsenen Studienanforderungen gehören.

Ein amerikanischer *undergraduate student* belegt etwa fünf Kurse, die in der Regel jeweils aus zwei oder drei Stunden Unterricht pro Woche bestehen. In diesen Kursen wird sehr intensiv gearbeitet. Es werden in kurzen Abständen kurze Hausarbeiten oder Tests geschrieben, und die Quantität der von Woche zu Woche zu lesenden Primär- und Sekundärliteratur ist oft höher als in deutschen Seminaren. Von dieser stärkeren Bereitschaft zur Lektüre auch umfangreicherer Texte könnten unsere Studierenden in der Tat lernen.

Gleichzeitig ist aber zu sagen, daß amerikanische Studierende in der Regel nur ein Fach als Hauptfach studieren, in dem sie dann auch ihren Abschluß machen, während bei uns mindestens zwei (im Magisterstudiengang drei) Fächer belegt werden müssen. Die wöchentliche Zahl zu besuchender Unterrichtsstunden und demzufolge zu verarbeitender Studieninhalte ist hier daher deutlich höher als in den USA, was bei der quantitativen Veranschlagung der jeweiligen Seminaranforderungen zu berücksichtigen ist. Hinzu kommt, daß sich ein Studium etwa des Fachs *Englisch* oder *Deutsch* fast überall in den USA auf die Literaturwissenschaft beschränkt und die Sprachwissenschaft selten Teil des Studienangebots ist, während in Deutschland alle Studierenden solcher Fächer sowohl literatur- als auch sprachwissenschaftliche Kurse erfolgreich absolvieren müssen. Gerade darin liegt eine zusätzliche Arbeitsbelastung. Zugleich

ist aber nicht zu bezweifeln, daß hierdurch die Fähigkeit zum methodisch-systematischen Denken besonders gefördert wird. Von geringeren Anforderungen an deutsche Studierende kann also – jedenfalls in unseren Fächern – keine Rede sein.

Die Qualität und Leistungsfähigkeit der Studierenden an den amerikanischen Spitzenuniversitäten ist in der Regel zweifellos hoch. Durch ihre geringe Zahl und die dadurch mögliche persönliche Betreuung wird die individuelle Förderung optimiert. Allerdings muß hier wiederum im Blick auf das Gesamtbild daran erinnert werden, daß der durchschnittliche *High-School*-Abschluß in seinen Anforderungen deutlich unter dem eines deutschen Abiturs liegt. Im Bereich der Fremdsprachenausbildung läßt sich etwa feststellen, daß Studierende von Fächern wie Spanisch, Französisch oder Deutsch (von denen es immer weniger gibt) ihr Studium oft mit sehr geringen Sprachkenntnissen aufnehmen. Ihr Studium besteht teilweise erst im mühsamen Erlernen der Fremdsprache selbst, weshalb literarische Werke nicht selten in englischer Übersetzung gelesen werden. Demgegenüber ist an deutschen Universitäten die fremdsprachliche Kompetenz der Studierenden durchweg höher.

## Auslandsstudien

Interessant für die Frage der Qualität und Leistungsfähigkeit unserer Studierenden im Vergleich zum amerikanischen System ist ein Blick auf die Auslandsstudien. Die erfreuliche Erfahrung ist die, daß unsere Studierenden in den USA, ganz gleich wo sie dort studieren, überwiegend gut bis sehr gut abschneiden und daß viele von ihnen auch an den Elite-Hochschulen erfolgreich bestehen können. Das Problem ist allerdings, daß einige der Besten wegen der geringen Zahl wissenschaftlicher Nachwuchsstellen hierzulande in den USA blei-



Stanford University, Kalifornien, USA

Foto: Stanford

ben, um dort zu promovieren. Offensichtlich erhalten unsere Studierenden eine Ausbildung, die sie international konkurrenzfähig macht.

Umgekehrt gilt keineswegs, daß sich etwa Germanistik-Studierende aus den USA stets erfolgreich in den deutschsprachigen Lehrbetrieb integrieren. Vielmehr müssen für viele von ihnen eigene Sprach- und Tutorienkurse organisiert werden, weil sie den Veranstaltungen nicht folgen können. Auch hier muß im Klartext geredet werden: Der oft wiederholte Vorwurf, die deutschen Universitäten seien für auslän-

dische Studierende nicht (mehr) genügend attraktiv, unterstellt einen Niveauschwund, wo es im Gegenteil gerade darum geht, daß die hohen Studienanforderungen und die erwarteten Sprachkenntnisse potentielle Interessenten aus anderen Ländern abschrecken.

	USA	Deutschland
Berufung: Voraussetzungen	Hochschule kann frei darüber entscheiden	Durch §44 HRG staatlich vorgeschrieben, Hochschule kann noch detailliertere Voraussetzungen für die Ausschreibung festlegen
Auswahl	Hochschule ist völlig frei, wen und wie sie auswählt	Hochschule erstellt eine Dreier-Liste
Ruf	Hochschule	Zuständiger Landesminister
Berufungsvereinbarungen	Hochschule	Ministerium: besoldungs- und dienstrechtliche Dinge, Hochschule: Personal- und Sachausstattung
Karriere: Art der Vertragsverhandlung	Meist individuell zwischen Hochschule und Professor, ungefähr 30% der Professoren haben einen Tarifvertrag	Öffentlich-rechtlicher Vertrag (zwischen Staat und Professor), Hochschule hat z. T. Handlungsrecht bzgl. Personal- und Sachausstattung
Laufbahn	Hochschule bestimmt Laufbahn aufgrund von Evaluationen, erfolgt meist intern in drei Hauptstufen (Assistant, Associate, Full) die i.d.R. in weitere kleine Stufen unterteilt sind und sukzessive durchlaufen werden müssen	Laufb. ist nach Berufung durch Beförd. nach Dienstalter innerh. Besoldungsstufe durch den Staat leistungsunabh. vorg.; Aufstieg in höh. Besoldungsstufe normalerw. durch ext. Ruf, Hochschule kann sofort Ruf in höchste Besoldungsstufe vorschlagen
Lebenszeitanstellung	Hochschule entscheidet (63,7% der Professoren sind in einer Daueranstellung)	Staat entscheidet (98,7% der Professoren sind in einer Daueranstellung)
Entlassung	Hochschule kann bis Beförderung in Lebenszeitanstellung entlassen, danach nur bei finanzieller Notlage	Hochschule hat keinen Einfluß; Professoren sind in der Regel Landesbeamte, Entlassung daher nicht möglich

Die wichtigsten Handlungsrechte der Hochschulen bezüglich ihrer Professoren in den USA und in Deutschland, 1997

Quelle: Andreas M. Rothfuß, Die Hochschulen in den USA und in Deutschland, Grafik: F&L

## Qualität der Lehre

Die Qualität der Lehre ist an den amerikanischen Spitzenhochschulen insofern oft höher als hier, als ein intensiverer Kontakt und ein persönlicheres Betreuungsverhältnis zwischen Professoren und Studierenden bestehen. In den Kursen wird aktive Mitarbeit auch dann honoriert, wenn es sich um subjektive Stellungnahmen handelt; die Ermutigung studentischer Kreativität steht vor Kritik und akademischem Hoheitsgebaren. Von dieser lebendigeren, persönlicheren und kreativeren Beziehung zwischen Lehrenden und Studierenden können wir zweifellos lernen.

Einer grundlegenden Veränderung der Situation steht allerdings ein Umstand entgegen, der mit der Persönlichkeit der Lehrenden wenig zu tun hat: Die eklatant ungünstigere Relation von Studierenden und Lehrenden. An den amerikanischen Spitzenhochschulen beträgt sie etwa 10:1, höchstens 15:1. Die Zahl der Stellen ist an unseren Universitäten in den letzten zwei Jahrzehnten kaum gewachsen, während die Zahl unserer Studierenden um mehr als 100 Prozent zugenommen hat. Wir tragen also seit Jahren eine hohe Überlast, so daß allein aus zeitlichen Gründen eine intensive individuelle Betreuung nicht immer zu leisten ist.

Wer die Vorzüge amerikanischer Spitzenhochschulen in der Qualität der Lehre bei uns haben will, der muß zuallererst neue Stellen schaffen. (Zum Vergleich: Das *English Department* an der *University of Pittsburgh* verfügt augenblicklich über 43 Lebenszeitprofessuren, 16 zur Entfristung anstehende Assistenzprofessuren, 25 Teilzeitlehrende und 80 *teaching assistants*.) Da dies im Augenblick politisch nicht opportun ist, werden Schuldzuweisungen ausgerechnet an die Adresse derer gerichtet, die mit den von ihnen nicht zu verantwortenden Problemen einer Massenuniversität so gut wie möglich umzugehen versuchen.

## Evaluation der Lehre

Anders als man es hier gelegentlich lesen kann, spielt die Lehrevaluation in den USA tatsächlich „nur eine marginale Rolle“ (Gregory). Die Forschung hat immer noch einen weit höheren Stellenwert als die Lehre. Und wer auf einer Dauerstelle sitzt, für den sind Evaluationen durch die Studierenden und Evaluationen der Forschung durch ihre *peers* nur dann von Belang, wenn er eine höher dotierte Stelle (an der eigenen oder einer anderen Universität) anstrebt oder an den für Gehaltserhöhungen reservierten Geldern stärker als andere partizipieren will; allerdings handelt es sich hierbei um teilweise äußerst geringe Zuwächse, da in der Regel der weitaus größere Teil der zur Verfügung stehenden Mittel auf alle Lehrenden gleichmäßig (und dann ohne Berücksichtigung der Evaluationen von Lehre und Forschung) verteilt wird.

## Qualifikation der Professoren

Ein anderer Mythos besagt, die amerikanischen Professoren seien qualitativ besser, flexibler und fleißiger, weil sie nicht verbeamtet und einer permanenten Leistungskontrolle ausgesetzt seien. Gerade ihre fehlende Absicherung und Bereitschaft, auch zeitlich befristete Stellen zu übernehmen, steigere ihre Flexibilität und Produktivität. Keines dieser Klischees stimmt. Auch hier zeigt sich bei genauerem Hinsehen, daß die Realität ganz anders ist. Die amerikanischen Elite-Universitäten haben natürlich aufgrund ihres guten Rufs und ihrer höheren Finanzmittel (und nicht zuletzt wegen des Englischen als der internationalen Wissenschaftssprache) die Möglichkeit, führende Fachvertreter aus aller Welt an sich zu binden.

Die typische Hochschulkarriere verläuft in den USA aber ganz anders, als es das Klischee will. Vereinfacht gesagt kommen unsere amerikanischen Kollegen früher und leichter auf Dauerstellen als wir. Weder benötigen sie eine derart vielfältige und langwierige Qualifikation wie die Habilitation, noch müssen sie sich einem vergleichbaren harten Wettbewerbs- und Ausleseverfahren bei der Stellenbesetzung unterziehen. Wesentlich ist es zunächst, an einer renommierten *Graduate School* zu studieren und dort den Dokortitel zu erwerben. Danach folgt die Bewerbung auf eine Stelle als *Assistant Professor*, fast immer an einer anderen Hochschule. Die Einstellung erfolgt auf der Grundlage eines Interviews, der Doktorarbeit und möglicherweise erster Publikationen; eine ganz entscheidende Rolle spielt zudem der Name der Alma Mater, von der man kommt. Ist die Bewerbung erfolgreich, kommt der als *Assistant Professor* angestellte Kandidat (im Alter von 28 bis 30 Jahren) in der Regel auf eine sog. *tenure track position*. Dies bedeutet, daß er im Verlauf von sechs Jahren, in denen wissenschaftliche Qualifikation und pädagogische Fähigkeiten unter Beweis zu stellen sind, eine Dauerstelle erhalten kann, und zwar zunächst als *Associate Professor* und später, bei entsprechender Leistung, als *Full Professor*. In der Praxis werden fast alle *Assistant Professors* mit *tenure track* entfristet. Das hauptsächliche wissenschaftliche Kriterium für die Übernahme in die akademische Dauerposition ist die Publikation eines fachwissenschaftlichen Buches, wobei es sich meistens um die Dissertation handelt, in einem renommierten Verlag (in der Regel einer *University Press*). Zusätzlich wird eine je nach Hochschule größere oder kleinere Zahl an Aufsätzen verlangt.

Es ist also die Regel und nicht die Ausnahme, daß ein Assistenzprofessor bereits nach sechs Jahren auf eine Lebenszeitstelle befördert wird mit einem Oeuvre, das weit schmäler ist als das, welches bei uns für eine Lebenszeitprofessur verlangt wird. Die amerikanische Praxis, dem Nachwuchs eine sichere Perspektive dadurch zu geben, daß man es ihm ermöglicht, aus eigener Kraft die Entfristung zu erreichen, steht im krassen Gegensatz zum bayerischen Entschluß, Dauerprofessuren verstärkt in Zeitstellen umzuwandeln; für 40-jährige Habilitierte eine tief demotivierende und kontraproduktive Vorstellung. Es ist dies einer der Hauptgründe dafür, daß einige unserer besten Doktoranden in die USA abwandern, wo ihre Dissertation für die Entfristung in der Regel ausreicht!

### Lehre, Verwaltung und die Forschungsleistung

Es heißt ferner immer wieder, amerikanische Professoren müßten mehr Lehrleistung erbringen als deutsche. Diese Behauptung ist ebenfalls falsch. Es gibt zunächst Unterschiede zwischen stärker lehr- und stärker forschungsorientierten Institutionen, wobei das höhere Prestige eindeutig bei letzteren liegt. Amerikanische Hochschulprofessoren lehren wie ihre deutschen Kollegen ungefähr sieben Monate im Jahr (oder neun, wenn sie freiwillig und gegen zusätzliche Bezahlung ein kompaktes *summer semester/term* anhängen). Sie unterrichten dabei üblicherweise zwei, seltener drei Kurse und mitunter auch nur einen Kurs pro Semester, wobei die Wochenstundenzahl eines Kurses zwischen zwei und vier Stunden schwankt. Hierzulande werden vier doppelstündige Kurse mit jeweils unterschiedlichen Themen unterrichtet. Eine spürbare Entlastung bei der Lehre, die in den USA für erfolgreiche

Forschungstätigkeit gewährt werden kann, gibt es bei uns allerdings nicht. Ein guter Teil der Lehre von *undergraduates* wird zudem von graduierten Studenten (*teaching assistants*) abgedeckt! Die Lehrbelastung ist also keinesfalls größer als bei uns. Hinzu kommt, daß es bei uns keinen Forschungsbonus gibt und daß die größeren Teilnehmerzahlen das Unterrichten erschweren.

Ein anderer Aspekt, der in der deutschen Diskussion leider überhaupt keine Rolle spielt, betrifft die deutlich geringere Verwaltungsbelastung unserer amerikanischen Kollegen. Beispielsweise ist es dort undenkbar, daß das Dekanat abwechselnd von allen Professoren einer Fakultät übernommen wird. Vielmehr werden diese und vergleichbare andere Stellen mit Personen besetzt, die sich primär als Verwaltungsfachleute verstehen und ihr Amt nicht vorübergehend, sondern auf Dauer ausüben. Von einer solch weitreichenden Trennung der Funktionen und der damit einhergehenden Entlastung von Verwaltungsaufgaben können wir hierzulande nur träumen.

### Universität und Wirtschaft

Dies bringt uns zum letzten, aber keineswegs unwichtigsten Punkt, dem Verhältnis der Universität zur Wirtschaft. Hier besteht in den USA in der Tat oft eine größere Nähe, vor allem in den naturwissenschaftlich-technischen Fachbereichen. Auch die Leitungsstruktur der Universität ist eng mit der Wirtschaft und dem öffentlichen Leben verflochten. Indiz dafür ist der überwiegend mit universitätsexternen Repräsentanten der Wirtschaft einer Stadt oder einer Region besetzte *Board of Trustees*, der die Geschicke der Hochschule bestimmt, die Forschungsschwerpunkte festlegt und dem der Hochschulpräsident in letzter Instanz Rechenschaft abzulegen hat.

Allein schon die Art und Weise der Besetzung dieses *Board of Trustees* wird in den USA höchst unterschiedlich und z.T. höchst eigentümlich gehandhabt. An manchen Universitäten (darunter sehr angesehenen Institutionen) benennt der aus einflußreichen ‚verdienten Bürgern‘ und finanzkräftigen Wirtschaftsvertretern zusammengesetzte *Board of Trustees* selbst seine neuen Mitglieder. Die Universität als Institution wird dabei nicht gefragt. Gleichzeitig entscheidet der *Board of Trustees* aber über zentrale akademische Fragen wesentlich mit, wobei die Frage der Effizienz und der Relevanz von Fachbereichen vorwiegend finanziell gestellt wird: Wieviele Studierende und d.h. wieviele Studiengebühren werden rekrutiert, wieviel Geld aus der Wirtschaft wird eingeworben etc. Die Konsequenz ist eine doppelte. Auf der einen Seite werden große oder ökonomisch interessante Fächer den Interessen der Wirtschaftlichkeit angepaßt und so in ihrer akademischen Substanz und Selbständigkeit, ja im Niveau ihrer Forschungsarbeit gefährdet. Auf der anderen Seite werden kleine, wirtschaftlich ‚unrentable‘ Fächer in Personal und Mitteln gekürzt oder einfach geschlossen. Dazu gehört leider auch die Germanistik. □

Die vollständige Fassung dieses gekürzten Beitrages kann bei der Redaktion von *Forschung & Lehre* angefordert werden. Er ist zuerst erschienen in der Zeitschrift *Anglistik*, Mitteilungen des Verbandes Deutscher Anglisten, Heft 2, September 1997)

Anschrift der Autoren  
Universitätsstr. 2  
86135 Augsburg

# Forschungsförderung in den USA

Akademische Freiheit auch ohne Geld ?

**W**as ist von einer Amerikanisierung der deutschen Forschungslandschaft zu halten? Könnte ein an ökonomischen Maßstäben gemessenes System die Freiheit der Forschung beschränken und damit einen Grundpfeiler unserer Wissenschaftskultur ins Wanken oder sogar zum Einsturz bringen?

Reinhard F. Hüttl, Dr. rer. nat.,  
Univ.-Professor, Bodenschutz und  
Rekultivierung,  
Brandenburgische Technische  
Universität Cottbus

Harald Semmel, Dr. sc. agr.,  
Brandenburgische  
Technische Universität Cottbus

Der Blick auf das amerikanische Hochschulsystem, und dabei in der Regel auf die erlauchte Schar renommierter Eliteuniversitäten, verheißt vielen die lange ersehnte Lösung der auf dem deutschen Hochschulsystem lastenden Probleme. Gleichzeitig ist damit aber ein Unbehagen über den möglichen Verlust der weithin als unantastbar angesehenen „Freiheit der Forschung und der Lehre“ zu spüren. Auch der Beitrag universitären Studiums und Forschens zur Bildung an sich, ohne a priori mit ökonomischer Verwertbarkeit verknüpft zu sein, könnte bei einer solchen Betrachtungsweise in Frage gestellt erscheinen.

## Universitäre Forschung

Forschung als universitäre Aufgabe beruht an amerikanischen Universitäten, wie auch hierzulande, auf dem Grundverständnis der Einheit von Forschung und Lehre. Leistungen, die in Forschung und Lehre sowie im Bereich „Community Service“ erbracht werden, stellen folglich den Maßstab für Beurteilungen, etwa bei Entscheidungen über die Entfristung von Arbeitsverträgen (z. B. tenure track für associate bzw. full professors) dar. Auch in Nordamerika ist die Freiheit der Forschung integraler Bestandteil der Tätigkeit von Professoren. Dies belegt der Vergleich zu den ebenfalls an Universitäten angesiedelten research professors, die bei ihrer Arbeit häufig an die Umsetzung anwendungsorientierter Forschungsaufträge gebunden und dabei keinen Lehrverpflichtungen unterworfen sind. Am Department of Agriculture der University of Hawaii ist dies beispielsweise die praxisnahe Auftragsforschung für die Zuckerindustrie oder die Ananasproduktion der Region. Diese „Forschungsprofessoren“ werden, gleichsam als eine Art Ausgleich für die fehlende bzw. eingeschränkte Freiheit der Forschung, höher, d. h. jährlich mit 12 Monatsgehältern, entlohnt. Demgegenüber wird ein full professor nur mit neun Monatsgehältern (über 12 Monate verteilt) bezahlt. Er kann sich jedoch, z. B. über die Mitwirkung bei summer schools oder über Drittmittelprojekte ein zusätzliches Einkommen von bis zu zweieinhalb Monatsgehältern erwerben.

Zumindest in bestimmten Bereichen sind in den USA die angewandte Forschung und die Grundlagenforschung (inhaltlich und organisatorisch) stärker getrennt als in Deutschland. Eine wahrscheinlich noch stärkere Rolle als in Deutschland spielen bei der Festlegung von Forschungs(förder)schwerpunkten die Interessen von Öffentlichkeit (auch der Medien!) und der Politik, einschließlich des Pentagon. Universitäre Forschung und Entwicklung (F&E) wurden 1995 zu etwa 60 Prozent durch die US-Regierung finanziert. Dabei ist es gelungen, einen bis Anfang der 90er Jahre anhaltenden Abwärtstrend bundesstaatlicher Finanzierung aufzuhalten bzw. sogar umzukehren. Diese Rücknahme staatlicher Forschungsförderung hatte insbesondere die Sozialwissenschaften betroffen. Obwohl der Anteil der industriefinanzierten F&E-Projekte an Universitäten in den letzten Jahrzehnten den größten Zuwachs erfahren hatte, lag er 1995 dennoch nur bei etwa sieben Prozent. An einer besonders stark mit der Industrie verknüpften Universität, wie dem Massachusetts Institute of Technology (MIT), lag er auch nur bei etwa 20 Prozent. Insgesamt ist die universitäre Forschung in den USA mit einem Anteil von 67 Prozent an den insgesamt für die Forschung zur Verfügung gestellten Mitteln stark auf die Grundlagenforschung fokussiert. Dagegen fließen in anwendungsorientierte Forschung 25 Prozent, und in die Entwicklung von Prozessen und Produkten acht Prozent der Mittel. Nur 100 der insgesamt 3.600 amerikanischen Hochschuleinrichtungen (Carnegie classification) erhalten dabei über 80 Prozent aller F&E-Mittel. Diese kommen mit 54 Prozent den „life sciences“ (darin Medizin 27 Prozent und Biowissenschaften 18 Prozent), mit 16 Prozent den Technikwissenschaften und mit etwa 6,5 Prozent den Umweltwissenschaften zugute. Aber auch dort wird ein Teil der Grundlagenforschung, beispielsweise Forschungsprojekte zu Kohlenwasserstoffen und Salzen in Böden am Golf von Mexiko und im Mississippi-Gebiet, durch die (Mineralöl)Industrie gefördert.

Nach vorläufigen Zahlen wurden 1997 in den USA Forschung und Entwicklung mit insgesamt 70,1 Mrd. Dollar bundesstaatlicher Mittel unterstützt. Dieser Wert ist seit 1993 fast unverändert geblieben. Vom Gesamtumfang entfielen 14,4

Mrd. Dollar auf die anwendungsorientierte Forschung und 14,7 Mrd. Dollar auf die Grundlagenforschung.

### Entscheidungs- und Kontrollstrukturen

Die Diskussion um die Einführung von Hochschulräten in Deutschland läßt den Blick auf die Rolle der „board of trustees“, als dem an vielen US-amerikanischen Universitäten wichtigsten Gremium für Grundsatzentscheidungen interessant erscheinen. Der Vertretern aus Politik, Wirtschaft und „öffentlichem Leben“ durch diese „Hochschulräte“ eröffnete Einfluß führt nicht selten zu einer deutlich wahrnehmbaren Politisierung universitärer Entscheidungen. Die vom board of trustees durchgeführte Wahl des Präsidenten kann zu einem „political appointment“ führen, mit der Folge, daß das Grundverständnis für die freie Forschung an dieser entscheidenden, aber auch an nachgeordneten Stellen der akademischen (Selbst-)Verwaltung mitunter nur wenig ausgeprägt ist. Demgegenüber gewinnen Kosten- bzw. Nutzenaspekte und die ökonomische Verwertung von Forschungsergebnissen an Gewicht, so daß der extramurale Einfluß von Industrie, Wirtschaft und Politik bestimmend werden kann.

### Forschungsförderung und Fördereinrichtungen

Die amerikanischen Universitäten finanzieren sich aus direkten staatlichen Zuwendungen, Studiengebühren, Drittmitteln und Spenden. Wobei auch in den USA die direkten staatlichen Zuwendungen harten Sparzwängen ausgesetzt sind. Der Forschungsförderung dienen von Seiten des Staates zahlreiche U.S. Federal Agencies, wie die National Science Foundation (NSF), mit besonderer Ausrichtung auf die Grundlagenforschung, das Department of Health and Human Services (HHS), das Department of Energy (DOE), die National Aeronautics and Space Administration (NASA), aber auch die Environmental Protection Agency (EPA) oder das National Endowment for the Humanities. Auf Ebene der Bundesstaaten betreiben ebenfalls eine größere Zahl von Institutionen (projektgebundene) Forschungsförderung. Last but not least sind private Stiftungen unterschiedlicher Größe und inhaltlicher Ausrichtung sehr aktiv in der Forschungsförderung engagiert. Die Rockefeller Foundation, Carnegie Foundation, Mellon Foundation oder die McArthur Foundation sind nur einige der größeren privaten Stiftungen. Im Bereich der Forschungskooperation mit Deutschland wären u. a. der German American Academic Council oder die NATO Science Foundation zu nennen.

Wesentlich stärker als in Deutschland mit seinen föderalen Bildungsstrukturen wird in Amerika die Wissenschafts- und Forschungslandschaft durch Einrichtungen, wie die American Association for the Advancement of Science, die National Academy of Sciences, die National Academy of Technology oder die Smithsonian Institution geformt.

Insgesamt füllt die Zahl forschungsfördernder Einrichtungen mit ihren spezifischen Förderprofilen und Ausschreibungstexten Bände (bzw. www-pages). Sie garantieren den Forschungsreferenten der Universitäten Daueraufgaben in erheblichem Umfang. Indes, eine der DFG in inhaltlicher Breite vergleichbare Institution gibt es so nicht. Der Anspruch,

prinzipiell jedem Wissenschaftler jederzeit auf jedem Forschungsgebiet bei Vorliegen eines qualitativ adäquaten Antrages zumindest die realistische Chance auf Fördermittel durch ein- und dieselbe Einrichtung zu bieten, existiert damit in Amerika nicht.

### Praxis der Forschungsförderung

Auch in den USA muß sich zumindest der experimentell forschende Wissenschaftler in aller Regel zur Durchführung von Forschungsprojekten um Drittmittel bemühen. Er wird, nachdem er sich über aktuelle Ausschreibungen und Förderprofile informiert hat, einen Projektantrag (proposal) mit konkreten Forschungszielen, Personal- und Sachmittelbedarf schreiben und diesen, in der Hoffnung auf Bewilligung, evtl. nach Rücksprache, an den potentiellen Mittelgeber auf den Weg bringen. Die Auswahlverfahren sind hochkompetitiv. So liegt die Bewilligungsrate der NSF nur etwa bei 20 Prozent, verglichen mit etwa 35 Prozent bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Von amerikanischen Kollegen wird beklagt, daß die für das Abfassen von Forschungsanträgen aufzuwendende Zeit oft in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ergebnis steht, wobei schon die Vorauswahl über Projektskizzen eine spürbare Entlastung bringen könnte. Zusätzlich wird in Amerika nicht selten der Einfluß der Politik auf die Mittelverteilung an sich (und einzelne Auswahlprozesse) beklagt. Starke Einschränkungen bei den Programm- bzw. Projektausschreibungen werden als Einschränkung der Kreativität bzw. beim Wettbewerb der Ideen empfunden.

### Administration/Overhead-Kosten

Die offizielle Beantragung eines Drittmittelprojektes erfolgt über das „Office of Research Services“ oder „Office of Research Administration“. Der damit verbundene formale Aufwand ist keineswegs geringer als in Deutschland. Bei Erfolg werden die akquirierten Projektmittel der Universität zur Verfügung gestellt. Auf dem Weg zum „Principal Investigator“ tritt durch den Abzug der „Overhead-Kosten“, die allgemein bei 40 bis 50 Prozent der eingeworbenen Mittel liegen, jedoch bei experimentellen Feldforschungsvorhaben nur etwa halb so hoch sind, eine drastische Reduktion der finanziellen Zuwendung ein. Der Wissenschaftler ist gehalten, mit dem aus-



zukommen, was letztendlich für das Forschungsvorhaben übrig bleibt. Mit Hilfe dieser Overhead-Mittel werden von der Universität sowohl reine Verwaltungsaufwendungen bestritten als auch, nach Evaluation, leistungsabhängige Rückflüsse in die Departments bzw. an die Wissenschaftler bedient.

### Evaluations- und Begutachtungsprozesse

In Deutschland herrscht derzeit die Meinung vor, an den amerikanischen Universitäten würden auf Grund von Evaluationsergebnissen die relevanten Ressourcen im wesentlichen rein leistungsabhängig verteilt. Sicherlich sind Evaluationen dort schon länger üblich und weiter verbreitet. Meist halten sich aber die Konsequenzen dieser Maßnahmen in eher engen Grenzen. Neben der Lehrbelastung spielt bei der Mittelverteilung der Universitäten vor allem die Veröffentlichungstätigkeit einschließlich der Anmeldung von Patenten eine große Rolle. Meist erfolgt eine Honorierung dieser Leistungen über

den Erwartungen nicht entsprochen, kann das Projekt damit beendet sein. Das gleiche Procedere wiederholt sich nach dem zweiten Jahr. Der damit aufgebaute Erfolgs- und Rechtfertigungsdruck ist mit den hierzulande üblichen Zwischenberichten nicht vergleichbar, mit Ausnahme umfangreicher längerfristiger Vorhaben wie etwa den Sonderforschungsbereichen der DFG.

Neben der (ständigen) Projektbeantragung und Berichterstattung bzw. Veröffentlichungstätigkeit - jeweils mit hohem Zeitaufwand verbunden - wird von „ausgewiesenen“ Wissenschaftlern natürlich auch die Arbeit als „Peer“ zur Begutachtung anderer Projekte, Berichte, Veröffentlichungen und Einrichtungen erwartet. Die enorme, insbesondere zeitliche Belastung, die infolge zunehmender Konkurrenz immer weiter anzusteigen scheint, offenbart eine nicht zu übersehende Limitierung dieses Peer-Systems. Mehr und mehr wird der Wissenschaftler so zum Manager, der sich immer weniger selbst in die Forschung einbringen kann.

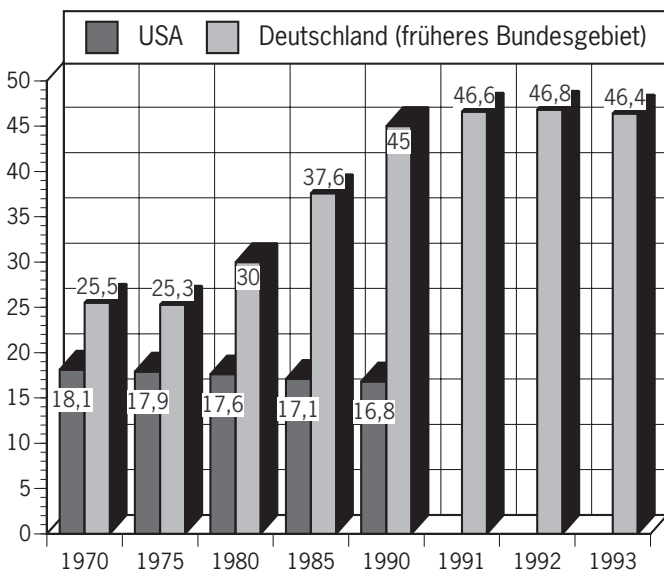
### „Publish or Perish“

Auch in Amerika muß ein Forschungsantrag nicht auf neue Produkte oder direkte ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet sein. Das rein intellektuelle Produkt hat ebenfalls in den USA (noch) seinen Platz. Allerdings ist der Zwang zur möglichst schnellen Veröffentlichung nicht mit deutschen Verhältnissen vergleichbar. Die rasche Publikation in einer „guten Zeitschrift“ ist die notwendige Grundlage für Folgeanträge.

Zu bedenken bleibt, ob nicht durch die starke Präsenz von Politik, Wirtschaft und „öffentlichem Leben“ im maßgeblichen board of trustees gerade öffentlichkeitswirksame Themen ein unangemessen hohes Gewicht zu Lasten weniger spektakulärer Forschung erhalten. Für Vertreter aus bestimmten Fachgebieten, wie beispielsweise den Umweltwissenschaften, sind die Unterschiede beider Systeme eher marginal und offenbaren sich eher in anderen Verfahrenswegen (z. B. verwaltungstechnische Umsetzung). Dabei haben die Umweltwissenschaften auch durch die Befriedigung des Anspruches der Öffentlichkeit ihre Früchte getragen. Wie sieht es dagegen bei den Geistes- bzw. Kulturwissenschaften aus, die in weiten Bereichen weder durch ein besonderes Interesse der Öffentlichkeit verwöhnt sind, noch auf meßbare Verbesserungen von z. B. Umweltbedingungen oder auf ökonomisch relevante Produkte hoffen lassen? Hier scheinen die genannten Befürchtungen in der Tat angebracht zu sein.

### Finanzierung durch die Industrie

In den USA wurden 1995 für Forschung und Entwicklung - innerhalb *und* außerhalb der Hochschulen - insgesamt 171 Mrd. Dollar ausgegeben. Seit Anfang der 80er Jahre bringt dabei die Industrie mit zuletzt rund 60 Prozent den Löwenanteil ein. Allerdings wird von dieser Summe der größte Teil in den Forschungs- und Entwicklungslaboren der Industrie selbst umgesetzt. In diesem Kontext erscheint interessant, daß die Industrieforschung mit immerhin rund 22 Mrd. Dollar zusätzlich staatlich gefördert wird, und zwar hauptsächlich im Bereich militärischer Entwicklungen. Auf Grund geopolitischer Veränderungen waren diese staatlichen Förderhilfen seit 1987 (31 Mrd. Dollar) zurückgenommen worden. Bemerkenswert



Die durchschnittlichen Betreuungsrelationen Studenten je Professor in Deutschland und in USA an Hochschulen insgesamt“ (Daten USA nur bis 1990 erfaßt).

Quelle: Andreas M. Rothfuß, Die Hochschulen in den USA und in Deutschland, 1997

Grafik: F&L

die Finanzierung von zusätzlichen Teaching Assistants, in der Regel jedoch nicht über die Zuweisung von Stellen für Research Assistants.

Ein wesentlicher Unterschied zum deutschen System ist, unabhängig vom Mittelgeber, durch eine stärkere Leistungskontrolle/Evaluation der Ergebnisse während der Laufzeit von Drittmittelprojekten gegeben. Projekte, beispielsweise mit einer Laufzeit von drei Jahren, werden nicht für die gesamte Laufzeit, sondern zunächst nur für ein Jahr vergeben. Nach Ablauf sind die Ergebnisse bzw. ist der Stand der Arbeiten gegenüber Vertretern der eigenen Universität, des Geldgebers und externen Peers (Gutachtern) zu verteidigen. Resultate sind schnellstmöglich in peer-review journals zu publizieren. Wird



ist die seit den 80er Jahren steigende Bedeutung von Non-manufacturing Industries, v. a. der Computer- und Informationstechnik, die fast ein Viertel (32 Mrd. Dollar) der gesamten industriellen F&E-Leistungen erbracht haben. In Umkehrung der Verhältnisse an den Universitäten widmen sich industrielle Unternehmen mit 75 Prozent der Mittel vor allem der Produkt- und Prozeßentwicklung. Der Anteil der Grundlagenforschung in der Industrie lag 1995 nur noch bei 4,6 Prozent.

### Ursprünge der amerikanischen Forschungsförderung

Die zumindest in Teilen andersartige Forschungsförderung in den Vereinigten Staaten beruht nicht zuletzt auf einem anderen gesellschaftshistorischen Hintergrund und ist durch einen starken Einfluß protestantisch-puritanischen Gedankengutes geprägt.

Philantropie Stiftungen, insbesondere die von Carnegie, Rockefeller oder Stanford haben zum Ende des letzten Jahrhunderts das Stiftungswesen in den USA entwickelt und geformt. Dabei war die Intention der Stifter eindeutig gegen eine im traditionellen Sinn wohltätige Hilfe („charity“) wie Armenhäuser oder die direkte Unterstützung Bedürftiger gerichtet. Diese wurde eher als kontraproduktiv angesehen. Vielmehr beabsichtigten die Stifter, im Sinne der „root cause“-Metapher, durch die Stärkung von schulischer Bildung, Bibliothekswesen sowie von Wissenschaft und Forschung einen positiven Beitrag zur Entwicklung der Vereinigten Staaten zu leisten. Die Entlastung der Regierung von derlei Aufgaben wurde dabei auch als ein wesentliches Ziel angesehen, das einer im Sinne der Stifter anzustrebenden „private society“ zugute kommen sollte. In dieser Gesellschaft ist das Bildungsideal, d. h. das besondere Ansehen hoher Bildung bzw. (aus)gebildeter Personen traditionell nicht so stark ausgeprägt wie in Europa. In den USA spielt der ökonomische Erfolg nach wie vor die entscheidendere Rolle für das Ansehen einer Person. Bis Mitte der 30er Jahre trugen nationale Zuschüsse konsequenterweise nur mit etwa 10 Prozent zur Finanzierung der Forschungstätigkeit an amerikanischen Universitäten bei, während der weitaus größere Teil durch die Bundesstaaten, private Stiftungen, Firmen und universitätseigene Ressourcen aufgebracht wurde. Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und Vannevar Bush's zeitgleichen Bericht an den Präsidenten, „Science - The Endless Frontier“, war die Verpflichtung der amerikanischen Bundesregierung zur Unterstützung von Forschung, insbesondere auch der freien universitären Grundlagenforschung, allgemein anerkannt. Die Erfahrungen des zweiten Weltkriegs spielten hierfür sicherlich eine wesentliche Rolle.

### Fazit

Beim Vergleich der Forschungsförderung zwischen Deutschland und den USA müssen wie bei jedem Vergleich die relevanten Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Diese können zudem in ganz unterschiedlichem Maß von außen beeinflusst werden. Beispielsweise hat die japanische Regierung 1996 u. a. mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit zu den USA beschlossen, ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung binnen fünf Jahren zu verdoppeln. In Japan sollen davon insbesondere die Grundlagenforschung und die Universitäten profitieren. Dies wird wiederum in den USA als ein

schlagkräftiges Argument gegen einen Abbau staatlicher Forschungsförderung ins Feld geführt. Auch im Bereich der Klimawirkungsforschung haben in den USA jüngst externe Impulse zu einer merklich erhöhten Bereitstellung von Forschungsmitteln geführt.

Zu versuchen, vom amerikanischen Hochschulsystem zu lernen, ist sicherlich eine lohnenswerte Aufgabe. Offensichtlich besteht zur Zeit bei den Hochschullehrern in Deutschland eine relativ große Offenheit für eine stärkere Leistungsorientierung und damit für die Einführung von Elementen des amerikanischen Hochschulsystems. Diese Offenheit sollte für maßvolle Änderungen genutzt werden, ohne das Kind gleich mit dem Bade auszuschütten. Ein nicht nur auf die US-Eliteuniversitäten fixierter Vergleich relativiert dabei einige Unterschiede zwischen beiden Systemen. Durch finanzielle Beschneidung oder Schließung von „ökonomisch unwirtschaftlichen“ Bereichen wird die Freiheit der Forschung durch eine Einengung ihrer Breite gefährdet. Hochschulräten, als deutscher Form der „board of trustees“, ist daher mit Skepsis zu begegnen. Nicht zuletzt darf der Wert von Bildung per se in dieser Diskussion nicht übersehen werden. □

#### Anschrift der Autoren

Brandenburgische Technische  
Universität Cottbus  
Postfach 10 13 44  
03013 Cottbus

# Anschluß an die Realitäten des Marktes

## Managed Care und Hochschulmedizin in den Vereinigten Staaten

**D**ie amerikanische Hochschulmedizin erfährt seit Beginn der 90er Jahre eine dramatische Änderung ihrer Finanzierungsform und Organisationsstruktur durch die Ausweitung von Managed Care. Was hat es damit auf sich? Welche Auswirkungen hat Managed Care auf die Ausbildung von Medizinern?

Karl W. Lauterbach, Dr. med., Dr. sc. Univ.-Professor, Institut für Gesundheitsökonomie, Medizin und Gesellschaft, Universität zu Köln

Jürgen Tacke, Dr. med., M.P.H. (Master of Public Health), Institut für Gesundheitsökonomie, Medizin und Gesellschaft, Universität zu Köln

Die USA geben inzwischen pro Person pro Jahr weit über 3.700 Dollar für Gesundheitsleistungen aus, während in Deutschland vergleichsweise „nur“ ca. 1.950 Dollar aufgewendet werden müssen. Aufgrund der steigenden Krankenversicherungsbeiträge wählen immer mehr US-Bürger die günstigeren Tarife der Managed Care Organisationen.

Unter Managed Care wird eine Krankenversicherungsform verstanden, bei der die Kostenträger die medizinischen Prozesse kontrollieren und standardisieren, die Ressourcennutzung optimieren und durch Anreize in der Vergütung von Leistungserbringern die Prozesse auf das medizinisch Notwendige beschränken. 54 Millionen Amerikaner sind inzwischen in der Kernform von Managed Care, der Health Maintenance Organization (HMO), versichert. Zusätzlich werden viele Versicherte der staatlichen Programme (Medicare, Medicaid) in Managed Care Programme umgeschichtet. Es wird angenommen, daß die Kernform von Managed Care die Gesundheitskosten für ihre Versicherten auch mittelfristig besser kontrollieren kann, als traditionelle Versicherer mit einer „fee-for-service“ Erstattung. Konkret bedeutet Managed Care, daß die Kostenträger Gesundheitsleistungen preiswert einkaufen und die Qualität der Leistungen überprüfen. Der wesentliche Effekt von Managed Care auf die medizinischen Prozesse ist die Auslagerung von stationären Leistungen in den ambulanten Bereich und die Beschränkung der Behandlung auf das medizinisch Notwendige. Diese Auslagerung der medizinischen Prozesse trifft die Medical School an einer Haupteinnahmequelle, da mit den Gewinnen aus der stationären Patientenversorgung des Major Teaching Hospitals die medizinische Aus- und Weiterbildung von Studenten und Assistenzärzten subventioniert wurde. In dieser schwierigen Situation der Medical Schools werden große Anstrengungen unternommen, um den Herausforderungen durch Managed Care gerecht zu werden.

Da sich das deutsche Gesundheitswesen ebenfalls in einer Finanzierungskrise befindet, dürfen die Veränderungen in der amerikanischen Hochschulmedizin nicht als eine iso-

lierte Entwicklung in einem anderen Gesundheitssystem betrachtet werden.

### Die Hochschulmedizin in den USA

Im allgemeinen setzt ein Medizinstudium in den USA einen High-School-Abschluß und eine vierjährige College-Ausbildung voraus. Die Dauer des Medizinstudiums an der Medical School beträgt vier Jahre. 125 Medical Schools, die keine einheitliche Organisations- und Finanzierungsstruktur aufweisen, bilden Medizinstudenten zu Ärzten aus. Nach dem Medizinstudium folgt eine drei- bis siebenjährige Facharztausbildung (residency). Die Facharztausbildung kann nur an Krankenhäusern durchgeführt werden, die für die jeweils angestrebte Facharztausbildung akkreditiert sind.

Eine wichtige Unterscheidung bei den Medical Schools erfolgt durch die Zuordnung, ob die Medical School in ein Academic Health Center (AHC) eingebettet ist. AHCs verfügen neben einer Medical School noch über weitere medizinische Berufsfachschulen, z.B. die School of Nursing. Nur die in ein AHC eingebundenen Medical Schools haben im allgemeinen einen Auftrag - Forschung, Lehre und Patientenversorgung - vergleichbar den Medizinischen Fakultäten in Deutschland. Die Finanzierung der medizinischen Ausbildung erfolgte in den USA über lange Zeit u.a. durch direkte staatliche Subventionen. Der Anteil staatlicher Unterstützung dürfte, bedingt durch Kürzungen, inzwischen jedoch nur noch bei ca. 10 Prozent der ausbildungsbedingten Kosten liegen. Ungefähr 25 Prozent der Kosten werden durch Einnahmen aus Studiengebühren (tuition) gedeckt. Der größere Teil der Finanzierung der medizinischen Ausbildung im Studium und in der Facharztzeit wurde bislang durch Subventionen aus anderen Bereichen des AHC bewältigt (cross-subsidization). Durch ein weit ausgebautes Belegarztsystem konnten enorme Einnahmen erzielt werden. Darüber hinaus wurden erbrachte Leistungen für die Behandlung von Patienten bis zu 25 Prozent höher erstattet (surcharges) gegenüber Krankenhäusern ohne medizinische Ausbildung. Medicare (staatliche Versiche-

rung für alte US-Bürger) unterstützte so beispielsweise die medizinische Ausbildung im Jahre 1989 mit 3,1 Milliarden Dollar. Ferner konnten in nicht unerheblichem Umfang Spenden für diesen Bereich eingeworben werden.

### Auswirkungen von Managed Care auf die Hochschulmedizin

Managed Care Organisationen (MCOs) kontrollieren die Erstattung von stationären Leistungen sehr viel intensiver, als beispielsweise deutsche Krankenkassen. Durch ein großes Repertoire von Steuerungsinstrumenten zur Kontrolle und Einhaltung ihrer Vorgaben werden die medizinischen Prozesse, also die Abläufe bei Prävention, Diagnostik, Therapie, Rehabilitation und Nachsorge, standardisiert. So müssen beispielsweise elektive Eingriffe, die nur stationär vorgenommen werden können, von der MCO vorher genehmigt worden sein. Es gibt für die Therapie in den meisten Fällen keine freie Arzt- und Krankenhauswahl. Da die Medical Schools in den USA aufgrund ihres Auftrages und ihrer Kostenstrukturen gegenüber anderen Krankenhäusern deutlich teurer sind, können sie viele medizinische Prozesse gegenüber Wettbewerbspartnern nicht zu den gleichen Preisen anbieten. MCOs haben ein großes Interesse, möglichst preiswerte Gesundheitsleistungen einzukaufen. Insofern sind die Medical Schools für die MCOs bei der Diagnostik und Therapie von Standarderkrankungen kein bevorzugter Vertragspartner. Eine Subventionierung der medizinischen Ausbildung über die Erstattung von Leistungen für Versicherte wird abgelehnt. Zwar erkennen MCOs an, daß die Leistungserbringung in den Major Teaching Hospitals aufgrund modernster Technologie teurer ist, doch werden lediglich Aufschläge von fünf bis sieben Prozent eingeräumt. Keinesfalls werden die bislang üblichen Aufschläge von bis zu 25 Prozent der staatlichen Programme akzeptiert. Managed Care Organisationen lassen ihre Versicherten z.T. in eigenen Krankenhäusern mit angestelltem medizinischen Personal behandeln. Darüber hinaus schließen sie mittels globaler Budgets mit Ärzten und Arztgruppen pauschale Versorgungsaufträge ab. Dabei kommt dem Hausarzt eine zentrale Rolle als „Gatekeeper“ (= Torwächter) zu. Die Versicherten müssen erst einen Hausarzt aufsuchen, bevor sie medizinische Leistungen in Anspruch nehmen können. Der Hausarzt und die MCO kontrollieren häufig notwendige weitere Schritte der medizinischen Versorgung. Dem Hausarzt werden finanzielle Anreize gesetzt, möglichst wenige Überweisungen vorzunehmen und möglichst viele Patienten selber zu behandeln. Damit sinkt die Überweisungsrate an Spezialisten und Krankenhäuser. Nicht zuletzt achten MCOs sehr genau darauf, daß die Erstattung von Leistungen nicht für klinische Studien und experimentelle Therapien verwendet wird. Alle oben genannten Kernelemente

von Managed Care treffen die Medical Schools an einer empfindlichen Stelle: Die „cash cow“ Major Teaching Hospital hat Schwierigkeiten, sich am Markt anzupassen.

### Reformansätze für die Hochschulmedizin in den USA

Die abwartende Haltung der AHCs auf die Entwicklung des Managed Care Systems ist vielerorts bereits in Panikreaktionen umgeschlagen. Die Herausforderung wird jedoch angenommen. Es lassen sich folgende Strategien ausmachen:

- Vertikale und horizontale Integration der medizinischen Dienstleistungen
- Aufbau von regionalen Versorgungssystemen
- Trennung von Medical School und Major Teaching Hospital
- Re-engineering der medizinischen Prozesse
- Partnerschaften mit Managed Care Organisationen
- Offensive Öffentlichkeitsarbeit

Unter *vertikaler Integration* versteht man die Ausweitung der Dienstleistungen auf alle Stufen der medizinischen Versorgung. In der Umgebung des Major Teaching Hospitals werden beispielsweise Arztpraxen aufgekauft oder ambulante



Georgetown University, Washington, USA

Foto: Ausserhofer

Versorgungszentren aufgebaut. So können die medizinischen Prozesse vor und nach stationärer Behandlung weiter im eigenen Versorgungssystem erbracht werden. Residents sollen vom Major Teaching Hospital auch in die ambulanten Zentren rotieren und somit die ambulante Versorgung zum wesentlichen Bestandteil der medizinischen Ausbildung werden. So hat beispielsweise die Johns Hopkins University mit dem Aufbau eines eigenen Versorgungssystems (Johns Hopkins Health System) auf die Managed Care Entwicklung reagiert. In den letzten Jahren wurden 19 ambulante Zentren in der

Umgebung des Major Teaching Hospitals aufgebaut. Zudem wurde das Dienstleistungsangebot im Bereich der Versorgung von chronisch Kranken durch stationäre und ambulante Pflege erweitert.

Eine *horizontale Integration* bedeutet den Ausbau der Dienstleistung auf andere Sektoren im Gesundheitswesen. Wie die MCOs ihr Dienstleistungsangebot erweitern und eigene Krankenhäuser aufbauen und medizinisches Personal anstellen, so können AHCs ihre Tätigkeiten dahingehend ausweiten, daß sie ihre eigene MCO aufbauen. Neben der Verringerung der Abhängigkeit von anderen MCOs besteht damit die Möglichkeit, Einfluß auf die Steuerung medizinischer Prozesse zu nehmen. Einen erheblichen Reputationsverlust für die AHCs bedeutete die Tatsache, daß medizinische Prozesse nicht mehr von diesen renommierten Institutionen festgelegt wurden, sondern Entscheidungen in MCOs getroffen wurden. In einer Studie über Medical Schools konnte gezeigt werden, daß im Jahre 1995 bereits 40 Medical Schools eine MCO aufgebaut hatten.

Die Krankenhäuser in den USA stehen untereinander in erheblicher Konkurrenz. Die Belegungsquote ist im internationalen Vergleich eher gering, d.h. es liegen enorme Ineffizienzen vor. Wenn MCOs Gesundheitsleistungen einkaufen, ist

der Trennung ist es, die bisherige personelle und finanzielle Abhängigkeit aufzulösen und damit Forschung und Lehre planbarer durchführen zu können. Eine Trennung bildet auch die Grundlage, um eine Berechnung der tatsächlichen Kosten für die medizinische Ausbildung vornehmen zu können. Die Medical School kann dann mit Festbeträgen eindeutig subventioniert werden. Das bisherige „finanzielle Durcheinander“ mit unregelter „cross-subsidization“ der medizinischen Ausbildung wird aufgehoben. Die Subventionsbeträge können somit auch klar für die Öffentlichkeit herausgearbeitet werden. In vielen Modellen wird eine Besetzung der Professorenstellen in der Medical School mit Lebenszeitstellen („tenured position“) vorgeschlagen.

### Optimierte Prozesse

Eine *Neugestaltung der Abläufe im Major Teaching Hospital* und den angeschlossenen medizinischen Einrichtungen ist unerlässlich, um konkurrenzfähig am Markt sein zu können. Es müssen mehr Patienten in geringerer Zeit die Prozeduren während der stationären Behandlung durchlaufen. Die Prozesse werden so optimiert, daß die Krankenhausverweildauern minimiert werden können. Gleichzeitig werden in den Krankenhäusern Steuerungsinstrumente der MCOs eingeführt. Dazu zählt auch die Qualitätskontrolle der einzelnen Ärzte, um Varianzen in der Therapie zu erkennen. Eindrucksvolle Verkürzungen der Verweildauern bei z.T. gleichzeitig verbesserter Qualität konnten somit erreicht werden. In den Prozeß der Neugestaltung (Re-engineering) der klinischen Abläufe werden Ärzte und Pflegepersonal gleichermaßen eingebunden.

Wenn sich MCOs im allgemeinen auch weigern, pauschal über die Erstattung von Leistungen ihrer Versicherten die medizinische Ausbildung zu finanzieren, so konnten sie doch für *Partnerschaften* mit AHCs gewonnen werden. Dabei kommt es den Medical Schools darauf an, die MCOs in die Pflicht für die Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses zu nehmen. Den MCOs kommt es bei den Partnerschaften neben dem Reputationsgewinn darauf an, dem

ärztlichen Nachwuchs zu vermitteln, daß die Entscheidungen über medizinische Prozesse auf der Grundlage vorhandener Ressourcen getroffen werden müssen. Nicht nur die optimale Medizin soll vermittelt werden, sondern auch die bestmögliche Medizin, d.h. unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen die beste Qualität zum geringsten Preis. MCOs nehmen damit Einfluß auf die Curricula des Medizinstudiums und die Residencyprogramme. In einer kürzlich veröffentlichten Studie wurden bereits sechs Medical Schools benannt, die Partnerschaften mit MCOs eingegangen sind.



Columbia University, New York, USA

Foto: Columbia

ein *regionaler Verbund* mit mehreren Krankenhäusern ein erheblich stärkerer Verhandlungspartner, als das einzelne Krankenhaus. Neben einer stärkeren Verhandlungsposition können auch die Profile für die einzelnen Partner besser aufeinander abgestimmt und eine Optimierung der Ressourcen vorgenommen werden. Es wird davon ausgegangen, daß nur die großen regionalen Verbundsysteme die Herausforderungen durch Managed Care bewältigen können.

Eine *Trennung von Medical School und Major Teaching Hospital* kann für beide Seiten erhebliche Vorteile bieten. Ziel

AHCs sind teure Einrichtungen, die ihre Leistungen re-finanzieren müssen. Wenn Leistungen preiswerter erbracht werden können, besteht die Gefahr, daß sich die bisher AHC-positive Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit ändert. Ließen sich nicht auch Medizinstudenten für die Hälfte der Kosten ausbilden? Müssen AHCs Forschungsgelder in Milliardenhöhe erhalten, wenn nur noch ein geringer Grenznutzen erwartet werden kann? Ganz konkret wird die Gefahr gesehen, daß die Milliardenbeträge der Krebsforschung ohne entsprechendes Resultat in der Öffentlichkeit zu einem Meinungsumschwung führen könnten. Es wird daher auf eine gezielte *Öffentlichkeitsarbeit* gesetzt, welche die zahlreichen Leistungen und Verdienste der Medical Schools hervorhebt, aber zugleich einer unrealistischen Erwartungshaltung der Bürger in bezug auf die kurzfristigen medizinischen Erfolge begegnen will.

### Perspektiven

Managed Care ist zur dominierenden Krankenversicherung- und -versorgungsform in den USA geworden. Die Medical Schools haben die Veränderungen relativ spät erkannt und versuchen derzeit, Anschluß an die Realitäten des Marktes zu finden. Trotz der Marktanpassung wird davon ausgegangen, daß Personalentlassungen notwendig werden und möglicherweise auch die Schließung von Medical Schools droht. Die Dynamik im amerikanischen Gesundheitssystem birgt jedoch auch die Möglichkeit, daß Managed Care nur eine temporäre Erscheinung ist. Managed Care Organisationen haben ein negatives Image erhalten, seitdem unethische Handlungsrichtlinien für Ärzte bekannt wurden und Geschäftsführer von Managed Care Organisationen mit zweistelligem Millioneneinkommen Versicherten erklären mußten, daß bestimmte Therapieformen für ihre Versicherung zu teuer seien. Auf der anderen Seite ist der Druck zur Kostenreduzierung im teuersten Gesundheitswesen so stark, daß nicht sicher vorausgesagt werden kann, wie sich das „business“ Gesundheit in den USA weiterentwickeln wird.

Einstweilen verändert Managed Care die Medical Schools. Diese Veränderung wird durchaus auch als positiv betrachtet. Das bisherige System zeigte eine Überbetonung der Ausbildung zum Spezialisten. Dies ist eine Ausbildung in hochtechnisierten Zentren, die mit der Berufsrealität im späteren Leben nur begrenzt etwas zu tun hat. Eine Schieflage des Verhältnisses von Allgemeinärzten zu Spezialisten resultierte aus der bisherigen Ausbildungsstruktur. Mit Managed Care besteht die Möglichkeit, die medizinische Ausbildung wieder näher an die tatsächlichen Notwendigkeiten heranzuführen. Auf der anderen Seite kann bereits jetzt ein negativer Einfluß von Managed Care auf die für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Freiräume der amerikanischen Lehrkrankenhäuser erkannt werden. Die Vereinigten Staaten werden diesen Trend wahrscheinlich durch eine geplante Aufstockung der Forschungsmittel des National Institute of Health begegnen. Es bleibt abzuwarten, wie Managed Care sich langfristig auf die Forschungsleistung der international wichtigsten Quelle neuer Erkenntnisse in der Medizin auswirkt.



Die vollständige Fassung des Beitrages mit Literaturhinweisen kann bei der Redaktion von Forschung & Lehre angefordert werden.

#### Anschrift der Autoren

Institut für Gesundheitsökonomie,  
Medizin und Gesellschaft  
Gleueler Str. 176-178  
50935 Köln

### Bundesärztekammer

## Zuviel Freiräume im HRG

Die Bundesärztekammer hat die im Rahmen der HRG-Novellierung geplante Aufhebung rechtlicher Regelungen für die Organisation der Hochschulen kritisiert. Es entstehe die Gefahr, daß die 16 Bundesländer ihre „Experimentierklausel“ in Organisation und Verwaltung erproben. Es sei dem Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes, Professor Dr. Hartmut Schiedermaier, zuzustimmen, wenn er formuliere, „daß es durch den Wegfall dieser Organisations-

regelungen möglicherweise wieder zu längst vergessenen Grabenkämpfen um Paritäten und Stimmrechte an unseren Universitäten kommt.“ Außerdem müsse davor gewarnt werden, daß einzelne Fächer an den Universitäten mehr den Charakter eines Fachhochschulstudiums annehmen könnten. Zusätzlich würden durch unterschiedliche Rechtsformen an den Universitäten der Wechsel von wissenschaftlichem Personal und Studenten erschwert. Dagegen begrüßte die Bundesärztekammer den Vorschlag, in

das neue HRG ein Hochschulauswahlverfahren in das allgemeine Auswahlverfahren, die Evaluation von Forschung und Lehre und eine leistungsbezogene Besoldung aufzunehmen. Eine klare Trennung von Forschung, Lehre und Krankenversorgung sei, obwohl in der Praxis schwer durchzuführen, grundsätzlich positiv zu beurteilen.

Quelle: Bundesärztekammer,  
16. Januar 1998

## 1.

## Was kann Deutschland vom amerikanischen Bildungssystem lernen?



**Univ.-Professor Dr. Jean K. Gregory,**  
*Werkstoffe im Maschinenbau,*  
*TU München*

Drei Dinge: 1. wie ein gesundes Konkurrenzdenken in der Schule gefördert werden kann: Im sekundären Bildungssystem werden zahlreiche Schülerwettbewerbe veranstaltet. Wer mitmacht, lernt schon mit 14 Jahren, wo die eigenen Begabungen liegen, und lernt auch, mit dem Leistungskonzept umzugehen. 2. daß auch die weniger „guten“ Hochschulen wichtige Aufgaben erfüllen, unter anderem die der Persönlichkeitsbildung. Ich spüre einen gefährlichen Unterton in der hiesigen Diskussion: einige bessere Universitäten sollen nach Vorbild von sogenannten „Eliteuniversitäten“ in den USA umstrukturiert werden. Hochschulen, die diesem vermeintlichen Vorbild nicht entsprechen, werden es schwerhaben, zu überleben. An diesem urdeutschen Zwang, jedes Anzeichen der Unvollkommenheit im Keim zu ersticken, wird das Land in Zukunft noch mehr zu leiden haben als in der Vergangenheit. Deutschland kann und soll nicht aus lauter Nobelpreisträgern bestehen, sondern braucht weiterhin eine solide Basis aus gut ausgebildeten Handwerkern und Sachbearbeitern. 3. daß man auf keinen Fall das sekundäre Bildungssystem verkommen lassen darf. Ist das einmal geschehen, ist der Schaden fast irreparabel, und die eigentlichen Aufgaben der Gymnasien werden auf die Universitäten verlagert.



**Professor Dr. Hans-Joachim Queisser,**  
*Max-Planck-Institut für Festkörperforschung,*  
*Stuttgart*

Man darf sein Bildungssystem nicht privatisieren, wie es in den USA zum Teil geschieht. Durch die schlechten staatlichen Schulen auf der einen Seite und die guten, teuren Privatschulen auf der anderen Seite entsteht eine scharfe soziale Trennung. Allzu freundliche Behandlung von Minderheiten bringt diesen keine Hilfe. „Schließlich sollte ein Absolvent einer *high school* in der Lage sein, wenigstens sein eigenes Diplom lesen zu können!“ sagte neulich ein Bildungspolitiker im amerikanischen Fernsehen. Lernen könnte die Bundesrepublik von der Ganztagsbetreuung, die wiederum jungen Müttern die Chance zur eigenen Karriere erleichtert. Im amerikanischen Hochschulsystem ist die große Vielfalt in Güte, Kosten und Spezialisierung beeindruckend. Studiengebühren zeigen, daß Bildung ihren Wert hat - gleichzeitig aber gibt es in den USA viel mehr Stipendien, Darlehen, Preise für die weniger Bemittelten.



**Univ.-Professor Dr. Werner Weidenfeld,**  
*Koordinator für die deutsch-amerikanische*  
*zwischen-gesellschaftliche, kultur- und*  
*informationspolitische Zusammenarbeit,*  
*Auswärtiges Amt*

An erster Stelle Wettbewerb. Ferner Zügigkeit, Zeitoptimierung, Zielorientierung und die erfolgreiche Ausdifferenzierung in Forschungs- und Lehruniversitäten.

## 2.

## Welchen Stellenwert hat die Grundlagenforschung?

**Weidenfeld:** Wir sollten uns keinen Vorurteilen hingeben: in den USA ist die Grundlagenforschung genauso wichtig wie bei uns. In zahlreichen Disziplinen sind die USA sogar weltweit führend. Gleichzeitig sorgt die Koppelung von starker Grundlagenforschung mit ebenso starker angewandter Forschung für eine zügige Umsetzung der Ergebnisse im Produktionsbereich.

**Queisser:** Die Grundlagenforschung wird sehr gefördert. Ich wünschte, wir könnten z.B. die klinische Forschung so intensiv betreiben wie in den USA. Grundlagen in den Naturwissenschaften sind sehr stark vertreten und genießen weitreichende Förderung und Finanzierung! In den Geisteswissenschaften merkt man den Druck der *political correctness* und der modischen Strömungen häufig in eklatanter, befremdender Weise. Die Besoldung der geisteswissenschaftlichen Professoren scheint besonders mager - weil es eben keine beamtete Egalität in den USA gibt.

**Gregory:** Grundlagenforschung gedeiht dort, wo die Betreiber den Kopf frei haben. Wer von Sorgen geplagt wird, wie er seinen Doktoranden nächstes Jahr weiterfinanziert oder ein Versuchsgerät repariert, nimmt das Geld, wo er es herkriegern kann, hüben wie drüben. Deswegen ist es kein Zufall, daß die Industrielabors bei den Publikationszahlen oder beim „Citation Index“ immer ganz oben rangieren. Die Geisteswissenschaften werden zumindest an meiner alma mater so hochgeschätzt, daß jeder Student ein geisteswissenschaftliches Nebenfach belegen muß. Bislang habe ich kein vergleichbares Beispiel von einer Technischen Universität in Deutschland gesehen.

### 3.

#### Welche Rolle spielt das Geld im amerikanischen Hochschulsystem?

**Queisser:** Natürlich spielt die Finanzierung, vor allem in der teuren Medizin und in den Naturwissenschaften eine erhebliche Rolle. Die Qualität einer guten Universität drückt sich auch sofort in den höheren Gebühren aus. Privatuniversitäten können gut existieren, denn obwohl die Staatsuniversitäten viel billiger sind, gehen sehr gute Leute eben doch noch in die weniger bevölkerten privaten Universitäten. Gute private Unis können ihre Studenten auswählen und tun das auch mit ganz sorgfältiger Methodik, denn Qualität und Motivation sind sogar noch wichtiger für den (*undergraduate*) Studenten als die Professoren! Die Antragstellung und das Gutachtersystem für staatliche Forschungsgelder sind aufwendig, streng und nicht immer ganz fair. Sie fressen viel Zeit - gerade die der guten Forscher - aber sie sind eben doch ein Mittel der Qualitätssicherung. Deutschland gibt dagegen viel Geld in den experimentellen akademischen Fächern aus - das lohnt sich. Beispiele sind Chemie, Ingenieurwissenschaften mit viel Laborpraktika; die deutsche Ausbildung wird in diesen Fächern von den USA beneidet!

**Weidenfeld:** Das amerikanische Hochschulsystem ist geprägt von einem durchschaubaren Preis-Leistungsverhältnis. Externe Geldgeber und Studenten haben als „zahlende“ Kunden Anspruch auf Qualität. Die Erfordernis, auf beiden Seiten in ökonomischen Kategorien zu denken, sorgt für rationale Strukturen bei der Lehr- und Lernmotivation. Für Leistungsträger stehen in ausreichender Anzahl Stipendien zur Verfügung.

**Gregory:** Genau die Gleiche wie in Deutschland: wer zahlt, hat das Sagen. In Deutschland fühlt sich der Staat, vertreten durch die zuständigen Ministerien, für die Hochschulausbildung verantwortlich und stellt den Professoren Mittel aus Steuergeldern zur Verfügung. Dafür regelt er alles rund ums Studium: Zulassungen, Studiengänge, Berufungen, Stundentafeln, Prüfungen, Haushaltsregelungen usw. In den USA ist die Situation an den privaten Hochschulen etwas undurchsichtiger, weil die Finanzierung und damit ein erkauftes Mitbestimmungsrecht aus verschiedensten Quellen stammt: Hierzu zählen Spenden, Sporteinnahmen, Vermögensverwaltung, Gemeinkostenabzüge und Studiengebühren. Somit haben die dortigen Hochschulleitungen die schwierige Aufgabe, für einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessensgruppen zu sorgen. Es herrschen mehr oder weniger die Regeln des freien Marktes. Für ihre Studiengebühren wollen die Studenten weniger ein Mitspracherecht als eine Art „Gütesiegel“, mit dem sie ihr Berufs- und Lebensziel realisieren können. Die Rolle der Studiengebühren in den USA wird hier übrigens maßlos überbewertet.

### 4.

#### Wie beurteilen Sie das akademische Niveau a) innerhalb der research universities b) innerhalb der Eliteuniversitäten?

**Queisser:** Man muß wirklich zwischen den verschiedenen Qualitätsstufen der US-Universitäten ganz scharf unterscheiden, während in der Bundesrepublik bewußt eine Gleichartigkeit angestrebt wird. Das scheint sich allerdings in der letzten Zeit in Deutschland ein wenig zu ändern, beispielsweise durch die DFG- Sonderforschungsbereiche oder den Bio-Regionen-Wettbewerb. Die Elite-Universitäten der USA sind hervorragend, bieten sowohl Prestige als auch hohen Leistungsdruck für ehrgeizige, arbeitsfreudige research-Studenten. Außerdem gibt es private Spenden reicher Ehemaliger, die dann in den neuen Gebäuden ihre Namen verewigt sehen. „I want the best“ - ein typischer Ruf in den USA (nicht immer ganz sinnvoll, aber wettbewerbsfördernd). In den research universities ist die Tendenz besorgniserregend, daß die Träger der großen Namen nur noch forschen (und Anträge, Publikationen als auch Berichte schreiben) und die jungen Leute die Vorlesungen halten müssen.



**Weidenfeld:** a) An den Spitzenuniversitäten ist das Niveau manchmal höher als bei uns. Häufig ist dort optimale Ausstattung durch externe Geldgeber zu finden. Akademische Spitzenleistungen sind zwar auch bei uns nicht ausgeschlossen, aber sie kommen in einem wesentlich ungünstigeren Umfeld zustande. b) Während der ersten zwei Jahre im Undergraduate-Bereich der Colleges sind Ansprüche und Leistungen niedriger als bei uns, weil diese Zeit dazu investiert wird, um die oft sehr unterschiedlichen High School Standards zu nivellieren. Ab dem dritten, spätestens dem vierten Jahr, ist das Niveau an einer sehr guten amerikanischen Universität in der Regel vergleichbar mit dem Niveau im deutschen Grundstudium. Zu berücksichtigen ist aber, daß der akademische Anspruch vieler Colleges in den USA (Stichwort „Community Colleges“) viel geringer ist als bei uns, denn das Tätigkeitsprofil ihrer Absolventen liegt im kaufmännischen, administrativen oder technischen und nicht im akademischen Bereich.

**Gregory:** a) Der Begriff „research universities“ ist mir lediglich in Zusammenhang mit dem britischen Hochschulsystem bekannt. b) Das Wort „unterhalb“ stört mich noch mehr als „Eliteuniversitäten“. Ich kann nicht dringlich genug davor warnen, das außerordentlich differenzierte und breitgefächerte universitäre Bildungssystem in den USA auf Klischees zu reduzieren. Der selbsternannte „Experte“ plappert lautstark über „Harvard-Yale-Stanford-Princeton-MIT“, weiß aber wenig über Hood, Alfred usw., die zwar weniger bekannt sind, aber keinen Vergleich scheuen müssen. Der Unterschied zwischen den Einrichtungen, die immer wieder in Deutschland als „Eliteuniversitäten“ bezeichnet werden, und den anderen Hochschulen besteht nicht unbedingt im akademischen Niveau. Vielmehr erheben die namhaften US-Universitäten den Anspruch, künftige Führungskräfte auszubilden. Die Zulassung ist von finanziellen Aspekten abgekoppelt. Die Professoren mögen zwar in der Forschung zur Weltspitze zählen, sind in der Lehre aber manchmal lausig. Allerdings werden nur solche Studienanfänger zugelassen, die neben schulischer Leistung bereits Führungsqualitäten und soziales Engagement unter Beweis gestellt haben und dank ihrer Motivation und Persönlichkeitsstruktur ohnehin bestens zurecht kommen.

## 5.

**Wenn Sie die Wahl hätten, würden Sie als Wissenschaftler lieber in Deutschland oder in den USA tätig sein?**

**Queisser:** Diese Frage hängt von der Disziplin ab. Die neuen Fächer der Computerwissenschaften, der Elektronik, der Informatik z.B. bieten in den USA ein so viel lebendigeres Klima voller Kontakte, Möglichkeiten, Anwendungen, daß man hier viel lieber in den USA arbeiten würde. Bei Geisteswissenschaften ist es vielleicht anders. Die Ausstattung der Bibliotheken und anderer Einrichtungen ist sehr gut in den USA, die Bürokratie vielleicht noch stärker als in Europa.

**Weidenfeld:** Ganz generell sind - trotz erster, ermutigender Reformansätze in Deutschland - die Rahmenbedingungen für erfolgreiche und kreative Wissenschaftler in den USA günstiger.

**Gregory:** Über diese Frage denke ich nicht wirklich nach. Wichtig ist für mich, daß die Einrichtung, in der ich arbeite, unabhängig vom Standort USA oder Deutschland, zu meiner Persönlichkeitsstruktur paßt. Ich bin am produktivsten, wenn ich ein klares Ziel und einen freien Kopf habe. Das heißt, eine der Aufgabe angemessene Grundfinanzierung für die Forschungsarbeit muß garantiert sein. Auf der anderen Seite hat natürlich das Einwerben von Drittmitteln den Reiz der Jagd. Ist die Jagd erfolgreich, läßt sich damit ein Stück Freiheit von restriktiven oder gar unberechenbaren Haushalten, die selbst an namhaften deutschen Universitäten zu verzeichnen sind, realisieren.

# Auf dem Wege der Besserung

Das Bundeskabinett hat am 17. Dezember des vergangenen Jahres dem Entwurf einer neuen Approbationsordnung für Ärzte zugestimmt. Es ist davon auszugehen, daß die Bonner Koalition auf diese Weise eines ihrer größeren Reformvorhaben noch in der laufenden Legislaturperiode abschließen kann. Der Entwurf berücksichtigt sowohl das ursprüngliche sog. Eckpunktepapier des Bundesgesundheitsministeriums als auch den inhaltlich ähnlichen Entwurf einer Bund-Länder-Kommission. Mit ihm sollen erstmals nach dem Jahre 1972 die Grundlagen für das Medizinstudium auf eine geänderte Basis gestellt und zugleich den veränderten Rahmenbedingungen sowohl in personeller und finanzieller als auch in kapazitärer Hinsicht angepaßt werden.

## Strukturelemente

Der Entwurf sieht ein künftig sechsjähriges Medizinstudium mit einer Einteilung in drei Abschnitte vor: Vier Semester dienen der systematischen Grundlagenvermittlung unter Einbeziehung klinischer Inhalte, an die sich sechs klinische Semester anschließen. Dann folgt das Praktische Jahr (PJ) mit zwei Semestern. Die Vermittlung von Grundlagenwissen soll *fächerübergreifend* erfolgen und eine fortlaufende Verknüpfung von theoretischem und klinischem Unterricht ermöglichen. Der stärker fächerübergreifende Unterricht bedeutet, daß sich der Unterricht künftig nicht mehr an den einzelnen Fachgebieten, sondern am Lehrgegenstand ausrichtet. Als neues Element sieht die Approbationsordnung sog. *Querschnittsbereiche* vor, die von den Hochschulen angeboten und geprüft werden müssen. Sie stehen gleichberechtigt neben den Fächern und sind Voraussetzung der Zulassung zum Praktischen Jahr. Hierzu gehören etwa die Prävention, Gesundheitsförderung, Medizin des Alterns und des alten Menschen sowie die Medizinethik und die Gesundheitsökonomie.

Der *Unterricht am Krankenbett* wird als zentrales praxisbezogenes Ausbildungselement verbessert. Durch eine Verringerung der Gruppengröße der Studenten von drei auf zwei bei der Patientenuntersuchung und von acht auf sechs bei der Patientendemonstration soll eine wesentlich praxisnähere Ausbildung sichergestellt werden. Hinzu kommt die Einführung von *Blockpraktika*.

## Prüfungswesen

Durch die grundlegende Reform der medizinischen Prüfung wird die *Hochschulautonomie* gestärkt. Aufgegeben werden detaillierte Vorgaben für die Unterrichtsgestaltung; die Festlegung von Unterrichtsformen unterbleibt weitgehend. Die Zahl der Staatsprüfungen wird von vier auf zwei reduziert. Der Staat beschränkt sich dabei darauf, das Wissen und die Fähigkeiten des Studenten in einer zweigeteilten Staatsprüfung am Ende des Studiums zu prüfen. Erfreulicherweise wird das Gewicht des Antwort-Wahl-Verfahrens gegenüber den mündlichen Prüfungen vermindert werden. Der Anteil des Multiple-Choice-Verfahrens wird im ersten und zweiten Abschnitt der ärztlichen Prüfung auf eine Wertigkeit von 50 Prozent begrenzt. Am Ende der sechsjährigen Ausbildung soll ein Arzt stehen, der seinen Beruf eigenverantwortlich und selbständig ausüben kann, der zur Weiterbildung befähigt und zur berufsbegleitenden Fortbildung aufgerufen ist. Angesichts der beabsichtigten Verbesserung des Studiums ist geplant, die bislang obligatorische 18-monatige Phase als Arzt im Praktikum (AiP) zu einem späteren Zeitpunkt entfallen zu lassen.

Erstmals wird in die Approbationsordnung eine Klausel aufgenommen, nach der Modellversuche zur künftigen Verbesserung der medizinischen Ausbildung ermöglicht werden. Dafür darf von bestimmten Vorgaben des Regelstudienanges abgewichen werden. Die Prüfungsanforderungen für den ersten Prüfungsabschnitt können in anderer Weise als durch die vorgesehene Staatsprüfung erbracht werden. Durch die

Klausel wird für die Fakultäten eine rechtliche Grundlage geschaffen, innovative Entwicklungen und alternative Studiengänge zu erproben, um die weitere Reformdiskussion in Deutschland auf eine empirische Grundlage zu stellen.

## Offene Fragen

Um die angestrebten Ziele und Qualitätsverbesserungen verwirklichen zu können, müssen die strukturellen Voraussetzungen in den Universitäten entscheidend verändert werden. Sofern den Medizinischen Fakultäten - wovon auszugehen ist - über den derzeitigen status quo hinaus keine Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, müssen die Studienanzahlen über die *Kapazitätsverordnungen* der Länder so *angepaßt* werden, daß im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten eine reformierte Ausbildung möglich wird. Die Länder, die dem Verordnungsentwurf nach § 4 Abs. 1 der Bundesärzteordnung über den Bundesrat zustimmen müssen, haben ihre Kapazitätsverordnungen folglich in der Weise zu ändern, daß die Zahl der Studienanfänger im Fach Humanmedizin um etwa 20 Prozent verringert werden kann. Gelingt dies nicht, sind die Ziele der Ausbildungsreform insgesamt gefährdet.

Darüber hinaus ist noch völlig unklar, wie die Ausbildungsreform mit der in nahezu allen Ländern in Aussicht genommenen Klinikreform harmonisiert werden kann. Dem Bestreben, einen stärkeren Praxisbezug der Ausbildung durch eine hinreichende Verzahnung der klinischen und der vor-klinischen Ausbildung zu gewährleisten, läuft die Organisationsreform der Hochschulklinika bislang weitgehend entgegen, da noch gänzlich unklar ist, ob und in welchem Maße die theoretischen Institute bzw. die Vor-klinik in die rechtliche, organisatorische und wirtschaftliche Verselbständigung von Universitätskliniken einbezogen werden können.

Jens Göben

## Koeduktion an

## Pro

In keinem Land der Welt außer in Deutschland wird soviel Wesens um das Buch gemacht. Es handele sich dabei, so wird regelmäßig emphatisch versichert, keineswegs um eine Ware, deren Preis sich nach Angebot und Nachfrage richte, sondern um ein Kulturgut, für das ganz andere Gesetze zu gelten hätten. Was aber als „Kulturgut“ firmiert, signalisiert ein ganz besonderes Schutzbedürfnis. In den deutschsprachigen Ländern gilt deshalb seit langem eine Preisbindung für Bücher. Diese garantiert, daß überall in Stadt oder Land, in einer kleinen Buchhandlung oder in einem Bücherkaufhaus jedes Buch zu ein und demselben Ladenpreis erworben werden kann.

Dieses rigide System, so wird immer wieder versichert, diene zum einen dem Buchkäufer. Denn so könne er auch die sogenannten anspruchsvollen Bücher, jene also, die vorzüglich seiner Bildung und Belehrung förderlich sind, zu einem vertretbaren Preis erwerben. Zum weiteren gewährleiste dieses System, daß solche Bücher überhaupt noch verlegt werden, weil die am Markt erfolgreichen Bücher wegen der Preisbindung anspruchsvollere Titel mit geringerer Auflage finanzierten. Mit anderen Worten: Allein die Preisbindung vermag die kulturelle Vielfalt im allgemeinen und das „Kulturgut“ Buch im besonderen zu sichern, das ansonsten unweigerlich ein Opfer der dann entbrennenden zügellosen Marktkonkurrenz würde.

Wenn diese Argumente tatsächlich stichhaltig wären, dann müßten sich alle jene Länder, in denen es keine Buchpreisbindung mehr gibt, längst in kulturelle Wüsteneien verwandelt haben. Eine solche Vermutung straft jedoch rasch der bloße Augenschein Lügen. Sieht man nur die aktuellen Programme der großen Verlage nach den sogenannten „anspruchsvollen“ Büchern durch, dann wird man sehr schnell feststellen, daß es sich bei vielen davon um Übersetzungen von Originalausgaben handelt, die in den USA oder in Großbritannien erschienen sind. In beiden Ländern gibt es aber keine Buchpreisbindung, so daß man frei nach Morgenstern die Feststellung treffen müßte, daß eigentlich nicht sein dürfte, was nicht sein kann.

Welchen Nutzen hat also die Buchpreisbindung wirklich? Die Antwort darauf kann nur lauten, daß sie vor allem vielen kleinen Buchhandlungen und Verlagen vermutlich die nackte Existenz rettet, während sie den großen ein bequemes ökonomisches Polster verschafft.



**Gabriele Behler, Ministerin  
für Schule und Weiterbildung  
des Landes Nordrhein-  
Westfalen**

Betrachtet man jedoch unter der Perspektive des ihnen unterstellten bedeutenden kulturellen Nutzens diese kleinen Buchhandlungen, wird man sehr schnell ernüchtert: Die meisten genügen keineswegs den Anforderungen der „kulturellen Vielfalt“, sondern haben sich längst der Einfach verschrieben. Es dominieren zumeist die Reiseliteratur und die Gesundheitsratgeber, während für die „kulturelle Vielfalt“ jene 30 bis 40 Titel einstehen müssen, die ausgerechnet auf den von der Kulturkritik häufig geschmähten Bestsellerlisten genannt werden.

Diese Monokultur des Angebots genügt natürlich einer eigenen Logik. Der Buchhändler weiß zum einen aus Erfahrung, was seine Kunden bevorzugen, zum anderen scheut er die hohen Lagerkosten von Büchern, von denen er zumindest ahnt, daß sie sich nur schwer absetzen lassen. Hinzu kommt, daß die Verlage den Buchhändlern auf Bestseller, die sie auf großen Paletten in die Buchhandlungen schieben, auch größere Rabatte einräumen, was wiederum den Buchhändler verlockt, gerade diese Titel dem ungeschlüssigen Kunden aufzuschwatzen.

Aber auch für die Verlage hat die Preisbindung erhebliche Vorteile, verschafft sie ihnen doch eine vergleichsweise sichere Kalkulationsgrundlage. Daß diese aber vorzüglich

für „Quersubventionen“ genutzt würde, also dazu, anspruchsvollere und deshalb weniger marktgängige Bücher zu verlegen, ist wenig glaubwürdig. Vielmehr gibt sie vor allem den Publikumsverlagen die Möglichkeit, eine stetig größer werdende Anzahl von vermeintlich populären Titeln zu produzieren, darauf spekulierend, daß der eine oder andere davon sich zu einem Bestseller entwickeln könnte.

Diese schiere Fülle hat aber nur wenig oder nichts mit „kultureller Vielfalt“ gemein. Damit wird vielmehr ein Markt bedient, der sich immer schneller drehen muß, um das jeweils aktuelle Angebot umzuschlagen. Dabei gerät aber gerade die so vollmundig angeblich vor dem Untergang bewahrte anspruchsvollere Literatur ins Hintertreffen.

Dazu paßt der Verdacht, viele dieser Bücher würden so kalkuliert, daß sie sich erst dann „rechnen“, wenn sie wenige Monate nach ihrem Erscheinen bereits ohne Preisbindung verramscht werden. Dies legt den Schluß nahe, daß die Preisbindung für Bücher vor allem dem engherzigen wirtschaftlichen Interesse einer Branche dient, die noch immer „zünftig“ wirtschaftet.

## den Schulen

## Contra

Nordrhein-Westfalen will eine „flexible Koedukation“, das heißt eine teilweise - und erneute - unterrichtliche Trennung von Schülerinnen und Schülern einführen. Das offizielle Motiv für dieses Ansinnen ist bekannt: Unter den Studierenden beispielsweise der Ingenieurwissenschaften ist der Anteil der Frauen auch Ende der 90er Jahre gerade eben 16,2 Prozent und damit gegenüber 1985 (11,6 Prozent) nur wenig gestiegen.

Bei so viel Reform-Reform gilt es innezuhalten. Mitte der 60er Jahre war die Koedukation in Deutschland (West) etabliert worden, in der DDR schon in den 50er Jahren: als wichtige Errungenschaft und als gewaltiger Schritt hin zu mehr Gleichberechtigung. Aber keine Reform, die nicht bald von ihren Protagonisten in Frage gestellt würde! Schließlich hatte sich 1987 in einer Studie an drei westdeutschen Universitäten herausgestellt, daß Absolventinnen aus reinen Mädchenschulen erheblich häufiger ein technisches oder naturwissenschaftliches Studium ergriffen als Absolventinnen aus gemischten. „EMMA“ sprang 1989 auf den Zug auf und titelte: „Koedukation macht Mädchen dumm.“ Mit „K.O.Edukation“ war der verbale K.O. verordnet. Bereits 1990 unterrichteten fünf Modellschulen in NRW teilweise nach Geschlechtern getrennt. Es folgten Versuche in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz und in Hamburg.

Diskriminierung und Demotivation durch Koedukation? Die Fakten widerlegen diese Annahme eindeutig, schließlich sind die Mädchen und jungen Frauen in 30 Jahren Koedukation mit Vollgas auf die Überholspur gegangen: Erstens machen Mädchen unter Gymnasiasten 54 Prozent (1970 ca. 33 Prozent), unter Hauptschülern 44 Prozent und unter Sonderschülern 36 Prozent aus. Zweitens haben Mädchen in West- und Ostdeutschland die höheren Bildungsabschlüsse; die geschlechterspezifische Abiturientenquote (Allgemeine Hochschulreife) beträgt in den alten Ländern unter Männern 22,3 Prozent, unter Frauen 25,6 Prozent; in den neuen Ländern unter Männern 17,9 Prozent, unter Frauen 28,6 Prozent. Drittens bleiben ohne Schulabschluß 6,5 Prozent der Mädchen, aber 10,4 Prozent der Jungen. Viertens beträgt die sog. Durchfallquote über alle Schulformen und Klassenstufen hinweg bei Jungen 3,2 Prozent, bei Mädchen 2,3 Prozent. Fünftens haben Mädchen signifikant bessere Abiturzeugnisse als Jungen: Beim Abitur 1997 in Bayern zum Beispiel erreichten die jungen Herren einen Notendurchschnitt von 2,48 und die jungen Damen von 2,35. Beim gleichen Abitur fielen 274 junge Männer, aber nur 172 junge Frauen durch. Die TIMSS 1997 (Third International Mathematics and Science Study) stellt für Deutschland fest, „daß sich für das Fach Mathematik Leistungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen nicht mehr nachweisen las-

sen, wohl aber in einem beachtlichen Maß für die Naturwissenschaften“ und „daß die Leistungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen in den neuen Ländern konsistent kleiner sind als in den alten Ländern“.

Warum also die ganze Aufgeregtheit mit den Sonderprogrammen für Mädchen? Nehmen wir einfach mal an, es geht nicht um die feministisch-bewegte Bereinigung eines „falschen Bewußtseins“ von Mädchen und Frauen. Nehmen wir außerdem mal an, es geht nicht um die Einbebnung von Unterschieden und um Quote. Nehmen wir an, daß die Kultus- und Finanzminister Tausende von zusätzlichen Lehrerstellen zur Verfügung stellen, um die unterrichtliche Geschlechterdifferenzierung leisten zu können. Nehmen wir an, daß die Schulen die Synchronisierung der Teilklassen-Stundenpläne schaffen, ohne daß der Stundenplan platzt. Nehmen wir schließlich an, die Schulen haben genügend Räume, um diese Differenzierung räumlich unterzubringen.

All dies mal vorausgesetzt! Dann bleibt immer noch die Sorge, daß eine monoedukative Unterrichtung Klischees („Mädchenphysik“....) fördert. Es bleibt die Befürchtung, daß monoedukative Schule ärmer wäre. Es bleibt die Tatsache, daß beide, Mädchen und Jungen ebenso wie über 80 Prozent der Bevölkerung, die Trennung nicht wollen; sie wissen, daß der Unterricht dann langweiliger wird. Es bleibt auch die Überzeugung, daß Mädchen nicht in Warte gepackt werden können, weil sie im Berufsalltag ohnehin mit der Konkurrenz der Männer konfrontiert sind, und daß es gut ist, wenn sie früh genug gelernt haben, sich mit dieser Konkurrenz auseinanderzusetzen und ihr standzuhalten.

Also: Koedukation war kein Fehlschlag, und sie ist kein Auslaufmodell. Wer sie aufs Spiel setzt, der löst - vielleicht - ein kleines Problem. Aber er schafft einen Haufen neuer Probleme. Hier wird eben wieder mal das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Dabei könnte man weitaus geräuschloser und ohne Inkaufnahme von gravierenden Nachteilen erreichen, daß sich Mädchen aktiver in der Physik und in der Technik engagieren: Die Familien müssen sich von den klassischen Stereotypen lösen, und sie müssen den Mädchen - zusammen mit den Lehrern und mit den Berufsberatern - Mut machen, „Männer“-Berufe zu ergreifen. Lehrer müssen Mädchen motivieren, Aktivposten in diesen Fächern zu sein.

Im übrigen: Ganz geräuschlos werden sich Mädchen mehr und mehr für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik öffnen, denn junge Frauen nehmen mittlerweile als Lehrerinnen immer mehr Plätze in diesen Fächern ein - auch als Vorbilder für Schülerinnen.



**Josef Kraus,  
Präsident des  
Deutschen  
Lehrerverbandes**

# Abitur light?

„Richtungsentscheidungen“ der KMK wiesen in die falsche Richtung

**N**ach zahlreichen Klagen von seiten der Hochschulen und der Wirtschaft beschäftigen sich die Gremien der Kultusministerkonferenz erneut mit der Qualität von Oberstufe und Abitur. Mit welchem Ergebnis?



Wolfgang Zimmermann,  
Ministerialrat, Dresden

Das Abitur in Deutschland basiert Ende der 90er Jahre - auch und gerade nach den ‚Richtungsentscheidungen‘ der KMK von 1995 und 1996 - noch immer auf Denkschemata der frühen 70er Jahre.

1972 wurden die Oberstufe und das Abitur von den Kultusministern der Länder durch die „Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II“ vom 7. Juni 1972 grundlegend verändert. Der traditionelle Klassenverband wurde aufgelöst zugunsten eines durchgängigen Kurssystems in den letzten beiden Schuljahren der Oberstufe, bei dem die Schüler individuelle Schwerpunkte bilden sollten. Die Unterscheidung in Hauptfächer (Deutsch, Mathematik, Fremdsprache) und Nebenfächer (z.B. Biologie, Erdkunde, Kunst) wurde beseitigt zugunsten einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Fächer. Die Schüler hatten fortan pro Halbjahr im Kurssystem zwei Leistungskurse (i.d.R. fünfstündig) und sieben bis acht Grundkurse (i.d.R. dreistündig) zu belegen, wobei sie selbständig über die Wahl bzw. Abwahl der Fächer entscheiden konnten sowie vor dem Abitur darüber, welche Kursresultate welcher Fächer sie als Punktergebnisse in die Wertung des Abiturs einbringen. Bei der Fächerwahl mußte nur beachtet werden, daß in den Kursen der Oberstufe und im Abitur Fächer aus allen drei Aufgabenfeldern angemessen vertreten waren. Zum sprachlich-literarisch-künstlerischen Aufgabenfeld gehörten die Fächer Deutsch, Kunst, Musik und Fremdsprachen, zum gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld u.a. Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde/Politik, Wirtschaftslehre, Philosophie und zum mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufgabenfeld Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Informatik. Das alte Notensystem von 1 (= sehr gut) bis 6 (= ungenügend) wurde auf ein Punktesystem von 0 Punkten (= ungenügend) bis 15 Punkte (= sehr gut) umgestellt.

## Keine punktuelle Prüfung mehr

Auch der Charakter der Abiturprüfung als punktueller Abschlußprüfung wurde verändert; das Abitur bestand fortan

aus drei Blöcken, die sich wie folgt zusammensetzten: erstens die Wertung der in den Leistungskursen erzielten Punktergebnisse, zweitens die Wertung der in den Grundkursen erzielten (und von den Schülern nicht gestrichenen, sondern in die Wertung eingebrachten) Punktergebnisse, drittens das Ergebnis der Abiturprüfung selbst. In jedem dieser drei Blöcke hatte der Schüler eine Mindestpunktzahl zu erreichen, um das Abitur insgesamt bestanden zu haben.

Der dritte Block des Abiturs, die Abiturprüfung, bestand hierbei aus drei schriftlichen Prüfungen (zwei Leistungskursfächer, ein Grundkursfach) und einer mündlichen Prüfung (Grundkursfach). Da von der prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Fächer ausgegangen wurde und die Schüler Wahlfreiheit hatten, konnte ein Schüler nach den Bestimmungen der Oberstufenvereinbarung von 1972 - wenn er nicht in einem der wenigen Bundesländer schulpflichtig war, die ergänzende Regelungen trafen - alle vormaligen Hauptfächer (d.h. Deutsch, Mathematik und Fremdsprache) in der Oberstufe abwählen und mit folgenden vier Fächern in der Abiturprüfung das Abitur bestehen: Kunst, Biologie, Erdkunde, Sport.

Das ‚Abitur light‘ war geboren - auch wenn dieser Begriff von den Schülern selbst erst viele Jahre später begeistert darauf angewandt wurde. Die Anzahl der Schüler, die mit einem solchen - oder aber ähnlichen - Abiturprofil die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erwarben, stieg in den folgenden Jahren kontinuierlich an. 1977 modifizierte die KMK die Oberstufenvereinbarung von 1972 dahingehend, daß Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache im Laufe der Oberstufe zu belegen waren, und 1988 legte man fest, daß wenigstens eine Sprache eines der vier Abiturprüfungsfächer zu sein hatte. Da diese Sprache in der Abiturprüfung aber durchaus nur mit ‚mangelhaft‘ absolviert zu werden brauchte, wenn nur eines der anderen Abiturprüfungsfächer im Bereich ‚befriedigend‘ zum Ausgleich herangezogen werden konnte, galt auch weiterhin: Ein Schüler konnte das Abitur bestehen, ohne jemals in der Abiturprüfung selbst eine ausreichende Leistung in Deutsch, Mathematik oder einer Fremdsprache gezeigt zu haben.

Das ‚Abitur light‘ geriet zunehmend in die Kritik, vor allem von denjenigen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden, deren Mitglieder Tag für Tag mit den entsprechenden Ergebnissen (sprich: fehlende Grundkenntnisse von Auszubildenden, mangelnde Studierfähigkeit von Studenten) konfrontiert wurden. Es wuchs - so schien es - ein allgemeiner Konsens, daß die nahezu absolute Beliebigkeit der Fächerwahl - und insbesondere der Fächerabwahl - in der Oberstufe und der Abiturprüfung sowie die Streichungs- und Ausgleichsmöglichkeiten bei der Einbringung in das Abitur insgesamt zu einem erheblichen Qualitätsverfall des Abiturs geführt hatten.

So setzten ab 1993 Bemühungen zu einer ersten grundlegenden Reform von Oberstufe und Abitur nach über zwei Jahrzehnten ein. Dabei wurde bald deutlich, daß die SPD-regierten Länder weitgehend an den alten Regelungen festhalten wollten, während die CDU/CSU-regierten Länder - wenn auch mit unterschiedlicher Intensität - deutliche Reformen anmahnten. So forderten sie u.a. fünf statt vier Abiturprüfungsfächer, Verbindlichkeit von mindestens zwei der Kernfächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprache in der Abiturprüfung sowie die Stärkung der Kernfächer durch eine durchgängige Belegungsverpflichtung in der Oberstufe.

Zeitweise schien es in den Verhandlungen in den zuständigen Gremien der KMK und nach Anhörung einer von ihr eingesetzten Expertenkommission, als ob endlich Bewegung in das erstarrte System von Oberstufe und Abitur kommen könnte, aber die Ergebnisse der Kultusministerkonferenzen von Mainz (01. Dezember 1995) und Dresden (25. Oktober 1996) waren ernüchternd. Die hier getroffenen ‚Richtungsentscheidungen zur Weiterentwicklung der Prinzipien der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs‘ wiesen in die falsche Richtung, denn sie legten fest:

- Weiterhin nur vier Abiturprüfungsfächer
- Weiterhin nur ein Kernfach als verbindliches Abiturprüfungsfach
- Weiterbestehen der großzügigen Ausgleichsregelungen. Ein Ergebnis von 8 Punkten (befriedigend) im Grundkursfach Erdkunde gleicht auch zukünftig ein Ergebnis von 2 Punkten (mangelhaft) im Grundkursfach Mathematik in der Abiturprüfung aus.
- Zwar müssen in Zukunft die drei Kernfächer bis zum Abitur in Kursen belegt und eingebracht werden, aber diese können mehrheitlich ohne Erfolg abgeschlossen werden; auch weil zusätzlich zu den ohnehin weiterbestehenden Ausgleichsmöglichkeiten noch zwei neue diesbezügliche Komponenten eingeführt werden: a) die Substitutionsmöglichkeit, welche die Belegung eines Kernfaches bis zum Abitur in der Praxis dadurch zurücknimmt, daß bei genügend Anteilen des Kernfaches in einem anderen Fach dieses dann bei den Einbringungsverpflichtungen für das Abitur zwei Kurse des Kernfaches ersetzen („substituieren“) kann. Beispiel: mangelhafte Kenntnisse in Englisch wirken sich nicht aus, wenn man im Politikkurs englische Quellen behandelt hat und die Schulleitung die Anrechnung des Politikurses für den Englischkurs akzeptiert. b) die Kompensationsmöglichkeit, eine ggf. auf Schülerwunsch eingebrachte weitere ‚Lernleistung‘, die mangelhafte Ergebnisse - auch in Kernfächern - rechnerisch teilweise kompensieren kann, da sie anteilig auf das Abitur angerechnet wird.

Dies bedeutet: Die ‚Richtungsentscheidungen‘ von Mainz und Dresden eröffnen in der Mehrzahl der Bundesländer einem cleveren Schüler - der Substitution (von bis zu vier Kursen!), Kompensation und Ausgleichsregelungen in seinem Sinne optimal nutzt - die Möglichkeit, auch weiterhin das Abitur zu bestehen ohne jemals in der Abiturprüfung selbst eine ausreichende Leistung in den Fächern Deutsch, Fremdsprache und Mathematik gezeigt zu haben. Und in den Kursen der Oberstufe braucht er diese Kernfächer auch nur belegt, nicht aber überwiegend erfolgreich, d.h. zumindest mit ‚ausreichend‘, absolviert zu haben.

Die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen versuchen, diesem unveränderten ‚Abitur light‘ durch die Verpflichtung der Schüler zu einem zweiten Kernfach in der Abiturprüfung einen Riegel vorzuschieben, denn für die von den Schülern souverän gehandhabten Abwahlen und Ausgleichs verbleibt dann nur ein deutlich verringerter Spielraum.

### Verhaltener Protest

Der Protest der Öffentlichkeit gegen dieses fragwürdige Ergebnis der Kultusministerkonferenz war zunächst nur verhalten. Hierfür gab es zwei Gründe: 1. Viele Medien durchschauen zwangsläufig die sehr komplexe Gestaltung von Oberstufe und Abitur mitsamt der Fülle von Regelungs-, Anrechnungs- und Ausgleichsmechanismen nicht im Detail, machen doch die Texte der Richtungsentscheidungen, die Oberstufen- und Abiturverordnungen der einzelnen Länder mit ihren Erläuterungen und die Einheitlichen Prüfungsanforderungen der Fächer in der Abiturstufe (EPAS) zusammen pro Bundesland ein Konvolut von ca. 1.000 Seiten Ordnungstext aus. So wurde zunächst irrtümlich in verschiedenen Medien berichtet, daß mit den ‚Richtungsentscheidungen‘ die Kernfächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprache in der Abiturprüfung zu verbindlichen Prüfungsfächern gemacht worden seien. Dies gilt jedoch allein für eins der drei Fächer. Die anderen beiden brauchen nur - wenn nicht ohnehin zur Hälfte substituiert - in den Kursen der Oberstufe belegt und eingebracht zu werden, wobei die Kernfächerkurse selbst in der Mehrzahl noch nicht einmal mit Erfolg (d.h. besser als ‚mangelhaft‘) abzuschließen sind. 2. Als nach Korrektur der ersten Berichte über den Inhalt der ‚Richtungsentscheidungen‘ erste heftige Proteste laut wurden, hieß es aus Kreisen der KMK, daß „es in bezug auf die Kernfächer natürlich nicht zu einer Akkumulation von Substitutionsregelung, Kompensation und Ausgleichsregelungen kommen dürfe.“ Heute - über ein Jahr später - kann leider festgestellt werden, daß hier keine entsprechenden Regelungen getroffen wurden.

Die Begriffe ‚Flexibilität‘, ‚Deregulierung‘ und ‚Entfrachtung der Prüfungsbestimmungen‘, die 1972 den Qualitätsverfall des Abiturs und den Weg zum ‚Abitur light‘ einleiteten, sind auch heute wieder in aller Munde - allerdings in einem anderen als dem Schulbereich. □

Anschrift des Autors

Wolfgang Zimmermann  
Georgenstr. 2a  
01097 Dresden

# Streik der Politiker?

Hochschulpolitische Entscheidungen überfällig

**E**ine große Hochschulreform ist angekündigt. Die HRG-Novelle, ohnehin kritisch zu sehen, verwirrt davon nur wenig. Weitere Entscheidungen drängen.



Ludwig Gieseke, Dr. iur.,  
Ministerialdirigent im  
Ruhestand, bis 1990  
Bundesministerium für  
Bildung und Wissenschaft

Nach den - häufig als „Streik“ deklarierten - studentischen Protestaktionen der vergangenen Monate und den Erklärungen von Politikern aus der letzten Zeit muß man folgendes festhalten:

- Die Hochschulen in Deutschland sind unterfinanziert, wohl nicht in allen Fachrichtungen und nicht überall, aber doch insgesamt. Den für die laufenden Ausgaben der Hochschulen verantwortlichen Ländern ist eine wesentliche Erhöhung der Mittel offenbar nicht möglich, wie für Hessen der Ministerpräsident ausdrücklich erklärt hat. Vor allem für Universitäten sind in mehreren Ländern sogar planmäßige Kürzungen von Mitteln vorgesehen.

- Dennoch wird den Hochschulen von einigen Politikern angekündigt, sie hätten künftig noch höhere Studienanfängerzahlen zu bewältigen: Bis zum Jahre 2005 soll sich die Gesamtstudentenzahl von jetzt rd. 1,8 Millionen auf rd. 2 Millionen erhöhen. Voraussichtlich steigende Abiturientenzahlen werden ohne weiteres in höhere Studienanfänger- und Studentenzahlen umgerechnet - zur Finanzierung kein Wort.

- Eine grundsätzliche Neuregelung des BAföG ist überfällig. Nach den geltenden Bestimmungen erhalten nur noch 15 v.H. der Studenten staatliche Ausbildungsförderung. Bisher können sich aber Bund und Länder wie auch die Länder untereinander über eine Neuregelung nicht einigen. Ohnehin sahen die meisten Länderfinanzminister bisher keine Möglichkeit, höhere Beträge für die Ausbildungsförderung aufzubringen.

- Noch immer sind die Durchschnittsstudienzeiten vor allem an Universitäten viel länger als in vergleichbaren Industriestaaten, noch immer brechen im Durchschnitt mehr als 25 v.H. der Studenten (an den Universitäten noch mehr) ihr Studium ohne Abschluß ab. Die Gründe dafür sind nicht so sehr in schlechten Studienbedingungen als vielmehr im Studiensystem der Universitäten, das für große Studentenzahlen kaum mehr geeignet ist, und vor allem in unzureichen-

den Vorkenntnissen eines beträchtlichen Teils der Studienanfänger zu suchen.

- Doch stoßen Forderungen aus den Hochschulen wie auch von externen Hochschulkennern, den Hochschulen generell (nicht nur bei Zulassungsbeschränkungen) eine Überprüfung der Studienqualifikation ihrer Bewerber zu ermöglichen, bisher auf fast einhellige Ablehnung bei Regierungen und Parlamenten. Zu den Ausnahmen gehört der Wissenschaftsminister von Sachsen. An der generellen Studienberechtigung, die nach den KMK-Vereinbarungen mit dem Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife verbunden ist, halten fast alle Politiker eisern fest.

- Ebenso stößt der Vorschlag, von den Studenten mit sozialverträglicher Staffelung Studiengebühren von etwa 1.500 DM je Semester zu erheben, weithin auf Ablehnung - auch dann, wenn das Gebührenaufkommen den Hochschulen gesichert bleiben soll. Daß Eltern mit entsprechendem Einkommen für Kindergartenplätze ähnliche Gebühren zu zahlen haben, wird als Argument nicht zugelassen.

- In einer Reihe großer Fachrichtungen erreichen nun schon seit Jahren deutlich mehr Studenten Studienabschlüsse nach real nötigen Studienzeiten von fünf und mehr Jahren oder sogar Doktorgrade, als entsprechende Arbeitsplätze im Beschäftigungssystem erreichbar sind. Meist wird darauf hingewiesen, daß Hochschulabsolventen immer noch bessere Aussichten auf Beschäftigung (auch außerhalb oder unter ihrer fachlichen Qualifikation) haben als andere Bewerber. Die Frage nach der Rechtfertigung hoher Ausbildungskosten auf der staatlichen Seite wird so aber nicht beantwortet.

## Widersprüche in der Hochschulpolitik

Die damit aufgezeigten Widersprüche (es gibt noch weitere) sind Ergebnisse der Bildungspolitik in den letzten Jahr-



zehnten. Wenn Politiker, die an dieser Politik weiter festhalten, jetzt die Proteste der Studenten gegen unzulängliche Studienbedingungen für „verständlich“ erklären und sie sogar unterstützen, dann liegt es nahe, solche Erklärungen als „heuchlerisch“ oder als „das Ende der Politik“ zu bezeichnen - um einen prominenten Universitätsprofessor zu zitieren.

Andererseits verwundert es, daß sowohl Studenten wie auch Professoren gegenüber Unterfinanzierung und Überfüllung der Hochschulen so lange Geduld gezeigt haben. Die Hochschulen in Westdeutschland haben seit dem Beschluß zum „Offenhalten der Hochschulen“ von 1977 eine beträchtliche Überlast und schließlich auch Überfüllung in einer Reihe von Fachrichtungen hingenommen, lange Zeit in der Hoffnung auf entsprechend bessere Finanzierung. Diese Hoffnung ist längst hinfällig geworden. Die Vereinbarungen in mehreren Ländern zwischen staatlicher Seite und nüchtern gewordenen Hochschulleitungen, auf planmäßigen Personalabbau über mehrere Jahre gerichtet, weisen in die entgegengesetzte Richtung.

Viele Hochschulpolitiker in Bund und Ländern haben dagegen bisher nicht zu der nötigen Ernüchterung finden können. Noch immer halten sie an Leitgedanken fest, die vor etwa 30 Jahren entstanden, heutigen Gegebenheiten aber nicht mehr gerecht werden. Überfällige hochschulpolitische Entscheidungen werden deshalb nicht getroffen. Das kommt einem „Streik der Politiker“ nahe. Die staatliche Politik muß vielfach umdenken. Vor allem für folgende Punkte gilt das:

### Nüchternes Umdenken erforderlich

● In den vergangenen Jahren ist das staatliche Hochschulsystem aus Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen erheblich erweitert worden. Auf überschaubare Zeit ist ein weiterer Gesamtausbau nicht möglich. Das muß offen gesagt werden. Mit Vorrang ist jetzt für die notwendige Sachmittelausstattung der vorhandenen Studienplätze und die Gebäudeunterhaltung zu sorgen. Schon das wird angesichts der für andere staatliche Aufgaben beanspruchten Mittel überaus schwierig sein. Die vorhandene Größe des Hochschulsystems ist übrigens im internationalen Vergleich beachtlich und dürfte vorerst auch ausreichend sein - wenn die Hochschulen von hinreichend vorgebildeten Studenten und in Studiensystemen, die für die heutigen großen Studentenzahlen geeignet sind, genutzt werden.

● Da ein weiterer Hochschulausbau nicht möglich ist, können Zulassungsbeschränkungen für die einzelnen Studiengänge nicht mehr als vorübergehende Notmaßnahme betrachtet werden, deren Anordnung oder Verweigerung im Ermessen der zuständigen Ministerien liegt. Sie sind vielmehr immer dann nötig, wenn die Funktions- und Leistungsfähig-

keit einer Hochschule in Lehre und Forschung anders nicht gewährleistet werden kann. Darauf ist von der Hochschulrektorenkonferenz mit Recht hingewiesen worden. Ziel kann heute nicht mehr allein die Zulassung möglichst aller Bewerber sein, sondern eine angemessene Ausbildung möglichst vieler der zugelassenen Studenten in vertretbarer Zeit. Auch in deren Interesse wird deshalb eine Ausweitung von Zulassungsbeschränkungen vielfach unvermeidbar sein, was die staatliche Seite anerkennen muß.

### Verantwortung der Hochschulen stärken

● Die mit der HRG-Novelle verbundenen Vorschläge, den Verantwortungs- und Entscheidungsbereich der Hochschulen für mehr Effizienz zu erweitern und zu stärken, enthalten an einer wichtigen Stelle eine kritische Lücke: die Qualifikation ihrer Studienbewerber sollen die Hochschulen weiterhin nur bei Zulassungsbeschränkungen und nur für einen kleinen Teil der Bewerber überprüfen können - und müssen. Grundsätzlich soll in Auswahlverfahren weiterhin die Abiturnote ausschlaggebend sein, obwohl mit guten Gründen längst die Gewichtung studiengangrelevanter Fachnoten im Abiturzeugnis, ggf. zusammen mit anderen Kriterien, für richtiger erklärt worden ist. Ein generelles Auswahlrecht der Hochschulen wird von Politikern u.a. abgelehnt, weil die Hochschulen dadurch bei den gegenwärtigen Verhältnissen überfordert seien. Ob das so ist, sollten die Politiker nicht für die Hochschu-



Vollversammlung in der Berliner Humboldt-Universität zu Berlin im November 1997, bei der ein befristeter Boykott der Lehrveranstaltungen beschlossen wurde.

Foto: Ausserhofer

len beurteilen wollen. Jede Hochschule sollte selbst entscheiden können, ob sie, ausgehend vom Zeugnis der Hochschulreife, die Qualifikation ihrer Bewerber für das gewählte Studium überprüfen will. Kein Zwang dazu also, aber ein Recht! Die Zuerkennung dieses Rechts ist nach den Entwicklungen in der gymnasialen Oberstufe überfällig. Die Belastung durch Überprüfungs- und Auswahlverfahren läßt sich in Grenzen halten, nicht zuletzt dadurch, daß die endgültige Einschreibung für das gewählte Studium vom Bestehen einer Prüfung

etwa am Ende des ersten Studienjahres abhängig gemacht werden könnte. Eine gründliche Änderung des HRG-Zugangs- und Zulassungsrechtes kann deshalb schon jetzt für den nächsten Bundestag vorgemerkt werden.

● Dagegen sind die in der HRG-Novelle neu vorgesehenen Möglichkeiten für ein gestuftes Studium (in etwa drei Jahren bis zu einem Bakkalaureus- oder Bachelor-Abschluß, in insgesamt etwa vier Jahren zu einem Magister- oder Master-Abschluß) zu begrüßen. Aus einigen wichtigen Fachrichtungen liegen bereits Umsetzungsvorschläge vor, z.T. seit längerer Zeit. Mit solchen Studienangeboten, zu denen eine Leistungsüberprüfung vor Aufnahme eines Magisterstudiums nach dem ersten Studienabschluß gehört, würde das Studiensystem an Flexibilität gewinnen und deshalb seine Eignung für große Studentenzahlen wesentlich verbessert. Eine positive Grundsatzentscheidung in diesem Sinne ist für deutsche Studenten ebenso wichtig wie für Ausländer, denen attraktive Studienmöglichkeiten in Deutschland geboten werden sollen. Bedeutsam für neue kürzere Studiengänge ebenso wie für herkömmliche sind allerdings Möglichkeiten der Hochschulen, von den Studenten regelmäßig Leistungsnachweise oder Zwischenprüfungen mit Konsequenzen verlangen zu können.

● Mit den Forderungen nach einem bundesweiten Verbot von Studiengebühren wird die föderale Zuständigkeitsordnung in Deutschland ad absurdum geführt. Mit Recht ist für die Bundesregierung erklärt worden, über die Erhebung von Studiengebühren solle jedes Land verantwortlich selbst entscheiden können; das Gebührenaufkommen wäre ja auch ausschließlich im Landesbereich zu verwenden. Daß die Länderhochschulminister wie auch die einzelnen Hochschulen Studiengebühren bisher ablehnend oder doch mit Zurückhaltung erörtert haben, mag tagespolitische Gründe haben. Doch werden die Finanzminister sie wegen der Finanzmisere durchsetzen können - nach den bevorstehenden Wahlen in Bund und Ländern, hoffentlich im Zusammenhang eines Gesamtkonzeptes für die künftige Hochschulfinanzierung. Gute ökonomische und ebenso hochschulpolitische Argumente für

Studiengebühren sind seit Jahren bekannt. Dazu gehört mehr Nachdenken der Studenten über die Inanspruchnahme von Studienmöglichkeiten ebenso wie eine Stärkung der Verantwortung der Hochschulen für möglichst gute Studienangebote. Gesichert werden muß, daß die Gebührenregelung sozialverträglich ausgestaltet ist und das Aufkommen der einzelnen Hochschule verbleibt.

● Die Beratungen über die notwendige BAföG-Novelle sind kein Beweis für die Leistungsfähigkeit des Föderalismus. Die einstmals gutgemeinte Aufteilung der Mittelaufbringung für die Förderung auf Bund (65 v.H.) und Länder (35 v.H.) verhindert nun eine Einigung über ein sachgerechtes künftiges Förderkonzept. Für gewisse Zeit kann eine Anhebung von Freibeträgen und Fördersätzen mehr Studenten die nötige Förderung zukommen lassen. Schon die Einführung gestufter Studiensysteme erfordert aber auch in der Sache neue Regelungen. Vielleicht sollte man, auch um künftigen Entwicklungen besser folgen zu können, über eine Entflechtung nachdenken, die etwa von dem geltenden Aufbringungsschlüssel ausgeht. Die Ausbildungsförderung wäre danach in den drei ersten Studienjahren allein vom Bund zu finanzieren und zu regeln, für alle darüber hinausgehenden Studienzeiten von den Ländern, die so u.a. über Förderhöchst dauern entsprechend den in ihrem Bereich jeweils gegebenen Situationen entscheiden können. Damit würde zugleich die Einführung gestufter Studiensysteme begünstigt.

Daß die Hochschulpolitiker in Bund und Ländern die hier angesprochenen Punkte, vor allem den Studienzugang und die Studienzulassung, nach der HRG-Novelle von sich aus aufgreifen werden, ist wenig wahrscheinlich. Entscheidungen darf man nur erwarten, wenn darauf mit realistischen Vorschlägen gedrängt wird - aus den Hochschulen. □

Anschrift des Autors

Nachtigallenstr. 9  
53179 Bonn

## Studenten

# Geringses Fachinteresse

Schätzungsweise dreißig Prozent der Studienanfänger an deutschen Hochschulen brechen ihr Studium ab, davon rund ein Drittel bereits bis zum Ende des ersten Studienjahres. An den Universitäten ist der entscheidende Grund für einen Abbruch das geringe Interesse am gewählten Fach. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Publikation „Frühe und späte Studienabbrecher“ des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung in München. Grundlage der Untersuchung waren Fallanalysen, bei denen Studienverlauf und Schwierigkeiten

beim Studium von „frühen“ (im ersten Semester) und „späten“ (nach dem ersten Semester) Studienabbrechern untersucht wurden. Demnach hätten die Studienabbrecher meist die Wahl ihres Faches nicht gut genug durchdacht, das dann auch oft den jeweiligen Interessen nicht entspräche. „Frühe“ Abbrecher beendeten ihr Studium oft deshalb, weil es schon zu Beginn eine Art Verlegenheitswahl gewesen sei: „man schlittert in das Fach hinein“ oder „es stand schon immer fest, daß ich studieren würde“, so die Studie. Ein wirkliches Engagement für das Fach könnten sie daher auch nicht entwickeln. Es kämen sehr schnell

Selbstzweifel und Arbeitsunlust auf. Bei den „späten“ Studienabbrechern sei das Interesse am Fach zwar auch schwach ausgebildet, es bestehe aber großes Interesse am Studienabschluß für die berufliche Karriere. Die Studenten wollten sich zunächst ihre Berufspläne nicht verbauen. Doch auch hier führten fachliche Probleme und negative Erfahrungen in Lehrveranstaltungen zum baldigen Abbruch.

Quelle: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Dezember 1997

## Computer aktuell

### Drahtloser Internetzugang

Die US-Firma Teledesic LLC hat den ersten der 288 geplanten Satelliten, die ab dem Jahr 2002 einen drahtlosen Internetzugang bieten sollen, erfolgreich auf seine Umlaufbahn gebracht. Die Verbindung zu dem insgesamt 9 Milliarden Dollar teuren System soll durch eine fest montierte, ca. DIN A4 große Antenne erfolgen. Teledesic LLC, an der Bill Gates Microsoft mit einem Drittel beteiligt ist, will über die in einer Höhe von 1400 Kilometern kreisenden Satelliten eine Internetanbindung mit einem Datentransfer von 64 Megabit pro Sekunde gewährleisten. Dieses Volumen entspricht dem 200-fachen derzeitiger Daten-Telefonverbindungen.

Quelle: Bild der Wissenschaft, 4. März 1998

### Wörterbuch -Führer

In seinem Online-Artikel „Lexikalische und Terminologische Ressourcen im Internet“ führt Lothar Lemnitzer zu wichtigen, interessanten oder skurrilen Datensammlungen im Internet. Der Autor, selber als Lexikograph tätig, gibt eine realistische Einschätzung der Güte und Brauchbarkeit ein- und mehrsprachiger Wörterbücher, die online verfügbar sind. Er enthält sich dabei jenes typischen enthusiastischen Tons vieler Fachartikel, mit dem Computer-„Hinterwäldler“ überzeugt werden sollen. Fazit des Autors: das Internet ist das, was man für sich daraus macht. Der Artikel ist im Internet zu finden unter <http://www.forschung-und-lehre.de/computer/>

### Sicherheits -Update

Bei Computern mit dem Betriebssystem Windows NT Server 4.0 gibt es eine Sicherheitslücke. Betreiber des Betriebssystems sollten deshalb in Kürze das kostenlos im Internet zur Verfügung stehende Service Pack 3 installieren. Sie finden es unter <ftp://ftp.microsoft.de/bussys/winnt/winnt-public/fixes/ger/40.sp3/>

Neben Computern mit diesem Betriebssystem können auch Computer mit Windows95 betroffen sein. Microsoft bietet hier ein Update an, das vornehmlich Korrekturen am Winsock und dem



Rechenmaschine von Léon Bollée von 1892,  
Foto:Deutsches Museum

TCP/IP vornimmt. Im Internet steht es kostenlos unter der URL <http://www.microsoft.com/windows95/info/ws2.htm> zur Verfügung.

Quelle: Microsoft, 6. März 1998

### Papierlose Intensivstation

Eine Vorreiterrolle für Bayern hat die Klinik für Anaesthesiologie der Univer-

sität Würzburg übernommen: Sie betreibt die erste „papierlose Intensivstation“ im Freistaat. Ein Patientendaten-Management, das ausschließlich über Computer abgewickelt wird, macht dies möglich. Insgesamt vier Millionen Mark sind in die bauliche Instandsetzung und technische Verbesserung der Ausstattung der Klinik geflossen. „Der Zuwachs an Apparatemedizin auf unserer Intensivstation bedeutet keineswegs einen Verlust direkter Zuwendung für die Patienten, sondern schafft im Gegenteil durch die automatische Dokumentation und effizienteres Arbeiten einen Zeitgewinn für meine Mitarbeiter, der unseren schwerkranken Patienten in Form von mehr menschlicher Zuwendung zugute kommen wird“, sagt Klinikchef Professor Röwer. Da bislang nur einige wenige deutsche Kliniken ein „papierloses“ Patientendaten-Managementsystem besitzen, werden Mediziner und andere Interessenten aus der gesamten Bundesrepublik sich über die neuen technischen Möglichkeiten bei der Behandlung von kranken oder verletzten Menschen in Würzburg informieren.

Quelle: Universität Würzburg, 11. März 1998

### Apple OS 8.1 verfügbar

Das in der vergangenen Ausgabe von „Forschung & Lehre“ angekündigte Update des Betriebssystems OS 8 steht inzwischen im Internet zum kostenlosen Download zur Verfügung. Es findet sich unter <http://www.apple.de> der Link auf die entsprechende URL.

Quelle: Apple, 3. März 1998

Rochus Wellenbrock  
E-Mail: [wellenbrock@forschung-und-lehre.de](mailto:wellenbrock@forschung-und-lehre.de)

## Aus der Forschung

### Kein Schutz durch Sonnencreme

Herkömmliche Sonnencremes mit UV-B-Filter bieten nach neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen keinen wirksamen Schutz gegen Hautkrebs. Zwar eigneten sich die Cremes hervorragend zur Sonnenbrand-Prävention, gegen den auf dem Vormarsch befindlichen Schwarzen Hautkrebs seien sie jedoch machtlos, hieß es kürzlich auf dem Kongreß der American Association for the Advancement of Science (AAAS) in Philadelphia. Der von Ärzten wie auch der Werbung propagierte Hautkrebschutz durch Sonnenmilch sei trügerisch, erklärte die US-Epidemiologin Marianne Berwick vom Sloan-Kettering Cancer Center in New York. Die Befragung von 1.200 Männern und Frauen - davon 650 mit malignen Melanomen - habe ergeben, daß der Cremegebrauch keinerlei Einfluß auf die Krebsentstehung habe. Bei der neuen Generation von Cremes mit

UV-A-Filter ergebe sich aber möglicherweise ein anderes Bild.

Quelle: Deutschlandfunk-Newsletter, 24. Februar 1998

### Entgiftung durch Braunkappe

Ein Speisepilz mit dem Namen Braunkappe soll sprengstoffverseuchte Böden entgiften. Wie die Zeitschrift „Geo“ berichtet, haben Wissenschaftler der Universität Jena in der Braunkappe ein Enzym nachweisen können, das sogar so extrem stabile Stoffe wie den Sprengstoff Tri-Nitro-Toluol, kurz TNT, „knacken“ kann. Auch andere Umweltgifte, z. B. Chlorphenole, können mit dem Enzym abgebaut werden und lassen sich somit für die Entgiftung von Chemieabfällen einsetzen. Der Pilz soll künftig auf rund 3.200 ehemaligen Sprengplätzen, Munitionslagern und Waffenfabriken in Deutschland eingesetzt werden. Bisher mußten die belasteten Böden in einem aufwendigen und teuren Verfahren ausgeglüht werden.

Quelle: Morgenwelt, 24. Februar 1998

### Umweltsünder?

Gaslampen des 19. Jahrhunderts haben mittelalterliche Buchmalereien beschädigt. Das vermuten britische Chemiker, nachdem sie eine byzantinische Handschrift der British Library untersuchten. Das Dokument aus dem frühen 13. Jahrhundert war an mehreren Stellen der farbenprächtigen Illustrationen schwarz geworden. Bei ihren Untersuchungen stellten die Wissenschaftler fest, daß sich die Farbe Bleiweiß durch den Kontakt mit Schwefelwasserstoff verändert hatte. Schwefelwasserstoff entsteht vor allem bei der Verbrennung von Kohle oder Gas. Die Wissenschaftler glauben deshalb, daß die Gaslampen, mit denen die Londoner Bibliothek im letzten Jahrhundert beleuchtet wurde, die Übeltäter waren.

Quelle: Morgenwelt, 23. Februar 1998

### Weltraum-Detektiv

Das Steinbeis-Transferzentrum Raumfahrt hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Raumfahrtssysteme der Universität Stuttgart ein System entwickelt, mit dem sich gestohlene Autos vom Weltall aus deaktivieren lassen. Es soll näch-



Am 26. Februar verdunkelte gegen 16.45 Uhr MEZ der Mond die Sonne über Südamerika. Für ca. vier Minuten wurde dabei in einem etwa 150 Kilometer langen Streifen, der sich vom Pazifik über Kolumbien, Venezuela, die Karibik bis fast zu den Kanaren erstreckt, der Tag zur Nacht (s. Bild unten). Das obere Bild entstand vor der Finsternis.

Quelle: Deutschlandfunk-Newsletter, 26. Februar 1998, Fotos: [www.solar-eclipse.org](http://www.solar-eclipse.org)

stes Jahr an Bord der Raumstation gebracht werden und könnte schon 2000 in Betrieb gehen. Dank der heute in fast jedem Auto vorhandenen Elektronik ist es verhältnismäßig einfach, ein Autofahreruntüchtig zu machen, ohne es zu zerstören. „Jedes Fahrzeug erhält einen Empfänger mit einer Art Seriennummer. Falls das Auto gestohlen wird, wird die Nummer an die Raumstation gesendet und diese sendet ein für das Auto individuelles Signal, so daß die Fahrzeugelektronik ausgeschaltet wird, so Felix Huber vom Steinbeis-Transferzentrum. Falls der Wagen gerade fährt, rollt er langsam aus und bleibt stehen. Um Mißbrauch und Irrtümer auszuschließen, werden alle Meldungen mehrfach überprüft und nur verschlüsselt übertragen. Die Raumstation hat den Vorteil, relativ niedrig zu fliegen, so daß keine so große Sendeleistung nötig ist wie etwa bei Satelliten für Funktelefone.“

Quelle: Deutschlandfunk-Newsletter, 27. Februar 1998

## Schlaf im Dunkeln

Wer bei Licht schläft, bringt seine biologische Uhr durcheinander. Schon die nicht ausgeknipste Leselampe in der Nacht könne den eigenen Tag-Nacht-Rhythmus empfindlich stören. Das schreiben Forscher der nationalen Gesundheitsinstitute der USA in „Science“. Das nächtliche Licht wirkt demnach wie ein Schalter, der die Produktion von Melatonin herunterfährt. Dieses Molekül spielt eine entscheidende Rolle bei der Einstellung der biologischen Uhr von Wirbeltieren, einschließlich des Menschen. Normalerweise wird während des Schlafes besonders viel Melatonin ausgeschüttet. Dies ist aber bei nächtlicher Beleuchtung nicht der Fall, wie die US-Forscher herausfanden. Dann sei die Aktivität eines Enzyms drastisch reduziert, ohne das kein Melatonin gebildet werden könne.

Quelle: Deutschlandfunk-Newsletter, 27. Februar 1998

## Heilsensor

Ein Sensor, klein wie eine Stecknadel, kann ermitteln, ob gebrochene Knochen wieder verheilt sind. Das Gerät, das den Arzt bei der Diagnose unterstützen soll,

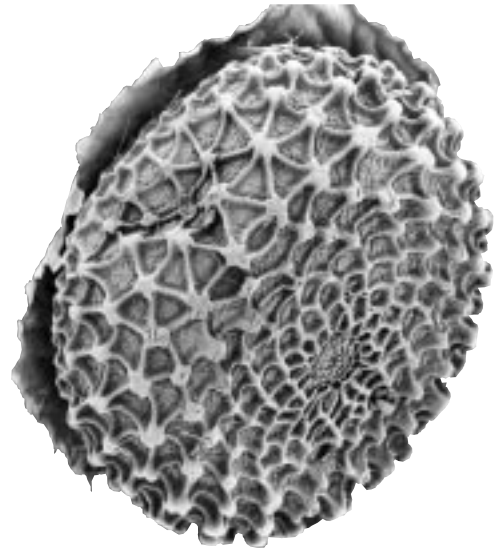
hat der deutsche Physiker Werner Schomburg entwickelt. Es wird zusammen mit Stahlschrauben oder -platten bei schweren Brüchen eingesetzt. Gerade bei kindlichen Knochen ist es wichtig, die Stahlstütze so schnell wie möglich zu entfernen, wenn der Knochen verheilt ist. Der kleine Sensor kann diese Heilung signalisieren. Dazu werden Ultraschall-Wellen durch das betreffende Körperteil geschickt, die den Knochen und den Sensor vibrieren lassen. An der Stärke der Vibration kann der Arzt erkennen, wie schnell der Knochen verheilt.

Quelle: Morgenwelt, 20. Februar 1998

## Süß und unschuldig

Karies kann leichter durch gekochte Stärke als durch Zucker ausgelöst werden. Darauf deutet jedenfalls eine Studie der Universität von New York hin, die sich der Milchsäureproduktion in der Mundhöhle beim Verzehr verschiedener kohlenhydrathaltiger Lebensmittel gewidmet hat. Die Untersuchung rüttelt damit an der gängigen Überzeugung, daß das, was süß und klebrig ist, stärker kariesfördernd sein muß als nicht-klebrige Speisen. Karies entsteht, wenn Bakterien in den Zahnbelägen anhaltend Säure produzieren. Für die Testreihe der New Yorker Studie wurde gemessen, wie lange Kohlenhydrate der Testprodukte nach dem Verzehr in der Mundhöhle verbleiben und wie hoch die Säureproduktion ist. Unmittelbar nach dem Verzehr sorgten die Süßwaren bei den Testpersonen für die höchsten Milchsäurewerte. Nach zwei Stunden sah die Reihenfolge allerdings anders aus: Während die zuckerhaltigen Produkte die Mundhöhle verhältnismäßig schnell verlassen und die Säureproduktion damit deutlich abnimmt, haben Lebensmittel, die gekochte Stärke enthalten, eine relativ lange Verweildauer. Gekochte Stärke wird im Mund über verschiedene Zwischenprodukte zu Glukose abgebaut, durch die schließlich die Säureproduktion deutlich verlängert wird.

Quelle: dpa-Wissenschaftsdienst, 6. Februar 1998



In einem öffentlichen Work-Shop haben Professoren und Studenten der Zoologie an der Universität Frankfurt ihre gesammelten Fakten zum Thema „Ei“ präsentiert. Gezeigt wurde auch diese rasterelektronenmikroskopische Aufnahme der Eierschale eines Schmetterlings (Bläuling).

Foto: W. Gnatzy, Universität Frankfurt

## Urschrei

Den Schrei eines Dinosauriers haben Wissenschaftler des New Mexico Museum of Natural History and Science im US-amerikanischen Albuquerque nachmodelliert. Das Ergebnis ihrer Forschungen am Parasaurolophus läßt sich über das Internet anhören:



<http://www.nmmnh-abq.mus.nm.us/nmmnh/soundsandimages.html>

Quelle: dpa-Wissenschaftsdienst, 6. Februar 1998

## Leserforum

### Mündige Bürger

Zuschrift zum Beitrag „Proteste wie ein Flächenbrand“ von U. Schlicht in F&L 1/98, S. 4ff.

Im Aufsatz von Herrn Schlicht sind sicherlich viele gravierende Punkte der hiesigen Hochschul-Problematik angesprochen. Allerdings ist man als Erwachsener überrascht, wenn man liest, daß „viele der Erstsemester...mit der „Härte“ (Anf.-Zeich. v. Unterzeichn.) des Alltagsrechnens konfrontiert [werden]“. Es handelt sich doch um 20jährige mündige(!) Bürger, die u. a. in Wahlen über Wirtschaftsfragen mitentscheiden. Herr Schlicht scheint mir aber insofern richtig beobachtet zu haben, als hierzulande Tendenzen vorhanden sind, Kindsituationen möglichst zu perpetuieren, z. B. Unvertrautheit mit Realitäten, Abschirmung vor Unbilden des Lebens. Daraus folgt dann die oft zu beobachtende Haltung, selbstverständlich das zu bekommen, was man jeweils wünscht und - wenn man das Gewünschte nicht erhält - das Wehklagen. Für die Zukunft unseres Landes wäre eine generelle Bereitschaft besser, schwierige Gegebenheiten aus eigener Kraft zu meistern und diese nicht als Härte, sondern positiv als Chance zu empfinden. Wir sollten diese Bereitschaft auch an unsere Kinder in Erziehung, Bildung und Ausbildung weitergeben.

Univ.-Professor Dr.-Ing. H.H. Franzke,  
Technische Universität Berlin

### Widerspruch

Zuschrift zum Beitrag „Fragen an Theodor Berchem“ in F&L 1/98, S. 12 f.

Die Antworten des Präsidenten Berchem fordern Widerspruch heraus.

- Nicht „vermeintliche Probleme“, sondern die durch die Haltung deutscher Professoren verursachte Verlängerung der Studiendauer ist m. E. das primäre Hindernis für ein Auslandsstudium.
- Zum „Praxisbezug“ wäre unabhängig vom Auslandsstudium zu sagen, daß ein

Studium zumindest in den Geisteswissenschaften nicht praktische Tätigkeiten vermitteln soll, sondern allein die Fähigkeit, Probleme der Praxis mit wissenschaftlichen Methoden zu lösen.

● Die Übernahme des Slogans streiken der Studenten „Wissenschaftsförderung statt Eurofighter“ empfinde ich als stillos: Unabhängig davon sollte man von Hochschullehrern Abstinenz im Verteilungskampf erwarten. Ausgaben für Verteidigung können nur vom Staat getragen werden, Wissenschafts- und Bildungsfinanzierung verlangen demgegenüber auch Eigenbeteiligung.

● Die Einführung von Bachelor- und Master-Abschlüssen scheint mir keine Alternative zu sein. Zur Studienzeitverkürzung könnte eher eine Abschaffung der Zwischenprüfung und die Schaffung der Voraussetzungen für den Diplomabschluß nach sechs Semestern beitragen, der dann dem angelsächsischen Master gleichzusetzen wäre.

● Leider wird das wirklich sehr löbliche Bekenntnis von Präsident Berchem zur deutschen Sprache aufgeweicht durch die Befürwortung von „ausländer-(und nicht „auslands-“)orientierten Studiengängen.

Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Oswald Hahn (em.), Universität Erlangen Nürnberg

### Hochschultypen

Zuschrift zum Beitrag „Akademische Freiheit in Zeiten des Sparens“ von U. Karpen in F&L 1/98, S. 24ff.

Die Verwaschung der klassischen Typen von Hochschulen, Universitäten, Polytechnica oder Technischen Hochschulen und Fachhochschulen hat zu einer Nivellierung des Niveaus geführt. Wir müssen den Mut haben, diese drei Typen von Hochschulen wieder ihrer ursprünglichen Bedeutung zuzuordnen. Und man sollte auch den Mut haben, zu jedem dieser drei Typen Elitehochschulen zu schaffen, wie das in anderen Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den USA sehr erfolgreich praktiziert wird.

Ich habe den Eindruck, daß die Grundlagenforschung, wenn sie durch Drittmittel aus der Industrie gefördert wird, hier doch in Richtung der augenblicklichen Bedürfnisse der Industrie, die ja relativ kurzfristig plant (ca. 5 Jahre), gedrängt wird. Dagegen sollte gerade die Förderung der Grundlagenforschung

unabhängig von temporären, wirtschaftlichen Interessen sein. Es muß unbedingt sichergestellt sein, daß hinreichend viele Fördergelder für die Grundlagenforschung zur Verfügung stehen.

Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. K. W. Roggenkamp, Universität Stuttgart

### Lernerfolg

Zuschrift zum Beitrag „Geschichte und Zukunft der Vorlesung“ in F&L 2/1998, S. 60ff.

Dem Beitrag kann ich voll zustimmen. Während meiner beratenden Tätigkeit in der ärztlichen Fortbildung haben wir systematisch mehr als 400 Vorträge nach einer Kriterienliste bewertet, die alle von Apel angeführten Punkte und einige weitere erfaßt. Bei einem großen Teil haben wir zusätzliche Befragungen der jeweils etwa 250 Teilnehmer mit sehr großen Rücklaufquoten erfaßt und wissenschaftlich ausgewertet. Daraus ergab sich, daß der bestimmende Faktor für die Bewertung des Vortrags die von den Teilnehmern konstant angenommene Relevanz des Themas war. Diese wirkte sich auch auf den von den Teilnehmern selbst eingeschätzten Lernerfolg aus, der nicht mit dem durch Arbeitsblätter erfaßten Wissen übereinstimmte. Die ärztliche Fortbildung hat die Möglichkeit, den Erfolg einer Veranstaltung unmittelbar danach in der Praxistätigkeit zu messen. Die auswertbaren Nachuntersuchungen konnten übereinstimmend keine Änderung der Praxistätigkeit auf den in den Fortbildungsveranstaltungen durch Vortrag und Diskussion vermittelten Gebieten nachweisen. Die Bewertung der Vorlesung durch Studenten ist daher wissenschaftlich von geringem Wert, sie hat politische Bedeutung und wurde in Nordamerika nicht hinreichend evaluiert. Qualitätszirkel für Lehre und Lernen könnten eine gültige Bewertung vornehmen.

Ein grundsätzlicher Mangel der deutschen Ausbildung, besonders in der Medizin, ist die Beschränkung auf verbale Vermittlung und Demonstrationen. Die kognitive Psychologie hat gelehrt, daß ein großer Teil der Fertigkeiten in der Entscheidungsfindung nur durch verantwortliches Handeln im Berufsfeld erworben werden kann.

Univ.-Professor Dr. med. Hans Renschler (em.), Bonn



## Neue Veröffentlichungen

### Systemvergleich

**Andreas M. Rothfuß, Hochschulen in den USA und in Deutschland; Ein Vergleich aus ökonomischer Sicht. Nomos Verlag, Baden-Baden 1997, 300 Seiten, 79,- DM.**

Zu einem hochaktuellen Thema wird eine Untersuchung mit vielen interessanten Einblicken vorgelegt. Die umfangreiche Arbeit will aus einer ökonomischen Perspektive die Handlungsrechte der deutschen und der amerikanischen Hochschulen hinsichtlich ihrer Professoren und Studenten sowie der Hochschulfinanzierung vergleichen und die Steuerungsmechanismen in diesem Zusammenhang aufzeigen. Zu jedem dieser Teilaspekte enthält die Arbeit jeweils eine Analyse des amerikanischen postsekundären Systems und des deutschen tertiären Bereichs sowie eine vergleichende Gegenüberstellung.

Erkennbar ist der Autor mit den wirtschaftlich-strukturellen Aspekten seiner Themenstellung und mit der zugehörigen Literatur gut vertraut, und hier liegen die methodischen und inhaltlichen Stärken seiner Untersuchung. Erfreulicherweise geht er von der Gesamtheit amerikanischer Institutionen aus und beschränkt sich nicht auf die in der deutschen Diskussion bevorzugt behandelten Forschungsuniversitäten der *American Association of Universities* (AAU). Und aus dem Geist - und den Publikationen - der Carnegie-Arbeitsgruppen aus den 1970er und 1980er Jahren übernimmt er die Klassifizierungen von höheren Bildungsstätten; diesen stellt er die gesetzlich definierten deutschen tertiären Einrichtungen gegenüber. Für einzelne Fragestellungen werden regionale und andere Parameter herangezogen. Damit schafft Rothfuß sich ein überschaubares Raster für verschiedene Ansätze des Vergleichs und spitzt die Parameter seiner Untersuchungen auf makroökonomische sowie auf betriebliche (d.h. auf die Hochschulen bezogene) Aspekte der Finanzierung und des Management zu. Im abschließenden fünften Kapitel des Bu-

ches werden wesentliche Probleme deutlich, die sich aus der Übernahme amerikanischer Vorstellungen des Bildungs-Managements in eine deutsche Reform ergeben müßten.

Die Gegenüberstellungen von kaufmännischer Buchführung und Betriebsrechnungen in USA und des überwiegend kameralistischen Systems im deutschen Hochschulwesen, sowie die vielfältigen Verfahren samt Kosten- und Einnahmenstrukturen der Bildungsinstitutionen, und nicht zuletzt die unterschiedlichen semantischen Bedeutungen eines Begriffs wie „Haushalt“ oder „Finanzierung“ sollten allen denen zur Pflichtlektüre gemacht werden, die von mehr wirtschaftlicher Selbständigkeit und Markt-orientierung deutscher Hochschulen als einem Desideratum schwärmen.



Als Anregung für die deutsche Reformdiskussion bedarf die Anlage der Untersuchung allerdings einiger weiterer Überlegungen.

Die vorgestellten strukturellen Gegebenheiten sind auch ein Ergebnis sehr unterschiedlicher Grundüberzeugungen und Entwicklungen, die weit über die wirtschaftliche oder organisatorische Effizienz eines Systems oder seiner Verfahren hinausgehen. So schafft das amerikanische Hochschulwesen als ein (in der Regel gemeinnütziges) Dienstleistungsgewerbe zwar die marktwirtschaftlichen Gegebenheiten, die Rothfuß so gut beleuchtet. Aber es gehören dazu der amerikanische Begriff und die Inhalte der „*Education*“, die für den hier zu kommentierenden Zusammenhang ganz etwas anderes bedeuten als in der deutschen Literatur zur Reform „Bildung“ oder „Ausbildung“. Hier wäre Allan Bloom wieder einmal zu zitieren und wäre auf amerikanische Spezifika deutli-

cher hinzuweisen: Die inhaltliche und strukturelle Trennung von *undergraduate education* und *graduate education*, auch im Begriff der *post-secondary institutions* (gegenüber dem deutschen „tertiären“ Bildungssektor); das 4-Jahres-College, das entweder als *Baccalaureate College* oder als eigenständiger, erzieherischer und fachlicher Teil der *university* typisch ist. Die „Individualität“ der einzelnen Hochschulen, die sich in der Vielfalt von „*educational programs*“ und Abschlüssen, allerdings auch im Wettbewerb mit institutionellen Hierarchien = Rangordnungen, zeigt und durch die *Accreditation* oder Zugangskonkurrenz beweist.

### Weitere Parameter

Amerikanische Modelle für die deutsche Bildungsreform haben schon vor 30 Jahren zu Mißverständnissen geführt. Weitere Parameter wären daher notwendig, wenn die Arbeit von Rothfuß als Anregung für Reformen gedacht ist; es fehlen oder sind zu knapp vorgestellt: Die Zielgruppe und Wirkung ausländischer Studenten; Die komplexen Verfahren der Äquivalenzen (Institutionen, Curricula und Qualifikationen); Moderne Technologien, namentlich das Internet und die vielen online-Anwendungen; Die zumindest als Grenzbereich der deutschen Hochschule zuzuordnende Betreuung und Verwaltung durch die Studentenwerke und Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Fachverband; Der Gebrauch möglichst einheitlicher Bezeichnungen für beide Bildungssysteme kann zu Mißverständnissen führen, ein Glossar würde vermutlich zeigen, daß der Autor die komplexen Realitäten durchaus sieht.

Jeder Versuch, die ungeheuer breite Palette des amerikanischen Bildungswesens zu erfassen und bewertend zu vergleichen, stößt nahezu zwangsläufig an Grenzen und auf Kritik. Gerade deshalb ist nachdrücklich zu loben, daß und wie Rothfuß sich auf die von ihm erklärbare Sicht konzentriert und darin wertvolle Erkenntnisse vermittelt. Für die Diskussion von Reformen, von Bachelor- und Master-Graden des amerikanischen Typs und die vielfältigen Konsequenzen und den wahrscheinlichen Reparaturbedarf in den bilateralen Zusammenhängen sollten freilich andere Autoren und Praktiker die Arbeit von Rothfuß ergänzen.

Dr. Dr. h. c. Ulrich Littmann, Bonn



## Bücher über Wissenschaft

Otto A. Böhrner, Als Schopenhauer ins Rutschen kam. Kleine Geschichten von großen Denkern, C. H. Beck Verlag, München 1997, 210 Seiten, 19,80 DM.

Hans-Werner Eroms / Horst Haider Munske (Hg.), Die Rechtschreibreform - Pro und Kontra, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1997, 264 Seiten, 29,80 DM.

Bärbel Frischmann / Georg Mohr (Hg.), Erziehungswissenschaft - Bildung - Philosophie, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997, 168 Seiten, 38,- DM.

Renate Girmes (Hg.), Modernisierungsdruck als Bildungschance? LIT-Verlag, Münster 1997, 240 Seiten, 39,80 DM.

Tijs Goldschmidt, Darwins Traumsee. Nachrichten von meiner Forschungsreise nach Afrika, C. H. Beck Verlag, München 1997, 349 Seiten, 48,- DM.

Arnold Hermanns / Anton Glogger, Management des Hochschulsponsoring. Orientierungshilfen für die Gestaltung und Umsetzung von Sponsoringkonzepten an Hochschulen, Luchterhand Verlag, Neuwied 1998, 156 Seiten, 28,- DM.

John Horgan, „An den Grenzen des Wissens“. Siegeszug und Dilemma der Naturwissenschaften, aus dem Amerikanischen von Thorsten Schmidt, Luchterhand Verlag, Neuwied 1997, 463 Seiten, 46,- DM.

Detlef Horster, Niklas Luhmann, C. H. Beck Verlag, München 1997, 221 Seiten, 24,- DM.

Bernhard Irrgang, Forschungsethik. Gentechnik und neue Biotechnologie. Entwurf einer anwendungsorientierten Wissenschaftsethik unter besonderer Berücksichtigung von gentechnologischen Projekten an Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart 1997, 411 Seiten, 96,- DM.

Peter Janich, „Das Maß aller Dinge“. Protophysik und Raum, Zeit und Materie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1997, 340 Seiten, 24,80 DM.

Kommission zur Neuordnung der Lehrerbildung an Hessischen Hochschulen, Neuordnung der Lehrerbildung, Verlag Leske + Budrich, Leverkusen 1997, 160 Seiten, 28,- DM.

Karl Lewin, Die Schnittstelle zwischen Schule und Studium aus der Sicht von Studienberechtigten und Studienanfängern, HIS-Kurzinformation, Dezember 1997, zu beziehen über HIS, Gosseriede 9, 30159 Hannover, mit dem Kennzeichen A 18/97.

Karl Lewin / Ulrich Heublein / Dieter Sommer, Studienaufnahme 1996/97: Über die Hälfte der Studienanfänger an Fachhochschulen hat das Abitur, HIS-Kurzinformation, Dezember 1997, zu beziehen über HIS, Gosseriede 9, 30159 Hannover, mit dem Kennzeichen A 17/97.



Mein Deutschlandbild. Ausländische Preisträger und Preisträgerinnen des DAAD erzählen von ihren Erfahrungen in Deutschland, hg. vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, 1998, 223 Seiten, auf schriftliche Anfrage bei der Pressestelle des DAAD, Kennedyallee 50, 53175 Bonn, kostenlos zu beziehen.

Beate Lohnert / Manfred Rolfes, Handbuch zur Evaluation von Lehre und Studium an Hochschulen. Ein praxisorientierter Leitfaden, hg. von der Zentralen Evaluationsagentur der niedersächsischen Hochschulen (ZEvA), Hannover 1997, 15,- DM zu beziehen über ZEvA, Wilhelm-Busch-Str. 22, 30167 Hannover.

Ulrich Mählert (Hg.), Vademecum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Verlag Leske + Budrich, Leverkusen 1997, 352 Seiten, 48,- DM.

Sibylle Reinhardt / Elke Weise (Hg.), Allgemeine Didaktik und Fachdidaktik, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997, 249 Seiten, 48,- DM.

Götz Schindler, „Frühe“ und „späte“ Studienabbrecher, hg. vom Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, Prinzregentenstr. 24, 80538 München, Tel. 089/21234405, dort gegen Schutzgebühr zu beziehen.

Roland Wagner-Döbler, Wachstumszyklen technisch-wissenschaftlicher Kreativität. Eine quantitative Studie unter besonderer Beachtung der Mathematik, Campus Verlag, Frankfurt 1997, 282 Seiten, 68,- DM.

Erhard Wicke / Wolfgang Neuser / Wolf Dietrich Schmied-Kowarik (Hg.), Menschheit und Individualität. Zur Bildungstheorie und Philosophie Wilhelm von Humboldts, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1997, 203 Seiten, 44,- DM.

Klaus Dieter Wolff (Hg.), Autonomy and External Control. The University in Search of the Golden Mean. Erfurter Beiträge zur Hochschulforschung und Wissenschaftspolitik Bd. 2, 183 Seiten, 38,- DM.

## Aus der Rechtsprechung

### Beihilfekürzung

Der Kläger, ein pensionierter Hochschullehrer, bezog neben der Beamtenversorgung Rente von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Von dieser erhielt er darüber hinaus einen Beitragszuschuß zu seiner privaten Krankenversicherung. Die für den Kläger als pensionierten Beamten geltenden Beihilfenvorschriften legten für den Fall des Bezugs eines solchen Zuschusses fest, daß ab einer bestimmten Höhe dieses Zuschusses der Beihilfebemessungssatz sich um 10 Prozent verringerte. Um diese Folge zu vermeiden, verzichtete der Kläger teilweise auf den Zuschuß. Nach der Auffassung der zuständigen Beihilfbehörde war dieser Beitragsverzicht aber unbeachtlich mit der Folge, daß der Beihilfebemessungssatz zu mindern sei.

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, daß der vom Kläger wirksam erklärte Verzicht nicht zu einer Minderung des Beihilfebemessungssatzes führe. Es sei nur auf den tatsächlichen Beitragszuschuß, nicht aber auf den, den der Kläger ohne Verzicht erhalten könne, abzustellen. Es ergebe sich auch aus der (nachwirkenden) beamtenrechtlichen Treuepflicht keine Verpflichtung des Klägers, von der ihm nach dem Sozialrecht freistehenden Möglichkeit des teilweisen Beitragsverzichts keinen Gebrauch zu machen bzw. sich so behandeln zu lassen, als ob er nicht verzichtet hätte.

(Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 16. Oktober 1997 - BVerwG 2 C 10.97)

### Unwirksame Befristung

Der promovierte Kläger war seit den 80er Jahren aufgrund eines unbefristeten Arbeitsvertrages wissenschaftlicher Assistent an einer Pädagogischen Hochschule in der damaligen DDR. Sein Arbeitsverhältnis ging 1993 nach Auflösung der Hochschule auf die beklagte Universität über. Nach Übergang des Arbeits-

verhältnisses schlossen der Kläger und die Universität einen Arbeitsvertrag, nach dem der Kläger vom 1. Januar 1994 bis zum 31. Dezember 1996 als vollbeschäftigter wissenschaftlicher Assistent beschäftigt werde. Eine Änderung der von dem Kläger wahrgenommenen Aufgaben erfolgte nicht. Mit seiner Klage machte der Kläger geltend, die Befristung seines Arbeitsvertrages sei unwirksam.

Das Landesarbeitsgericht hat der Klage stattgegeben, ein die Befristung sachlich rechtfertigender Grund liege nicht vor. Da der Kläger als wissenschaftlicher Assistent weiterbeschäftigt worden sei, hätten die Bestimmungen der §§ 57 b ff. des Hochschulrahmengesetzes, auf die in dem Arbeitsvertrag Bezug genommen worden sei, keine Anwendung finden können. Diese Befristungsgründe gälten nur für befristet beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiter, was der Kläger unstreitig nicht sei. Auch könne die Befristung nicht auf die Bestimmung gestützt werden, die das Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnis von wissenschaftlichen Assistenten regelt. Die entsprechende Bestimmung komme für die Befristung eines langjährig bestehenden Rechtsverhältnisses eines wissenschaftlichen Assistenten nicht in Betracht. Sie erlaube nur die erstmalige Begründung und einmalige Verlängerung eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem wissenschaftlichen Assistenten. Auch mangels anderer von der Rechtsprechung anerkannter Befristungsgründe erweise sich die Befristung als unwirksam.

(Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 26. Februar 1997 - 3 Sa 917/95 - rechtskräftig)

### Versetzung in den Ruhestand

Der Kläger hatte vor Erreichen der regulären Pensionsaltersgrenze seine Versetzung in den Ruhestand beantragt. Diesem Antrag war stattgegeben worden, und ihm war die Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand zugestellt worden. Hiernach nahm der Kläger seinen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand zurück. Sein Dienstherr hielt jedoch an der antragsgemäß erfolgten Versetzung in den Ruhestand fest.

Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts ist der Kläger hierdurch

nicht in seinen Rechten verletzt worden. Durch die aufgrund seines eigenen Antrags erfolgte Versetzung in den Ruhestand sei er nicht in seinen Rechten verletzt worden. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die Vorschriften des Beamtenrechts über die Versetzung in den Ruhestand den Beamten auch gegen seinen wirksam erklärten Willen schützen sollten. Der Beamte könne dem antragsgemäß ergangenen Verwaltungsakt, der Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand, nachträglich durch Rücknahme seines Antrags nicht die Rechtsgrundlage entziehen. Es entspreche dem Grundsatz möglicher Rechtsbeständigkeit von Verwaltungsakten, die den beamtenrechtlichen Status bestimmen, daß ein dafür maßgebender Antrag nur bis zum Ergehen, also bis zur Bekanntgabe des den Status bestimmenden Verwaltungsaktes vom Betroffenen zurückgenommen werden könne.

(Bundesverwaltungsgericht, Beschluß vom 17. September 1996 - BVerwG 2 B 68.96)

### Nachversicherung

Der Kläger war auf eigenen Antrag aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden. Er wandte sich dagegen, daß er zwar in der gesetzlichen Rentenversicherung, hingegen nicht in der Zusatzversorgung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder nachversichert wurde.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof ist zu dem Ergebnis gelangt, daß ein Anspruch auf Nachversicherung unter allen dafür in Betracht kommenden Gesichtspunkten nicht bestehe. Insbesondere der Versorgungs-Tarifvertrag für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes sei keine Anspruchsgrundlage. Auch sei keine verfassungswidrige Ungleichbehandlung und kein Verstoß gegen den in Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verankerten Gleichheitssatz, im Vergleich zu den Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes, festzustellen.

(Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluß vom 24. Juli 1997 - 3 ZB 97.1613)

Henning Tüffers

Die Entscheidungen der Rubrik "Aus der Rechtsprechung" können in vollem Wortlaut über den Materialservice von Forschung & Lehre (s. dritte Umschlagseite) bezogen werden.

## Steuerrecht aktuell

### Volkshochschulkurs

Aufwendungen eines Steuerpflichtigen für die Teilnahme am Volkshochschulkurs für Englische Konversation sind selbst im vorliegenden Fall eines nicht-selbstständig tätigen Diplom-Ingenieurs keine Fortbildungskosten, wenn Englisch im ausgeübten Beruf teilweise Arbeitssprache ist oder auf dienstlichen Auslandsreisen ständig gesprochen wird. Auch die Bescheinigung des dienstlichen Interesses durch den Arbeitgeber reicht nicht aus. Das Erlernen einer gängigen Fremdsprache betrifft i. d. R. die allgemeine Lebensführung. Sich an Gesprächen allgemeinen Inhalts auch in einer fremden Sprache beteiligen zu können, ist eine Fähigkeit, die dem Bereich der allgemeinen Lebensführung (persönlichen Bereicherung, usw.) angehört, mag sie auch den Umgang mit Berufskollegen erleichtern oder der Kontaktpflege mit Geschäftspartnern förderlich sein.

(Finanzgericht München, Urteil vom 26. September 1997 - 8 K 642/95 - rechtskräftig)

### Prüfungen

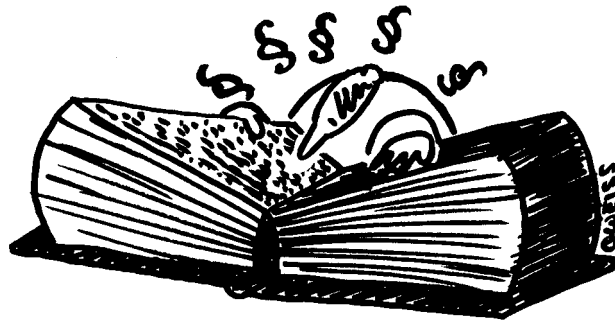
Aufwandsentschädigungen für nebenberufliche Tätigkeiten als Ausbilder oder für eine vergleichbare Tätigkeit im Dienst oder Auftrag einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts sind bis zu 2.400,- DM steuerfrei. Anerkannt als eine solche dem Ausbilder vergleichbare Tätigkeit hat der Bundesfinanzhof die selbstständige Prüfungstätigkeit von Professoren, da zur Ausbildung auch die Kontrolle des erlangten Wissens gehöre und auf andere Menschen durch persönlichen Kontakt Einfluß genommen werde. Die Mitwirkung eines Assistenten bei der Korrektur von Zwischenprüfungsarbeiten sei jedoch nicht mit der Tätigkeit des Professors vergleichbar. Sie diene lediglich der Vorbereitung und bedürfe der Überprüfung durch den Professor; außerdem mänge-

le es auch an einem Kontakt zu den Auszubildenden. Somit seien Vergütungen eines Assistenten für die Mitwirkung an Klausur-Korrekturen nicht steuerfrei.

(Finanzgericht München, Urteil vom 29. April 1997 - 2 K 2893/94 - rechtskräftig)

### Doppelte Haushaltsführung

Einer Pressemitteilung zufolge hat der Bundesfinanzhof entschieden, daß die zum 1. Januar 1996 in Kraft getretene zeitliche Begrenzung auf höchstens zwei Jahre für die sog. doppelte Haushaltsführung verfassungsgemäß sei. Die Begrenzung bezieht sich auf den Abzug von notwendigen Mehraufwendungen, die dem Arbeitnehmer wegen einer - bereits vor



dem 1. Januar 1996 - aus beruflichem Anlaß begründeten doppelten Haushaltsführung entstehen. Sobald das Urteil veröffentlicht ist, wird es besprochen.

(Pressemitteilung vom 26. Februar 1998: Bundesfinanzhof, Urteil vom 5. Dezember 1997 - VI R 94/96)

Eine doppelte Haushaltsführung liegt vor, wenn der Arbeitnehmer außerhalb des Ortes, in dem er einen eigenen Haushalt unterhält, beschäftigt ist und auch am Beschäftigungsort wohnt. Eine doppelte Haushaltsführung ist jedoch zu verneinen, wenn eine Nichtverheiratete mit ihrem Lebensgefährten über fünf Jahre am Beschäftigungsort eine gemeinsame Wohnung nutzt, die in ihrer Größe und Ausstattung wesentlich die von ihr und ihrem Sohn an den Wochenenden und Feiertagen bewohnten Räume im elterlichen Haus am Heimatort übertrifft. Bei nichtverheirateten Arbeitnehmern spreche - wie es bereits der Bundesfinanzhof entschieden hat - vieles dafür, daß, je länger diese einer auswärtigen Beschäftigung nachgingen, der Mittelpunkt der

Lebensinteressen und die eigentliche Haushaltsführung an den Beschäftigungsort verlegt worden seien. Sollte die Wohnung am Beschäftigungsort die am Heimatort übertreffen, so könne dies ein Indiz dafür sein, daß der Lebensmittelpunkt an den Beschäftigungsort verlegt worden sei und dort der Haupthausstand geführt werde. Die Abwägung der Umstände des Einzelfalls ergab im vorliegenden Fall die Ablehnung der doppelten Haushaltsführung.

(Finanzgericht Baden-Württemberg, Außensenate Stuttgart, Urteil vom 15. Juli 1997 - 6 K 96/94 - rechtskräftig)

### Kommunikationskurs

Aufwendungen, die den Beruf oder die Tätigkeit des Steuerpflichtigen fördern und gleichzeitig der Lebensführung dienen, sind nach ständiger Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes nur dann als Werbungskosten anzuerkennen, wenn die berufliche Veranlassung bei weitem überwiegt und private Gesichtspunkte keine oder eine nur untergeordnete Rolle spielen. Bei Kursen, deren

Schwerpunkte im Bereich der zielorientierten Kommunikation liegen, wird nicht hinreichend deutlich, daß private Gesichtspunkte kaum eine Rolle spielen.

Der Kläger erzielte als Chefarzt Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Aufwendungen für den Besuch von drei Kursen für Neuro-Linguistisches Programmieren, die der professionellen Fort- und Weiterbildung mit Schwerpunkt auf den Bereichen zielorientierte Kommunikation, Konfliktmoderation, Teamentwicklung, Führung und Moderation von Gruppen dienten, lehnte das Finanzgericht als Werbungskosten ab. Solche Kurse seien nicht so speziell auf Ärzte zugeschnitten, daß private Gesichtspunkte von vornherein ausgeschlossen seien, zumal derartige Kurse allen Interessenten offenstehen, also keinen homogenen Teilnehmerkreis aufweisen.

(Finanzgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 13. November 1997 - 6 K 1808/97 - rechtskräftig)

Birgit Ufermann

## Aus den Ländern

### BERLIN

Zwei Jahre früher als gesetzlich vorgesehen sind die beiden Universitätsklinik, „Charité“ und „Rudolf Virchow“, mit Beginn des Jahres 1998 zum größten Klinikum Europas mit mehr als 2400 Betten verschmolzen worden. Offen ist weiterhin die Frage, wie die ebenfalls im Gesetz zur Neuordnung der Hochschulmedizin von 1995 vorgesehene schrittweise Senkung der Aufnahmekapazität in der Humanmedizin von 1100 Studienanfängern pro Jahr auf 600 umzusetzen ist. Die Verwaltungsrichter in Berlin halten sie für verfassungswidrig, weil unvereinbar mit der Freiheit der Berufswahl, und lassen daher regelmäßig mehr Studienanfänger zu, als vom noch vorhandenen Personal ordnungsgemäß ausgebildet werden können. Nun liegt das Problem wieder beim Bundesverfassungsgericht. Entschieden hat hingegen das OVG, daß die Immatrikulationsgebühren von DM 100 pro Semester, die durch Haushaltsstrukturgesetz ab dem Wintersemester 1996/97 gezahlt werden müssen, rechtens sind.

In der Frage der Entwicklung neuer Modelle der Leitung, Organisation und Finanzierung sind die Universitäten ein gutes Stück vorangekommen. Alle streben möglichst wenig staatliche Einflußnahme an, doch mußte die HU die Er-

fahrung machen, daß weder die Fachaufsicht, noch gar die Rechtsaufsicht für die Wissenschaftsverwaltung zur Disposition steht. Die Absicht, z. B. Berufungsentscheidungen von der Zustimmung des Staates zu lösen und dem neuen Kuratorium zu übertragen, konnte nicht realisiert werden. Neben dem Wissenschaftssenator, dem Universitätspräsidenten und zwei Professoren sollen dem Gremium weitere fünf Mitglieder angehören, die weder hauptberuflich an der Universität tätig sein noch der Regierung, der Verwaltung oder dem Parlament angehören dürfen. Sie sollen von den drei anderen Statusgruppen sowie den Gewerkschaften und Arbeitgebern nominiert werden.

Im Unterschied zur HU, wo das neue Kuratorium auch Entscheidungskompetenzen haben soll, will die FU es wie einen Aufsichtsrat lediglich als Beratungs- und Kontrollorgan dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und dem Kanzler zuordnen. Dieses starke Präsidialkollegium soll die Professoren berufen und die Haushaltsmittel auf die Fakultäten verteilen. Deren Dekanate (Dekan, Prodekane, Verwaltungsleiter) sollen ähnliche Vollmachten erhalten wie die Universitätsspitze: den Globalhaushalt verwalten und nach Leistungs- und Belastungskriterien verteilen. Dienstleistungen sollen zukünftig an der FU privatrechtlich organisiert werden mit dem Ziel, Einnahmen zu erzielen und Kosten zu senken.

Univ.-Professor Dr. Horst Gies,  
Freie Universität Berlin

### HAMBURG

Hamburg freut sich, daß die an sich traurige Geschichte einer bis ins skurrile überorganisierten, bürokratisierten und dadurch eben komischen Universität im Buch des Anglistik-Kollegen Dietrich Schwanitz „Der Campus“ (Frankfurt, 1994) eine so plastische Darstellung gefunden hat. Das Buch ist ein Erfolg. Die Auflage liegt bei weit über einer halben Million Exemplaren. Jetzt hatte der „Film zum Buch“ Premiere. Auch er verspricht ein Publikumsrenner zu werden. Ob es - im Spiegel des Buches und auf der Basis eines entschlackten, Wettbewerb ermöglichenden Hochschulrahmengesetzes sowie eines dann zu novellierenden Hamburger Hochschulgesetzes -, ob es also gelingt, die „Campus“-Verhältnisse durch Organisationsvereinfachung zu verbessern, ist noch offen.

Im übrigen gibt's in Hamburg nichts zu lachen. Der Sparhaushalt erlegt den Hochschulen den Zwang auf, jede zweite freiwerdende Stelle einzuziehen. Das zwingt zu Radikaloperationen, fördert Überlegungen, ganze Fachbereiche - wie etwa den Theologischen - wegzusparen. So etwas geht an's Mark der Universität. Relativ gut geht's der (guten!) Fachhochschule. Sie erhält ein von Dritten vorfinanziertes und dann geleastes neues Gebäude. Die Technische Universität ist erfolgreich im Einwerben von Drittmitteln. In Stadt und Politik gibt's Streit, ob die TU eine privatgeführte „Elite-Universität“ „bei Fuß“ betreiben darf. Warum sollte man nicht Studiengangehenheiten für Aus- und Inländer schaffen,

### Fulbright-Kommission

## Ehemalige Stipendiaten gesucht

Die deutsch-amerikanische Fulbright-Kommission lädt ihre rund 28 000 ehemaligen Stipendiaten ein, am Aufbau des „Fulbright Family“-Netzwerkes mitzuwirken. Um den Kontakt mit ihren ehemaligen Stipendiaten aufrecht zu erhalten, möchte die Kommission ein Verzeichnis ehemaliger Fulbright-Stipendiaten zusammenstellen. Dieses „Alumni Directory-Projekt“, welches in Zusammenarbeit mit dem German Marshall

Fund of the United States und dem Fulbright Alumni e. V. durchgeführt wird, wird viele verschiedene Zwecke erfüllen; hauptsächlich wird es dazu dienen, Kontakt unter ehemaligen sowie zwischen ehemaligen und jetzigen Stipendiaten herzustellen. Das Verzeichnis soll auch eine aktivere zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Kommission und ihren ehemaligen Stipendiaten ermöglichen. Die Kommission freut sich über jede erneuerte Kontaktaufnahme.

Interessenten können sich unter der folgenden Anschrift melden:

Fulbright-Kommission  
Theaterplatz 1 a  
D-53 177 Bonn

Tel. 0228 / 93569-17 oder 93569-0  
Fax: 0228 / 363130

E-mail: fulkom@uni-bonn.de  
Kontaktperson: James Hoppes

die für gute Lehre auch etwas zu zahlen bereit sind. Was Harvard und Berkeley können, kann Hamburg auch.

Univ.-Professor Dr. Ulrich Karpen,  
Universität Hamburg

## **MECKLENBURG-VOR- POMMERN**

---

Der auf Einladung des Deutschen Hochschulverbandes am 13. Januar 1998 durchgeführte Parlamentarische Abend hatte die Novelle des Hochschulrahmengesetzes in Verbindung mit dem vom Kabinett am 9. Dezember 1997 verabschiedeten Hochschulgesamtplan zum Thema. Die Beteiligung der Landtagsabgeordneten aus den drei Fraktionen übertraf alle Erwartungen. Die Kultusministerin, der Chef der Staatskanzlei und die Rektoren der beiden Landesuniversitäten waren der Einladung ebenfalls gefolgt. Auch einige Studenten nahmen an der Veranstaltung teil.

Die Diskussion konzentrierte sich insbesondere auf die Gefahren, die der

Hochschulverband im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen HRG sieht:

- Die Gefahr einer Zersplitterung der deutschen Hochschullandschaft
- Tendenzen zur Leistungs nivellierung, zur Verschulung und zu einem Leistungsabfall an den Universitäten
- Das Fehlen gesetzlicher Abgrenzungen und eine daraus resultierende Nivellierung von Fachhochschulen und Universitäten.

Der Verzicht von Rahmenvorgaben für die Organisationsstruktur der Hochschulen und Universitäten wurde durchaus auch als Chance künftiger Hochschulpolitik verstanden. Im Kontext des zweiten Punktes wurde die Problematik von Kurzstudiengängen und der Einführung alternativer Studienabschlüsse (Bachelor, Master) besonders intensiv erörtert. Dabei bestand Einvernehmen, daß vor Entscheidungen auf der politischen Ebene dazu ein fundierter Standpunkt an den Universitäten erarbeitet werden muß. Klare Konturen hochschulpolitischer Konzepte der drei Fraktionen waren aus der Diskussion nicht ablesbar, wohl aber die Einsicht in die Notwen-

digkeit einer verstärkten Förderung von Bildung und Wissenschaft. Der Meinungsaustausch verlief kontrovers, aber sachlich und in einer angenehmen Atmosphäre.

Am 24. Februar 1998 hat das Schweriner Kabinett den vom Kultusministerium vorgelegten Anmeldungen zum Rahmenplan für den Hochschulbau zugestimmt. Es handelt sich dabei um 15 Neuanmeldungen von Bauvorhaben für den Zeitraum zwischen 1999 und 2002. Der für den Ausbau der Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern notwendige Investitionsbedarf für die Jahre 1997 bis 2011 wurde mit 2,6 Milliarden DM festgelegt. Bemerkenswert ist auch, daß mit derzeit über 22.000 Studenten (einschließlich Fachhochschulen) die langfristig konzipierte Studienplatz-Zielzahl bereits überschritten ist. In Anbetracht der teilweise miserablen aktuellen Raumsituation ist also der Begriff Überlast auch in Mecklenburg-Vorpommern durchaus kein Fremdwort mehr.

Univ.-Professor Dr. Günther Wildenhain,  
Universität Rostock

## Habilitationen und Berufungen

### THEOLOGIE

Prof. Dr. Irmtraud **Fischer**, *Universität Graz*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C4-Professur für Altes Testament und Theologische Frauenforschung an der Katholischen Fakultät angenommen.

Prof. Dr. Martin **Ohst**, *Universität Jena*, hat einen Ruf an die *Universität-Gesamthochschule Wuppertal* auf eine C4-Professur für Historische und Systematische Theologie an der Evangelischen Fakultät erhalten.

### PHILOSOPHIE UND GESCHICHTE

Prof. Dr. Günter **Abel**, *Technische Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Theoretische Philosophie erhalten.

Dr. Verena **Epp**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich in dem Fach Mittelalterliche und Neuere Geschichte.

Prof. Dr. Bertram **Kienzle**, *Universität Heidelberg*, hat einen Ruf an die *Universität Rostock* auf eine C4-Professur für Philosophie erhalten.

PD Dr. Michael **Maurer**, *Universität Göttingen*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C3-Professur für Kulturgeschichte angenommen.

Dr. phil. Michael **Oberweis**, *Universität des Saarlandes*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Mittlere Geschichte und Historische Hilfswissenschaften erteilt.

Dr. Falk **Wiesemann**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich in dem Fach Neuere und Neueste Geschichte.

Der Rubrik „Habilitationen und Berufungen“ liegen die Angaben aus den Presseverlautbarungen der Universitäten, aus Tageszeitungen und Fachzeitschriften zugrunde. Falls trotz aller Sorgfalt, die auf die Erstellung dieser Rubrik verwandt wurde, eine Angabe fehlerhaft sein sollte, teilen Sie uns dies bitte für eine Korrektur in der folgenden Ausgabe mit. Falls die Rubrik unvollständig ist, sind wir für jeden Hinweis dankbar. Bitte benutzen Sie der Einfachheit halber hierfür unseren Änderungsdienst (s. Seite 215)

### GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Dr. Johannes **Bastian**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf auf eine C3-Professur für Erziehungswissenschaft/Schulpädagogik daselbst angenommen.

Prof. Dr. Margarete **Götz**, *Pädagogische Hochschule Karlsruhe*, hat einen Ruf an die *Universität Münster* auf eine C4-Professur für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Primarstufe abgelehnt.

Dr. Reiner **Grundmann**, *Universität Bielefeld*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Soziologie erteilt.

Prof. Dr. Thomas **Heberer**, *Universität Trier*, hat einen Ruf an die *Universität-Gesamthochschule Duisburg* auf eine C4-Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politik Ostasiens angenommen.

Prof. Dr. Dietmar **Herz**, *Hebräische Universität in Jerusalem*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C3-Professur für Politische Wissenschaft angenommen.

Dr. Hans-Willy **Hohn**, *Universität Bielefeld*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Soziologie erteilt.

Dr. Manfred **Holodynski**, *Universität Bielefeld*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Psychologie erteilt.

Dr. Rudolf **Husemann**, *Universität-Gesamthochschule Duisburg*, habilitierte sich in dem Fach Berufspädagogik mit dem Schwerpunkt Berufliche Weiterbildung.

Dr. Gabi **Löschper**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Sozialpsychologie und Kriminologie.

PD Dr. Georg **Ruhrmann**, *Universität Münster*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Grundlagen der medialen Kommunikation und der Medienwirkung angenommen.

Prof. Dr. Wolfgang **Sander**, *Universität Jena*, hat einen Ruf an die *Universität Gießen* auf eine C3-Professur für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften erhalten.

Prof. Dr. Gudrun **Sartory**, *Universität-Gesamthochschule Wuppertal*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C3-Professur für Verhaltensprobleme und Intervention erhalten.

Dr. phil. Rainer **Schmalz-Bruns** hat einen Ruf an die *Technische Universität Darmstadt* auf eine Professur für Politische Theorie und Politische Soziologie angenommen.

PD Dr. Manfred **Schmitt**, *Universität Trier*, hat einen Ruf an die *Universität Magdeburg* auf eine C3-Professur für Psychologische Methodenlehre, Psychodiagnostik und Evaluationsforschung erhalten.

Dr. Jörg **Stender**, *Universität-Gesamthochschule Duisburg*, habilitierte sich in dem Fach Berufs- und Wirtschaftspädagogik.

Dr. phil. Clemens **Tesch-Römer**, *Universität Greifswald*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Psychologie erteilt.

Prof. Dr. Joachim **Trube**, *Universität-Gesamthochschule Duisburg*, habilitierte sich in dem Fach Soziologie.

### PHILOLOGIE UND KULTURWISSENSCHAFTEN

Prof. Dr. phil. Wolfgang **Adam**, *Universität Osnabrück*, hat einen Ruf an die *Universität Magdeburg* auf eine C4-Professur für Neuere Deutsche Literatur erhalten.

Prof. Dr. Elke **Brüggen**, *Universität Bochum/Bonn*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C4-Professur für Ältere Germanistik, besonders deutsche Literatur des Mittelalters, angenommen.

Prof. Dr. Christa **Buschendorf**, *Universität Bielefeld*, hat einen Ruf an die *Universität Frankfurt* auf eine C4-Professur für Amerikanistik angenommen.

Dr. Gertrude **Cepl-Kaufmann**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich in dem Fach Neuere Deutsche Literaturwissenschaft.

Dr. Jürgen **Court**, *Deutsche Sporthochschule Köln*, habilitierte sich in dem Fach Sportpädagogik.

Prof. Dr. Jürgen **Erfurt**, *Universität Leipzig*, hat einen Ruf an die *Universität Frankfurt* auf eine Professur für Romanische Sprachen und Literatur angenommen.

Prof. Dr. Doris **Feldmann**, *Universität Marburg*, hat einen Ruf an die *Universität Erlangen-Nürnberg* auf eine C4-Professur für Englische Philologie angenommen.

Prof. Dr. Claudia **Finkbeiner**, *Universität Gießen*, hat einen Ruf an die *Universität-Gesamthochschule Kassel* auf eine C3-Professur für Theorie und Praxis des Englischunterrichts angenommen.

Prof. Dr. Horst Albert **Glaser**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, hat einen Ruf an die *Universität Pisa* auf eine Professur für Deutsche Sprache und Literatur angenommen.

Dr. habil. Elke **Hentschel**, *Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)*, hat einen Ruf an die *Universität Osnabrück* auf eine Professur für Sprachwissenschaft des Deutschen erhalten.

Prof. Dr. phil. Manfred **Malzahn**, *National Chung Cheng University, Chia-Yi, Taiwan*, hat einen Ruf an die *United Arabische Emirates University, Al-Ain* auf eine Professur für Englische Literatur angenommen.

Prof. Dr. Marion **Meyer**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C3-Professur für Klassische Archäologie angenommen.

Dr. Andreas **Musolff**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich in dem Fach Germanistische Sprachwissenschaft.

Prof. Dr. Joachim **Pfeiffer** hat einen Ruf an die *Pädagogische Hochschule Freiburg* auf eine C4-Professur für Deutsch erhalten.

Dr. Joachim **Rickes**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich in dem Fach Neuere Deutsche Literaturwissenschaft.

Prof. Dr. Werner **Sasse**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Bochum* auf eine C4-Professur für Koreanistik abgelehnt.

Dr. Sibylle **Schönborn**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich in dem Fach Neuere Deutsche Literaturwissenschaft.

Prof. Dr. Michael **Schwarz**, *Universität Trier*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Dresden* auf eine C4-Professur für Christliche Kunst der Spätantike angenommen.

PD Dr. Gerhard **Wolf**, *Universität Wien*, hat einen Ruf an die *Universität Trier* auf eine C4-Professur für Kunstgeschichte angenommen.

## RECHTSWISSENSCHAFTEN

Dr. Christoph **Becker**, *Universität zu Köln*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Bürgerliches Recht, Römisches Recht und Privatrechtsgeschichte der Neuzeit erteilt.

Prof. Dr. Walter **Gropp**, *Universität Leipzig*, hat einen Ruf an die *Universität Gießen* auf eine C4-Professur für Strafrecht und Strafprozessrecht angenommen.

PD Dr. Christian **Hillgruber**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine C3-Professur für Öffentliches Recht angenommen.

Prof. Dr. Moris **Lehner**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität München* auf eine C4-Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Öffentliches Wirtschafts- und Steuerrecht, angenommen.

PD Dr. Jürgen **Oechsler**, *Universität Saarbrücken*, hat einen Ruf an die *Universität Potsdam* auf eine C4-Professur für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht erhalten.

PD Dr. Volker **Rieble**, *Universität Freiburg*, hat einen Ruf an die *Universität Mannheim* auf eine Professur für Bürgerliches Recht, Arbeitsrecht und Handelsrecht angenommen.

Dr. Ulli F. H. **Rühl**, *Universität Bielefeld*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Öffentliches Recht, Neuere Verfassungsgeschichte, Rechts- und Sozialphilosophie erteilt.

## WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Prof. Dr. Martin **Benkenstein**, *Universität Rostock*, hat einen Ruf an die *Universität-Gesamthochschule Paderborn* auf eine C4-Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing, abgelehnt und einen Ruf daselbst angenommen.

Prof. Dr. Rainer Hans **Dinkel**, *Universität Bamberg*, hat einen Ruf an die *Universität Rostock* auf eine C4-Professur für Demographie und Ökonometrie erhalten.

Prof. Dr. Alfred **Endres**, *FernUniversität Hagen*, hat einen Ruf an die *Universität Augsburg* auf eine C4-Professur für Volkswirtschaftslehre erhalten.

PD Dr. Horst-Dieter **Entorf**, *Universität Mannheim*, hat einen Ruf an die *Universität Würzburg*

auf eine Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Ökonometrie, erhalten.

PD Dr. Andreas **Haufler**, *Universität Konstanz*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaftslehre erteilt.

Prof. Dr. Karl W. **Lauterbach** hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine C4-Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Gesundheitsmanagement erhalten.

Prof. Dr. Clemens **Puppe**, *Universität Wien*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C3-Professur für Wirtschaftstheorie angenommen.

Dr. Winfried **Schott**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Betriebswirtschaftslehre.

Dr. Kai-Ingo **Voigt**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Betriebswirtschaftslehre.

PD Dr. Franz **Waldenberger**, *Deutsches Institut für Japanstudien*, hat einen Ruf an die *Universität München* auf eine C3-Professur für Betriebswirtschaft angenommen.

Prof. Dr. Klaus F. **Zimmermann**, *Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C4-Professur für Volkswirtschaftslehre erhalten.

## MATHEMATIK, PHYSIK UND INFORMATIK

Dr. Til **Aach**, *Philips GmbH Forschungslaboratorien*, hat einen Ruf an die *Universität Magdeburg* auf eine C3-Professur für Informatik abgelehnt und einen weiteren Ruf an die *Universität zu Lübeck* auf eine C4-Professur für Informatik angenommen.

PD Dr. Klaus-Dieter **Althoff**, *Universität Kaiserslautern*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Informatik erteilt.

Dr. rer. nat. Luitpold **Babel**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Mathematik erteilt.

Dr. Susanne **Biundo-Stephan**, *Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz Saarbrücken*, hat einen Ruf an die *Universität Ulm* auf eine C3-Professur für Künstliche Intelligenz angenommen.

Dr.-Ing. Stefan Adolf **Böcking**, *Technische Universität München*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Technische Informatik erteilt.

Prof. Dr. Andreas **Dengel**, *Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz Saarebrücken*, hat einen Ruf an die *Universität Kaiserslautern* auf eine C4-Professur für Angewandte Informatik erhalten.

Dr. rer. nat. Alexander **Felshtyn**, *Universität Greifswald*, habilitierte sich in dem Fach Mathematik.

Prof. Dr. Wolfgang **Gräßle**, *Schwäbisch Gmünd*, hat einen Ruf an die *Pädagogische Hochschule Freiburg* auf eine C4-Professur für Mathematik erhalten.

PD Dr. Torben **Hagerup**, *Max-Planck-Institut Saarbrücken*, hat einen Ruf an die *Universität Trier* auf eine C3-Professur für Informatik abgelehnt.

Prof. Dr. Horst **Hamacher**, *Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz Saarbrücken*, hat einen Ruf an die *Universität Kaiserslautern* auf eine C4-Professur für Wirtschaftsmathematik erhalten.

Dr. Klaus-Dieter **Heidmann**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Rechnernetze und Rechnerarchitektur.

Dr. Lorenz **Hilty**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Informatik.

Prof. Dr. Michael **Jünger**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Kaiserslautern* auf eine C4-Professur für Informatik abgelehnt.

Prof. Dr. Peter **Kloeden**, *Weierstraß Institut für Analysis und Stochastik Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Frankfurt* auf eine Professur für Mathematik angenommen.

Dr. Longin **Latecki**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Künstliche Intelligenz.

Prof. Dr. Mila **Majster-Cederbaum**, *Universität Mannheim*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine Professur für Praktische Informatik erhalten.

Prof. Dr. Karl **Mosler**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C4-Professur für Statistik erhalten.

Dr. rer. nat. Martin **Pieper**, *Universität Hamburg*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Experimentalphysik erteilt.

Prof. Dr. Dieter **Prätzel-Wolters**, *Universität Kaiserslautern*, hat einen Ruf an die *Universität Bremen* auf eine C4-Professur für Technomathematik erhalten.

Dr. rer. nat. Meinhard **Schilling**, *Universität Hamburg*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Experimentalphysik erteilt.

PD Dr. Elmar **Schrohe**, *Universität Potsdam*, hat einen Ruf auf eine C3-Professur für Analysis III im Institut für Mathematik daselbst erhalten.

Dr. rer. nat. Gunther **Seckmeyer**, *Technische Universität Ilmenau*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Angewandte Strahlungsphysik erteilt.

Dr. Michael **Spira**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Elementarteilchenphysik.

Dr. rer. nat. Gunnar **Teege**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Technische und Praktische Informatik erteilt.

Dr. Andreas **Tünnermann**, *Laserzentrum Hannover e.V.*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Angewandte Physik erhalten.

## BIOLOGIE, CHEMIE, GEOWISSENSCHAFTEN UND PHARMAZIE

Prof. Dr. Jörg August **Becker**, *Universität Marburg*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C3-Professur für Physikalische Chemie angenommen.

Dr. Thomas W. **Becker**, *Universität Bielefeld*,



wurde die Lehrbefugnis für das Fach Botanik erteilt.

PD Dr. Janet **Blümel**, *Technische Universität München*, hat einen Ruf an die *University of Utah, Salt Lake City*, auf eine Associate Professur für Anorganische Chemie abgelehnt und einen weiteren Ruf an die *Universität Heidelberg* auf eine C3-Professur für Organische Chemie angenommen.

Dr. Ansgar **Büschges**, *Universität Kaiserslautern*, hat einen Ruf an die *Universität zu Köln* auf eine C4-Professur für Zoologie/Tierphysiologie angenommen.

PD Dr. Klaus **Fischer**, *Technische Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Trier* auf eine C3-Professur für Anorganische und Analytische Chemie angenommen.

Prof. Dr. John Andrew **Gladysz**, *University of Utah, Salt Lake City*, hat einen Ruf an die *Universität Erlangen-Nürnberg* auf eine C4-Professur für Organische Chemie angenommen.

Prof. Dr. Monika **Hilker**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Marburg* auf eine C4-Professur für Allgemeine Ökologie und Tierökologie erhalten.

Prof. Dr. Dieter M. **Kolb**, *Universität Ulm*, hat einen Ruf an die *Universität Karlsruhe* auf eine C4-Professur für Instrumentelle Analytische Chemie erhalten.

Prof. Dr. Georg **Krausch**, *Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Bayreuth* auf

eine Professur für Physikalische Chemie angenommen.

PD Dr. Hansjörg **Küster**, *Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Hannover* auf eine Professur für Pflanzenökologie angenommen.

Prof. Dr. Gunter **Menz**, *Universität Jena*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C4-Professur für Fernerkundung erhalten.

Prof. Dr. Harald **Morgner**, *Universität Witten/Herdecke*, hat einen Ruf an die *Universität Leipzig* auf eine C4-Professur für Physikalische Chemie erhalten.

PD Dr. Stefan **Porembski**, *Universität Bonn*, hat einen Ruf an die *Universität Rostock* auf eine C4-Professur für Allgemeine und Spezielle Botanik erhalten.

Prof. Dr. Gudrun **Ringel** hat einen Ruf an die *Pädagogische Hochschule Freiburg* auf eine C4-Professur für Geographie erhalten.

Dr.-Ing. Caroline **Röhr**, *Technische Universität Darmstadt*, hat einen Ruf an die *Universität Freiburg* auf eine C3-Professur für Anorganische und Analytische Chemie erhalten.

Dr. Margret **Sauter**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Allgemeine Botanik.

Dr. Siegfried **Schindler**, *Universität Erlangen-Nürnberg*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Anorganische Chemie erteilt.

Dr. Doris **Schmied**, *Universität Bayreuth*, habilitierte sich, und es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Wirtschafts- und Sozialgeographie erteilt.

## INGENIEURWISSENSCHAFTEN

Prof. Dr.-Ing. Dieter **Genske**, *Technische Universität Delft*, hat einen Ruf an die *Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne* auf eine Professur für Ingenieurwissenschaften der Umwelt angenommen.

Matthias **Grunwald**, *Universität Kaiserslautern*, hat einen Ruf an die *Fachhochschule Zwickau* auf eine Professur für Städtebau und Städtebauliches Entwerfen angenommen.

Dr.-Ing. Jörg **Lange**, *Stahlbauindustrie*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Darmstadt* auf eine Professur für Stahlbau angenommen.

Dr.-Ing. Helmut Robert **Mayer**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Photogrammetrie erteilt.

Prof. Dr.-Ing. Hermann **Schumacher**, *Universität Ulm*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Dresden* auf eine C4-Professur für Hochfrequenztechnik abgelehnt.

Prof. Dr. Paul **Steinmann**, *Universität Hannover*, hat einen Ruf an die *Universität Kaiserslautern* auf eine C4-Professur für Technische Mechanik angenommen.

## Änderungsmitteilung



(bitte Druckbuchstaben)

Name/Titel:.....

Universität (derzeitig):.....

Neue Privatadresse: .....

Neue Dienstadresse: .....

Ich habe mich habilitiert an der Universität:.....

im Fach.....

Ich habe einen Ruf auf eine .....Stelle für eine Professur im Fachgebiet.....an der Universität.....

☐ erhalten

zum .....angenommen

☐ abgelehnt

und bin damit einverstanden, daß diese Nachricht in „Forschung und Lehre“ veröffentlicht wird.....

Unterschrift

Ernennung zum außerplanmäßigen Professor zum/seit: .....

Ich wurde zum .....emeritiert/pensioniert.....

Neue Bankverbindung: .....  
(Bank/Sparkasse, Konto-Nr. und Bankleitzahl)

Prof. Dr. Cameron **Tropea**, *Universität Erlangen-Nürnberg*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Darmstadt* auf eine Professur für Strömungslehre und Aerodynamik angenommen.

Prof. Dr. Norbert **Wehn**, *Siemens AG München*, hat einen Ruf an die *Universität Frankfurt* auf eine Professur für Technische Informatik abgelehnt und einen weiteren Ruf an die *Universität Kaiserslautern* auf eine C3-Professur für Mikroelektronische Systeme angenommen.

Prof. Dr.-Ing. Armin **Wittneben** hat einen Ruf an die *Universität des Saarlandes* auf eine C4-Professur für Nachrichten- und Vermittlungstechnik angenommen.

## AGRARWISSENSCHAFTEN, ERNÄHRUNGSWISSENSCHAFTEN, VETERINÄRMEDIZIN

Dr. Hans-Reimer **Rodewald**, *Tierärztliche Hochschule Hannover*, hat einen Ruf an die *Freie Universität Berlin* auf eine C4-Professur für Immunologie erhalten.

Dr. oec. troph. Gabriele Irmgard **Stangl**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Ernährungsphysiologie und Ernährungslehre erteilt.

## HUMANMEDIZIN

PD Dr. Annelore **Altendorf-Hofmann**, *Universität Erlangen-Nürnberg*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C3-Professur für Theoretische Chirurgie angenommen.

Dr. Holger **Bade**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Anatomie erteilt.

PD Dr. Helge **Beck**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf auf eine C3-Professur für Anästhesiologie daselbst angenommen.

Dr. Hiltrud **Brauch**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Molekularbiologie.

PD Dr. Rolf **Brenner**, *Bonn*, hat einen Ruf an die *Universität Ulm* auf eine C3-Professur für Biochemie der Gelenks- und Bindegeweberkrankungen erhalten.

Dr. Gerd-Dieter **Burchard**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Tropenmedizin.

Dr. Christoph **Busch**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Chirurgie.

Dr. med. Horst **Claassen**, *Universität Kiel*, habilitierte sich in dem Fach Anatomie.

PD Dr. Pedro **Faustmann**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, hat einen Ruf an die *Universität Bochum* auf eine C2-Professur für Neuroanatomie angenommen.

Prof. Dr. Hans-Reiner **Figulla**, *Universität Göttingen*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Innere Medizin/Kardiologie angenommen.

Dr. Gabriele **Franke**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Psychologie erteilt.

Dr. med. Reinhard Ernst **Ganz**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Psychologie erteilt.

Dr. med. Florian **Gebhard**, *Universität Ulm*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Chirurgie erteilt.

Prof. Dr. med. Guido **Gerken**, *Universität Mainz*, hat einen Ruf an die *Universität-Gesamthochschule Essen* auf eine C4-Professur für Innere Medizin, Schwerpunkt Gastroenterologie, erhalten.

Dr. Matthias **Gundlach**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Chirurgie.

Dr. med. Ludwig **Hanssler**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Kinderheilkunde erteilt.

Dr. rer. nat. Jürgen **Hess**, *Universität Ulm*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Immunologie erteilt.

Dr. Thomas **Hofmann**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Innere Medizin.

Dr. Philipp Carl Wilhelm **Jacobi**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Augenheilkunde erteilt.

PD Dr. Joachim **Kirsch**, *Max-Planck-Institut für Hirnforschung Frankfurt am Main*, hat einen Ruf an die *Universität Ulm* auf eine C4-Professur für Anatomie angenommen.

Dr. paed. sc. phil. Wolfgang **Krethlow**, *Universität Greifswald*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Sozialepidemiologie erteilt.

PD Dr. rer. nat. Heyo K. **Kroemer**, *Stuttgart*, hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine C4-Professur für Pharmakologie und Toxikologie erhalten.

Dr. Dorothee **von Laer**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Virologie.

Prof. Dr. med. Sigurd **Lenzen**, *Medizinische Hochschule Hannover*, hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine C3-Professur für Pathophysiologie erhalten.

Dr. Rudolf **Leuwer**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Innere Medizin.

Dr. Heiko **von der Leyen**, *Medizinische Hochschule Hannover*, habilitierte sich in dem Fach Innere Medizin.

Prof. Dr. Thomas **Minor**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C3-Professur für Chirurgische Forschung angenommen.

Dr. rer. nat. Peter **Münzel**, *Universität Tübingen*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Molekulare Toxikologie erteilt.

Dr. med. Manfred **von de Ohe**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Innere Medizin erteilt.

Prof. Dr. med. Jürgen **Reul** hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C3-Professur für Neuroradiologie angenommen.

Dr. Xavier **Rogiers**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Chirurgie.

Dr. Loc **Phivan**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Molekularbiologie.

Dr. Eckehard **Scharein**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Physiologie.

Dr. Peter **Scheidel**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Frauenheilkunde.

Dr. med. Uwe **Schirmer**, *Universität Ulm*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Anästhesiologie erteilt.

Prof. Dr. Ingo **Schmidt-Wolf**, *Humboldt-Universität zu Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C3-Professur für Hämatologie und Internistische Onkologie angenommen.

Dr. med. York **Schmitt**, *Universität Tübingen*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Klinische Chemie/Laboratoriumsmedizin erteilt.

Dr. Ulrich **Schubert**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Experimentelle Virologie.

Prof. Dr. rer. nat. Klaus **Schulze-Osthoff**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Universität Halle* auf eine C4-Professur für Physiologische Chemie und einen weiteren Ruf an die *Universität Münster* auf eine C3-Professur für Endothelzell-Biologie erhalten.

Dr. med. Johannes **Schwarz**, *Universität Ulm*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Neurologie erteilt.

Dr. Robert **Schwinger**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Innere Medizin erteilt.

Dr. med. Roman **Sokiranski**, *Universität Ulm*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Radiologie erteilt.

Dr. med. habil. Rolf-Markus **Szeimies**, *Universität Regensburg*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Dermatologie und Venerologie erteilt.

Dr. med. Christoph **Thomssen**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Frauenheilkunde und Geburtshilfe erteilt.

Dr. Peter **Vogel**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Neurologie.

Dr. Michael **Wegner**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Zellbiochemie.

PD Dr. Jochen A. **Werner**, *Universität Kiel*, hat einen Ruf an die *Universität Marburg* auf eine C4-Professur für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde erhalten.

Dr. Jürgen **Wolf**, *Universität zu Köln*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Innere Medizin erteilt.

## ZAHNHEILKUNDE

Prof. Dr. Andreas **Jäger**, *Universität Göttingen*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C4-Professur für Kieferorthopädie angenommen.

Dr. Bärbel **Kahle-Nieke**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Hamburg* auf eine C4-Professur für Kieferorthopädie erhalten.



## Wissenschaft im Programm

### Fernsehen

- 1. April, 19.30**, Bayerisches Fernsehen: Forscher-Fakten-Visionen  
**10. April, 19.00**, Hessen Fernsehen: Service: Landpartie. Römisch-Germanisches Zentralmuseum in Mainz  
**18. April, 18.20**, WDR: Philosophie heute. Abenteuer Freiheit

### Rundfunk

- täglich, 16.35**, Deutschlandfunk: Forschung aktuell; jeden Samstag: Computer und Kommunikation; jeden Sonntag: Wissenschaft im Brennpunkt  
**täglich, 14.35**, Deutschlandfunk: Campus und Karriere  
**Mo.-Fr., 16.05**, WDR 5: Wissenschaft und mehr  
**Mo.-Sa., 11.00**, DeutschlandRadio Berlin: HörenSagen. Natur und Wissenschaft  
**1. April, 19.10**, Radio Bremen 2 (jeden Mittwoch): CampusRadio. Aus den Universitäten Bremen und Oldenburg  
**2. April, 20.10**, Deutschlandfunk (jeden Donnerstag): Studiozeit. Aus Kultur und Sozialwissenschaft  
**3. April, 10.37**, Deutsche Welle Radio (jeden Freitag): Kultur und mehr. Wissenschaft und Technik  
**4. April, 17.05**, Süddeutscher Rundfunk, S 2 (jeden Samstag): S 2 Forum. Diskussionen mit Wissenschaftlern über Fragen aus Wissenschaft und Politik.  
**5. April, 8.30**, Süddeutscher Rundfunk, SDR 1 (jeden Sonntag): Aula. Vorträge von Wissenschaftlern  
**9. April, 21.00**, Radio Bremen 2: Forum der Wissenschaft. Gelehrtenrepublik und Nobelpreisschmiede. Fünfzig Jahre Max-Planck-Gesellschaft

### Impressum

5. Jahrgang in Fortführung der Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes (41 Jahrgänge)  
Herausgegeben im Auftrage des Präsidiums des Deutschen Hochschulverbandes

ISSN: 0945 - 5604; erscheint monatlich

#### Präsident:

Hartmut Schiedermaier, Univ.-Professor, Dr.

#### Vizepräsidenten:

Martin Oldiges, Univ.-Professor, Dr.

Helmut J. Schmidt, Univ.-Professor, Dr.

#### Präsidiumsmitglieder:

Gerhard Becker, Univ.-Professor, Dr.

Claus Herberhold, Univ.-Professor, Dr.

Christoph Schnittler, Univ.-Professor, Dr.

Edda Siegl, Univ.-Professor, Dr.

#### Geschäftsführer:

Michael Hartmer, Dr.

#### Kuratorium von Forschung & Lehre:

Manfred Erhardt, Univ.-Professor, Dr.

Wolfgang Frühwald, Univ.-Professor, Dr.

Horst-Albert Glaser, Univ.-Professor, Dr.

Peter Glotz, Professor, Dr.

Peter Heesen

Max G. Huber, Univ.-Professor, Dr.

Hans Mathias Kepplinger, Univ.-Professor, Dr.

Klaus Landfried, Univ.-Professor, Dr.

Josef Lange, Dr.

Hanna-Renate Laurien, Dr.

Franz Letzelter, Dr.

Johannes Neyses, Dr.

Karl-Heinz Reith

Paul F. Reitze, Dr.

Kurt Reumann, Dr.

Joachim Hermann Scharf, Prof. Dr., Dr., Dr.h.c.

Steffie Schnoor

Franz Schoser, Dr.

Joachim Schulz-Hardt, Dr.

Hermann Josef Schuster, Dr.

Klaus Schweickart

Werner Siebeck

### Redaktion:

Felix Grigat, M. A. (verantwortl. Redakteur)

Michael Hartmer, Dr.

Friederike Invernizzi, M. A.

Ina Lohaus

#### Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Jens Göben, Dr., Rechtsanwalt im Deutschen

Hochschulverband

Henning Tüffers, Rechtsanwalt, Rechtsreferent des Deutschen Hochschulverbandes

Birgit Ufermann, Rechtsanwältin im Deutschen Hochschulverband

Rochus Wellenbrock, Mitarbeiter des Deutschen Hochschulverbandes (EDV)

Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

»Verbum hoc 'si quis' tam masculos quam feminas complectitur« (Corpus Iuris Civilis Dig. L, 16, 1)

#### Zitierweise:

Forschung & Lehre

#### Geschäftsstelle des DHV:

Rheinallee 18, 53173 Bonn

Tel.: (0228) 36 40 02; Fax: (0228) 35 34 03

E-mail: dhv@hochschulverband.de

#### Verlag und Redaktion:

Deutscher Hochschulverband

Rheinallee 18, 53173 Bonn

Tel.: (02 28) 36 40 05; Fax: (02 28) 35 99 47

E-mail: redaktion@forschung-und-lehre.de

#### Druck:

Paulinus-Druckerei, 54220 Trier

#### Bezugsgebühr:

Abonnement 120,- DM, zzgl. Porto. Für Mitglieder des DHV durch Zahlung des Verbandsbeitrages.

#### Bankverbindung:

Dresdner Bank Bonn

Kto.-Nr. 0 268 367 200, BLZ 370 800 40

### Akademischer Stellenmarkt/

#### Anzeigenleitung

Forschung & Lehre

Helga Erdmann

Rheinallee 18, 53173 Bonn

Tel.: (0228) 36 40 05; Fax: (0228) 35 99 47

E-mail: erdmann@forschung-und-lehre.de

Preisliste Nr. 27 vom 1.1.1998

Forschung & Lehre wird auf chlorfreiem Papier gedruckt und ist recyclebar.

**Druckauflage:** 19400 Exemplare

**Beilagen:** TU Chemnitz, Hänsel-Hohenhausen, Norman Rentrop



Der Deutsche Hochschulverband, 1950 in Fortführung des 1936 aufgelösten Verbandes der Deutschen Hochschulen neu gegründet, tritt für eine unparteiische Wissenschaft in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein. Auf der Grundlage der Freiheit von Forschung und Lehre ist es seine Aufgabe, sich aller Fragen anzunehmen, die den Wirkungskreis der Hochschullehrer und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft berühren. Der Deutsche Hochschulverband ist die überparteiliche und fachübergreifende Berufsvertretung der Universitätslehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik mit **16.692** Mitgliedern. Mitgliedsfähig sind alle Professoren und Privatdozenten an den wissenschaftlichen Hochschulen. Die Mitglieder entrichten Mitgliedsbeiträge zwischen 70,- DM und 247,- DM im Jahr (alte Bundesländer) oder ermäßigte Beiträge (neue Bundesländer).

## DER FRAGEBOGEN

### Über Gott und die Welt

Welche Illusion ist fruchtbar?

*Diejenige, über die sich Einstein ärgerte: die Scheidung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.*

Was bedeutet Ihnen Gott?

*...daß ich unvollkommen sein darf.*

Was ist der Sinn des Lebens?

*...sterben zu können, ohne Versäumtes bereuen zu müssen.*

Die Liebe ist . . .

*größer als Glaube und Hoffnung.*

Meine größte politische Sorge ist . . .

*daß wir vergessen, daß sich die Globalisierung auch auf die südliche Hemisphäre bezieht.*

Was bedeutet Ihnen die deutsche Wiedervereinigung?

*Eine - zum Teil bereits verspielte - einmalige Chance zur Neubesinnung.*

Was fasziniert Sie?

*Die Möglichkeit der Menschen, durch Denken die Welt zu verändern.*

Ihre Lieblingslebensweisheit?

*Das Leben ist zu kurz, um billige Weine zu trinken und Sekundärliteratur zu schreiben.*

Überzeugt Sie Ihre Selbstkritik?

*Nur die, die mich nicht überzeugt.*

Wogegen sind Sie nicht versichert?

*Gegen das Leben.*

Wie alt möchten Sie werden?

*Alt genug, um Beiträge zu den Festschriften für meine Schüler schreiben zu können.*

Wieviel Geld möchten Sie besitzen?

*Immer etwas mehr, als ich gerade brauche.*



Walther Ch. Zimmerli, Dr. phil.,  
Univ.-Professor, Systematische  
Philosophie, Universität Marburg,  
ständiger Senate Visiting Pro-  
fessor, Stellenbosch University,  
Südafrika

### Über Emotionen. . .

Was macht Sie wütend?

*Das Wiederholen alter Fehler.*

Was erfüllt Sie mit Hoffnung?

*Das Mandela-Wunder in Südafrika.*

Wofür sind Sie dankbar?

*Dafür, daß ich für meine Lieblingsbeschäftigung bezahlt werde.*

Wann empfinden Sie Ohnmacht?

*Wenn ich sehe, was aus den ursprünglichen Ideen zur Expo 2000 wird.*

Worüber können Sie (Tränen) lachen?

*Über meine Katze und über einige Menschen, die ich besser nicht nenne.*

Was ertragen Sie nur mit Humor?

*Sitzungen und deutsche Hochschulpolitik.*

Ein Jahr Robinson (ohne Freitag);  
welche drei Bücher nehmen Sie mit?

*Drei von denen, die ich immer einmal hinter mich bringen wollte:  
Musil: „Der Mann ohne Eigenschaft“,  
die Bibel, mein (unfertiges)  
Buchmanuskript „Wissen ist Machen“.*

Musik ist...

*ebenso faszinierend anzuhören wie selbst zu treiben.*

Sport ist ...

*faszinierender anzusehen als selbst zu treiben.*

### Über Wissenschaft. . .

Wer oder was hat Sie wissenschaftlich am nachhaltigsten geprägt?

*Die freundschaftlichen philosophischen Auseinandersetzungen mit Hans-Georg Gadamer, Hans Jonas, Jürgen Habermas, Hermann Lübbe und Günther Patzig.*

Was verdanken Sie Ihrem wissenschaftlichen Lehrer?

*Meinen Lehrern (Plural) verdanke ich die Fähigkeit, mich meines eigenen Verstandes zu bedienen und nicht nur innerakademisch zu wirken.*

Warum sind Sie Wissenschaftler geworden?

*Ich hatte keine andere Wahl.*

Die deutsche Universität ist...

*besser als ihr Ruf, aber schlechter, als sie sein könnte.*

Was fehlt den Universitäten am meisten?

*Spontane Lernbereitschaft.*

Welche Eigenschaften sollte ein Hochschullehrer haben?

*Fachliche Brillanz, menschliche Wärme, Humor, Genauigkeit in wichtigen und Großzügigkeit in unwichtigen Fragen.*

Einem überdurchschnittlich begabten Studenten empfehle ich...

*a) in Marburg Philosophie zu studieren,  
b) mindestens ein Jahr im Ausland zu studieren.*

Welche Eigenschaft vermissen Sie an der heutigen Studentengeneration?

*Belastbarkeit.*

Welche Eigenschaft schätzen Sie an der heutigen Studentengeneration?

*Offenheit.*

Was ist Bildung?

*Eine der immer knapper werdenden Ressourcen: mehr wissen und können zu wollen, als die Prüfungsordnung verlangt.*

Forschung & Lehre will den Lesern weitere Informationsquellen erschließen und übersendet gegen eine Kostenpauschale (angegebener Betrag zuzüglich Portokosten; bitte Bezahlung per Verrechnungsscheck oder Überweisung auf folgendes Konto: Dresdner Bank Bonn, Kto.-Nr. 0 268 367 200 BLZ 370 800 40) folgende Unterlagen:

### Aktuelles

#### A 72

Synoptische Darstellung des geltenden HRG und des Entwurfs des BMBF für ein neues HRG sowie Stellungnahme des Deutschen Hochschulverbandes, 76 Seiten, 17,- DM.

#### A 80

Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes (Stand: Oktober 1997) und Stellungnahme des Deutschen Hochschulverbandes, 77 Seiten, 17,- DM.

#### A 81

Gesetzentwurf für ein Hessisches Hochschulgesetz (Stand: 9. Dezember 1997) und Stellungnahme des Deutschen Hochschulverbandes, 57 Seiten, 17,- DM.

#### A 83

Überlegungen des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Medizinstruktur in Nordrhein-Westfalen, 14 Seiten, 8,- DM.

#### A 84

Stellungnahme der Landesrektorenkonferenz Nordrhein Westfalen zu den nordrhein-westfälischen Leitlinien zur Funktionalreform, 5 Seiten, 3,- DM.

#### A 85

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Baden-Württemberg (betr. Nebentätigkeit) mit Stellungnahme des Deutschen Hochschulverbandes, 13 Seiten, 8,- DM.

#### A 86

Schleswig-Holsteinisches Begleitgesetz 1998 zur Änderung des Landesbeamtengesetzes mit Stellungnahme des Deutschen Hochschulverbandes, 6 S., 3,- DM.

#### A 87

Entwurf einer Approbationsordnung für Ärzte des Bundesministeriums für Gesundheit, 109 Seiten, 24,- DM.

#### A 88

Übersicht über die ab 1. 1. 1998 geltenden Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen und Übernachtungskosten bei Auslandsdienstreisen und -geschäftsreisen, 4 Seiten, 2,-DM.

### Hochschulgesetze der Länder

#### Baden-Württemberg 1

Universitätsgesetz in der Fassung vom 10. Januar 1995, 53 Seiten, 17,- DM.

#### Baden-Württemberg 2

Gesetz über die Pädagogischen Hochschulen in der Fassung vom 10. Januar 1995, 38 Seiten, 12,- DM.

#### Bayern 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 1. Dezember 1993 und Änderungsgesetze vom 28. April 1994 und 10. August 1994, 64 Seiten, 17,- DM.

#### Bayern 2

Hochschullehrergesetz in der Fassung vom 9. Januar 1995 und Änderungsgesetz vom 28. Juni 1996, 20 S., 8,- DM.

#### Berlin 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 5. Oktober 1995 und Änderungsgesetz vom 15. April 1996, 34 Seiten, 12,- DM.

#### Brandenburg 1

Hochschulgesetz vom 24. Juni 1991 und Änderungsgesetze vom 16. Oktober 1992 und 22. Mai 1996, 34 Seiten, 12,- DM.

#### Bremen 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 20. Dezember 1988 und Änderungsgesetze vom 18. Februar 1992, 21. September 1993 und 1. März 1994, 51 S., 17,- DM.

#### Hessen 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 28. März 1995, 31 Seiten, 12,- DM.

#### Hessen 2

Universitätsgesetz in der Fassung vom 28. März 1995, 24 Seiten, 12,- DM.

#### Rheinland-Pfalz 1

Universitätsgesetz in der Fassung vom 6. Februar 1996 und Änderungsgesetz vom 1. Juli 1997, 130 Seiten, 24,- DM.

#### Sachsen 1

Hochschulgesetz vom 4. August 1993 und Änderungsgesetz vom 7. April 1997, 33 Seiten, 12,- DM.

#### Sachsen-Anhalt 1

Hochschulgesetz vom 7. Oktober 1993 und Änderungsgesetze vom 13. Februar 1996, 6. März 1997 und 12. September 1997, 38 Seiten, 12,- DM.

#### Thüringen 1

Hochschulgesetz vom 7. Juli 1992 und Änderungsgesetze vom 6. August 1993, 23. Dezember 1993, 3. Mai 1996 und 18. Juli 1997, 39 Seiten, 12,- DM.

**Aus der Rechtsprechung**  
siehe Seite 208



Als Leser von Forschung & Lehre bitte ich um Übersendung folgender Unterlagen:

Ort, Datum

Bitte deutlich schreiben, Absender wird als Versandadresse benutzt

Name

Straße

PLZ/Ort

Bitte senden an Forschung & Lehre, Rheinallee 18, 53 173 Bonn